



Beteiligungsbericht

des Landkreises Teltow-Fläming

über das Geschäftsjahr 2011

1 Inhaltsverzeichnis

1	INHALTSVERZEICHNIS	2
2	EINLEITUNG	3
2.1	VORWORT	3
2.2	INHALTLICHE AUSGESTALTUNG DES BETEILIGUNGSBERICHTES	3
2.3	ÜBERSICHT ÜBER DIE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING	5
2.4	DARSTELLUNG AUSGEWÄHLTER KENNZAHLEN	7
2.5	FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING IM JAHR 2011	13
3	BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING	15
3.1	STRUKTUR- UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING MBH, JÜTERBOG (SWFG)	15
3.2	FLUGPLATZGESELLSCHAFT SCHÖNHAGEN MBH – BESITZGESELLSCHAFT, TREBBIN (FGS)	27
3.3	GEMEINNÜTZIGE ARBEITSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT MBH KLAUSDORF, AM MELLESEE (GAG)	38
3.4	LUCKENWALDER BESCHÄFTIGUNGS- UND AUFBAUGESELLSCHAFT MBH, LUCKENWALDE (LUBA)	46
3.5	VERKEHRSGESELLSCHAFT TELTOW-FLÄMING MBH, LUCKENWALDE (VTF)	54
3.6	VBB VERKEHRSVERBUND BERLIN-BRANDENBURG GMBH, BERLIN	65
3.7	TELTOWER KREISWERKE GMBH, BERLIN (TKW)	77
3.8	RENATA GRUNDSTÜCKS-VERMIETUNGSGESELLSCHAFT MBH & CO. KREISHAUS TELTOW-FLÄMING KG, STUTTGART	82
3.9	BADC BERLIN-BRANDENBURG AREA DEVELOPMENT COMPANY GMBH	88
4	ANHANG	95
4.1	KENNZAHLENDEFINITION – ANALYSEDATEN GEMÄß § 61 NR. 2 KOMHKV	95
4.2	AUSGEWÄHLTE KENNZAHLEN ZU DEN BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING	106

2 Einleitung

2.1 Vorwort

Die Kommunen in Brandenburg können sich zur Erledigung von Aufgaben wirtschaftlich betätigen. Wirtschaftliche Betätigung meint das „Herstellen, Anbieten oder Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden können.“ Wichtige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 91 BbgKVerf sind die Grundsätze öffentlicher Zweck, Subsidiarität, Leistungsfähigkeit und Bedarf sowie Örtlichkeitsprinzip. Darüber hinaus soll gemäß § 92 Abs. 4 BbgKVerf eine angemessene Eigenkapitalverzinsung erwirtschaftet werden, soweit der öffentliche Zweck nicht beeinträchtigt wird.

Vor diesem Hintergrund soll der Beteiligungsbericht Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie interessierten Bürgern einen Überblick über den kommunalen Beteiligungsbesitz - ausgliederte, organisatorisch und finanzwirtschaftlich selbstständige Organisationseinheiten - geben und Rechenschaft über die Aufgabenwahrnehmung durch kommunale Beteiligungsunternehmen legen. So soll größtmögliche Transparenz gewährleistet werden.

Der Beteiligungsbericht erfasst dabei lediglich Informationen über selbstständige Unternehmen gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 BbgKVerf.

Der Beteiligungsbericht ist auf der Grundlage des § 61 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) zu erstellen und basiert auf den Informationen der letzten nach §§ 242 ff. Handelsgesetzbuch (HGB) erstellten Jahresabschlüsse. Des Weiteren sind die Bestimmungen der Kommunalverfassung sowie die Anforderungen des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg zu beachten. Dem Bericht kommt dabei eine überwiegend dokumentarische Funktion zu.

2.2 Inhaltliche Ausgestaltung des Beteiligungsberichtes

Die inhaltliche Ausgestaltung des Beteiligungsberichtes ist unter anderem im § 61 KomHKV geregelt. Spezifiziert und erläutert werden die gesetzlichen Anforderungen zudem durch das Rundschreiben des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg vom 22.12.2009.

Die gemäß § 61 Nr. 1 KomHKV aufgeführten Rahmendaten geben einen Überblick über den Sitz, den Unternehmensgegenstand, den Aufbau, die Organisation und die Organe des Unternehmens. Dazu zählen auch die Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen sowie Beteiligungen des Unternehmens.

Neben den Rahmendaten des jeweiligen Unternehmens enthält der Beteiligungsbericht zudem einen verkürzten Lagebericht, der wiederum auf die aus dem Jahresabschluss ermittelten Analysedaten (Kennzahlen) eingeht (§ 61 Nr. 2 KomHKV). Dieser soll insbesondere eine auf das Berichtsjahr bezogene Aussage über die Vermögens- und Kapitalstruktur, die Finanzierung und Liquidität, die Rentabilität und den Geschäftserfolg sowie den Personalbestand des Unternehmens zulassen. Den Analysedaten des Berichtsjahres sind die entsprechenden Analysedaten der beiden vorangegangenen Wirtschaftsjahre gegenüberzustellen.

Dabei ist zu beachten, dass es in der Literatur verschiedene Definitionen von Kennzahlen, insbesondere bei den Berechnungsmöglichkeiten und durchschnittlichen Zielwerten, gibt. **Dadurch können Angaben aus verschiedenen Quellen auf unterschiedlichen Ausgangswerten basieren und voneinander abweichen.** Des Weiteren ist die Beurteilung der Unternehmenssituation anhand einzelner weniger vergangenheitsbezogener Kennzahlen nicht hinreichend aussagekräftig. Um plausible Schlussfolgerungen über die tatsächlichen Verhältnisse des Unternehmens ableiten zu können, sollte die Gesamtheit aus Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie deren Entwicklung im Zeitablauf betrachtet werden.

Des Weiteren kann es durch die Berechnung der Kennzahlen mittels MS Excel zu Rundungsdifferenzen kommen. Das Programm rechnet mit den Cent-genauen Beträgen aus dem Jahresabschluss, die Darstellung der Ergebnisse erfolgt jedoch gerundet auf eine Dezimalkommastelle in tausend Euro (T€).

Ein Überblick über die entsprechend zu analysierenden Kennzahlen sowie deren Definitionen und Interpretationsmöglichkeiten (in Anlehnung an das Rundschreiben des Ministeriums des Innern) befindet sich im Anhang (4.1 Kennzahlendefinition – Analysedaten gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV, Seite 95).

Bezüglich der angegebenen Zielwerte zu den verschiedenen Analysekenzahlen ist zu beachten, dass diese je nach Branche und der individuellen Unternehmensausrichtung zum Teil stark abweichen können. So benötigt ein Dienstleistungsunternehmen in der Regel wesentlich weniger Anlagevermögen als ein Produktionsunternehmen – das spiegelt sich zum einen auch in der Personalaufwandsquote und zum anderen in der Höhe der Abschreibungen auf das Anlagevermögen wider. Diese spezifischen Abweichungen beeinflussen die Struktur des gesamten Jahresabschlusses.

Des Weiteren ist im Hinblick auf die strategische Unternehmensplanung im Beteiligungsbericht ein Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu geben (§ 61 Nr. 3 KomHKV). Schlussfolgerungen auf Chancen und Risiken der weiteren Entwicklung des Unternehmens sowie ihre Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage können u.a. durch Analyse des Jahresabschlusses (Vergangenheitsbezug) sowie den Zielen und Strategien gemäß Unternehmensplanung (Zukunftsbezug) gezogen werden. Auch die Beurteilung der sogenannten „weichen Faktoren“, wie der demographischen Entwicklung, den politischen, rechtlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen, den Standortfaktoren und der Unternehmenskultur, ist von großer Bedeutung. Insbesondere sollen dadurch mögliche Auswirkungen der weiteren Unternehmensentwicklung auf Sicherstellung der kommunalen Aufgabenerfüllung identifiziert werden können.

Anschließend werden die Leistungs- und Finanzbeziehungen der Beteiligungen der Unternehmen untereinander und mit dem Landkreis als Gesellschafter, d.h. Kapitalzuführungen und -entnahmen, Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche, gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen sowie sonstige Finanzbeziehungen, die sich aus der Gesellschafterposition des Landkreises ergeben und sich unmittelbar bzw. mittelbar auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises auswirken können, aufgeführt (§ 61 Nr. 3 KomHKV).

Gemäß § 91 Abs. 6 BbgKVerf ist im Beteiligungsbericht zudem erstmalig fünf Jahre nach Inkrafttreten der §§ 91 bis 100 BbgKVerf, d.h. im Jahr 2013, danach alle zehn Jahre, ein ausführlicher Nachweis über die fortlaufende Erfüllung des öffentlichen Zwecks bzw. der gesetzlichen Voraussetzungen nach Abs. 2 Nr. 1 (öffentlicher Zweck), Abs. 3 Satz 1 (Subsidiarität) und Abs. 5 (Nebenleistungen) des § 91 BbgKVerf zu führen.

Der Punkt Sonstiges enthält die Geschäftszahlen der jeweiligen Gesellschaft in Anlehnung an die im Elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichten Jahresabschlüsse.

Sofern eine Gesellschaft an weiteren Unternehmen beteiligt ist, werden diese nach den Ausführungen zur kreislichen Beteiligung selbst aufgeführt.

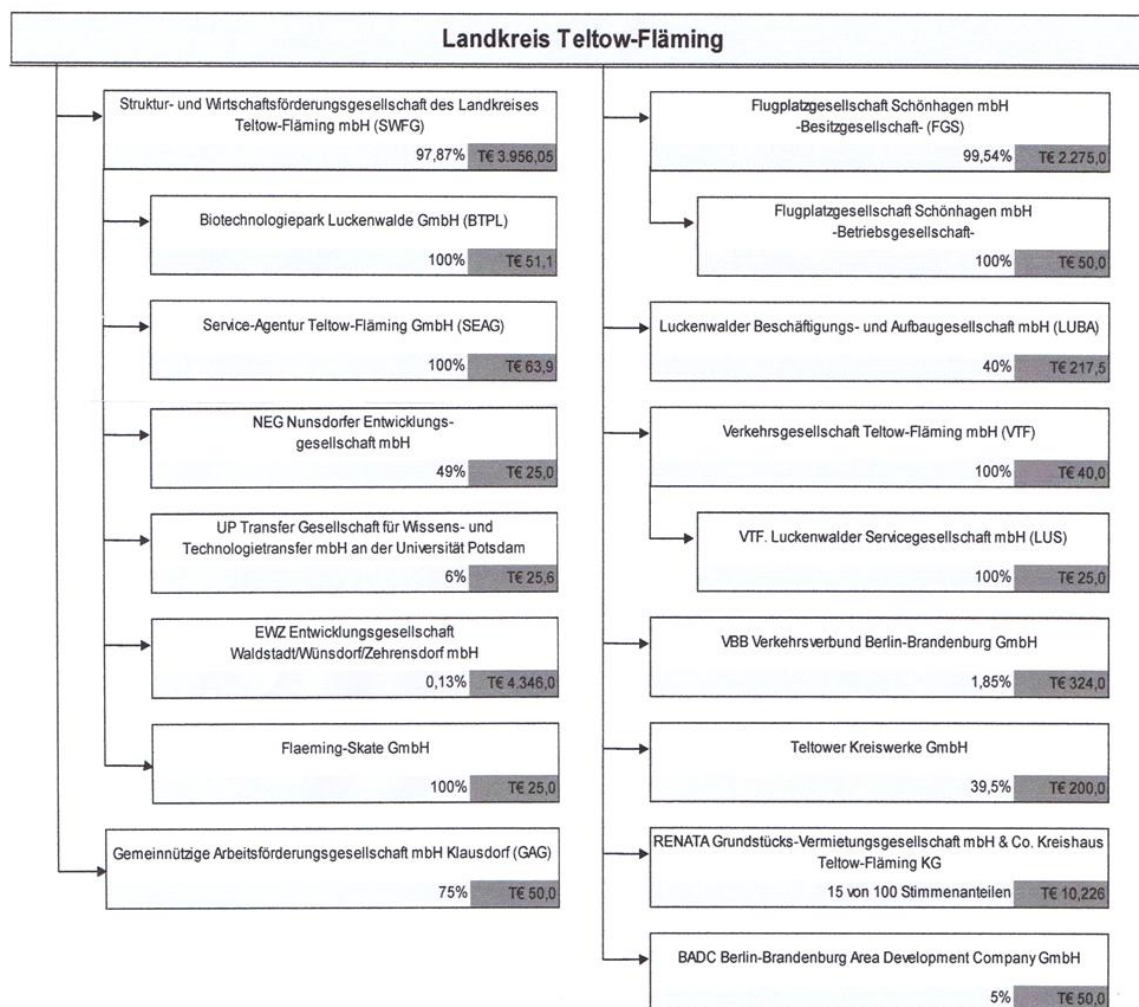
Die Darstellung der Geschäftsverläufe wurde aus den jeweiligen Jahresabschlüssen übernommen. Eine Wertung durch die Verwaltung wurde im Rahmen des Beteiligungsberichts nicht vorgenommen. Die aktuellen Entwicklungen der Gesellschaften finden keinen Eingang.

2.3 Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

2.3.1 Organigramm der ersten und zweiten Beteiligungsebene

Darstellungsweise:

Beteiligungsunternehmen	
Anteil am Stammkapital in %	Stammkapital in T€



(Wirtschaftsjahr 2011)

2.3.2 Die Beteiligungen des Landkreises nach Branchen

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG, INFRASTRUKTUR

Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH (SWFG)

Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH -Besitzgesellschaft- (FGS)

BADC Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR (ÖPNV)

Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF)

VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

SOZIALES, ARBEITSFÖRDERUNG, JUGEND UND BILDUNG

Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf (GAG)

Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH (LUBA)

IMMOBILIENVERWALTUNG

Teltower Kreiswerke GmbH (TKW)

RENATA Grundstücks- und Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kreishaus Teltow-Fläming KG

IM BERICHTSJAHR BEENDETE GESELLSCHAFTSVERHÄLTNISSE

keine

2.4 Darstellung ausgewählter Kennzahlen

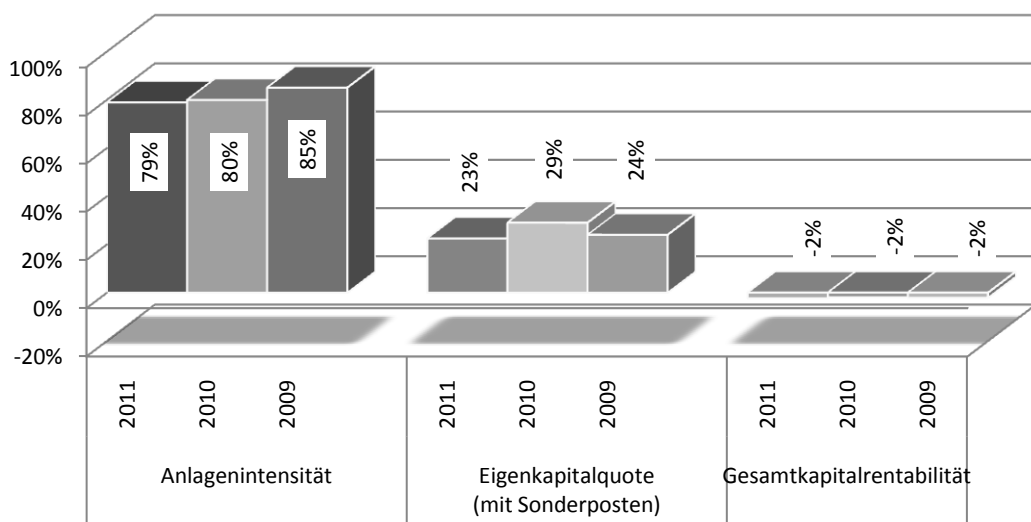
Ausgewählte Unternehmensdaten											
Beteiligung	Stammkapital	Anteil Teltow-Fläming	Bilanzsumme	Eigenkapital inkl. SoPo	Eigen- kapitalquote inkl. SoPo	Anlagen- intensität	Umsatz	Betriebsleistung	Betriebs- ergebnis	Jahresergebnis	Gesamtkapital- rentabilität
SWFG mbH	3.956,1 T€	97,87%	36.616,2 T€	6.809,1 T€	18,6%	79,4%	2.428,0 T€	4.663,0 T€	- 1.050,0 T€	- 1.519,0 T€	-0,1%
FGS mbH	2.275,3 T€	99,54%	20.005,6 T€	15.831,3 T€	78,9%	90,5%	1.119,9 T€	1.129,0 T€	- 429,0 T€	- 667,0 T€	-2,4%
GAG mbH	50,0 T€	75,00%	853,1 T€	65,2 T€	7,6%	63,9%	1.627,0 T€	1.631,0 T€	- 16,0 T€	- 46,5 T€	-1,9%
LUBA GmbH	217,5 T€	40,00%	547,1 T€	387,7 T€	29,7%	73,2%	2.265,9 T€	2.289,5 T€	- 38,3 T€	- 43,9 T€	-6,0%
VTF mbH	40,0 T€	100,00%	12.694,3 T€	3.491,4 T€	27,5%	83,5%	5.719,9 T€	8.376,8 T€	- 3.216,7 T€	- 3.184,3 T€	-24,2%
VBB GmbH	324,0 T€	1,85%	5.357,8 T€	324,0 T€	6,0%	7,2%	683,5 T€	12.464,0 T€	- 65,0 T€	- T€	0,0%
TKW GmbH	200,0 T€	39,50%	883,3 T€	862,9 T€	98,0%	43,8%	168,2 T€	193,0 T€	5,1 T€	9,9 T€	1,1%
RENATA GmbH & Co. KG ₁	15.267,2 T€	15	15.783,0 T€	850,8 T€	2,1%	91,7%	3.074,0 T€	- T€	- T€	1.191,3 T€	12,0%
BADC GmbH	50,0 T€	5,00%	969,8 T€	- T€	-12,6%	3,4%	34,0 T€	314,0 T€	- 100,0 T€	- 303,0 T€	-31,3%
gesamt ₂	22.380,0 T€	89,82%	93.710,2 T€	28.622,4 T€	30,5%	81,5%	17.120,4 T€	31.060,3 T€	- 4.909,9 T€	- 4.562,5 T€	-1,5%

¹ Bei dem ausgewiesenen Stammkapital handelt es sich um das Gesellschaftskapital. Davon hat der Landkreis Teltow-Fläming rd. 10,2 T€ als Kommanditeinlage eingebracht.

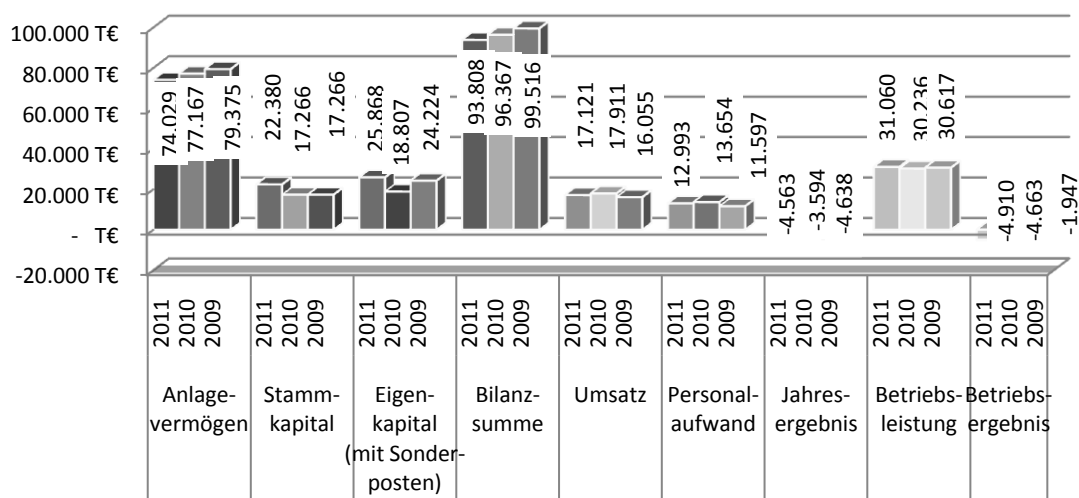
Der Landkreis hält 15 von 100 Stimmenanteilen.

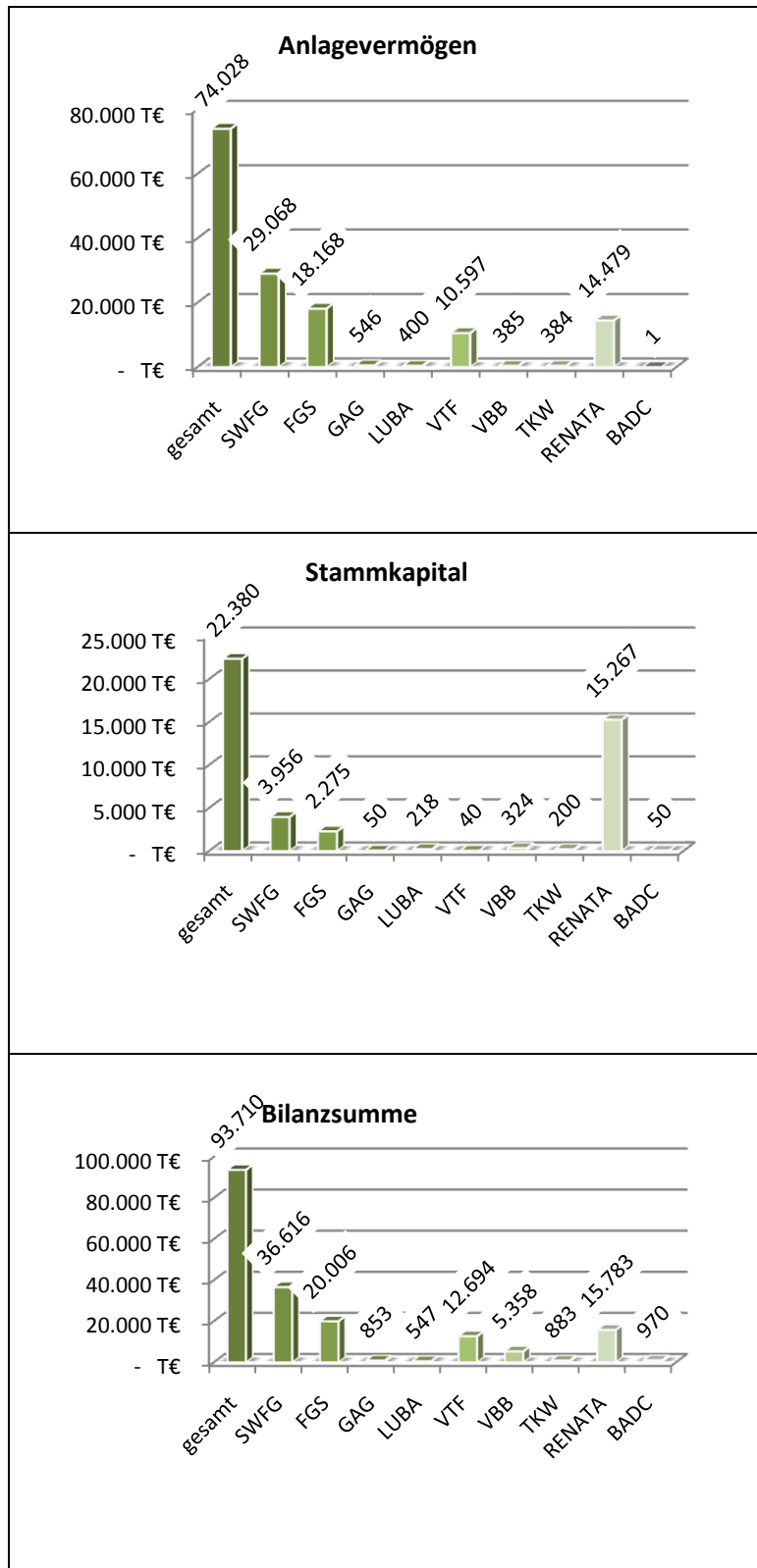
² Der Anteil des Landkreises Teltow-Fläming am gesamten Stammkapital seiner Gesellschaften wurde ohne Berücksichtigung der RENATA GmbH & Co. KG ermittelt.

Ausgewählte Kennzahlen aller Beteiligungen I

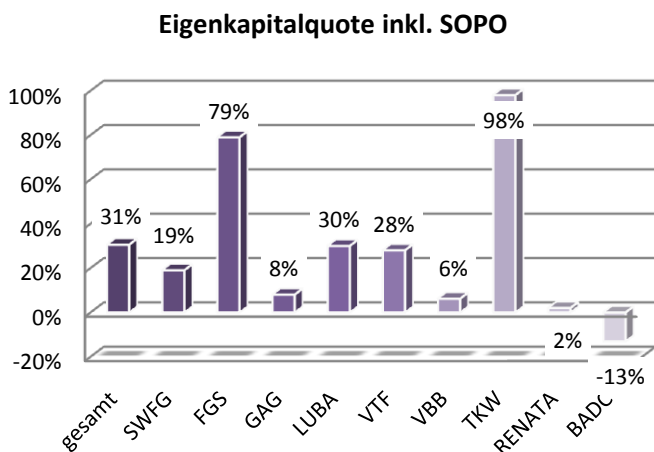
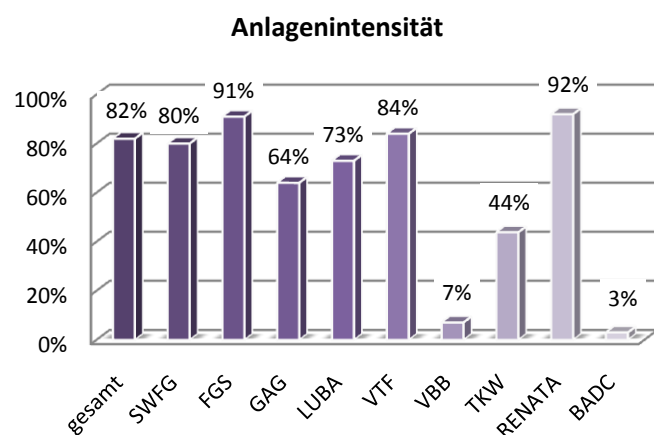
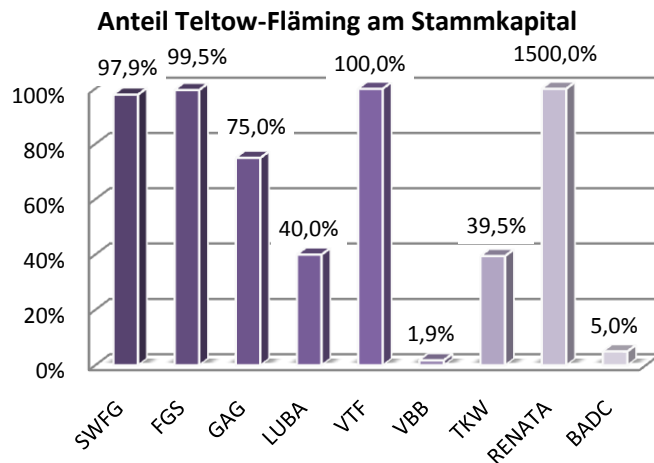


Ausgewählte Kennzahlen aller Beteiligungen II



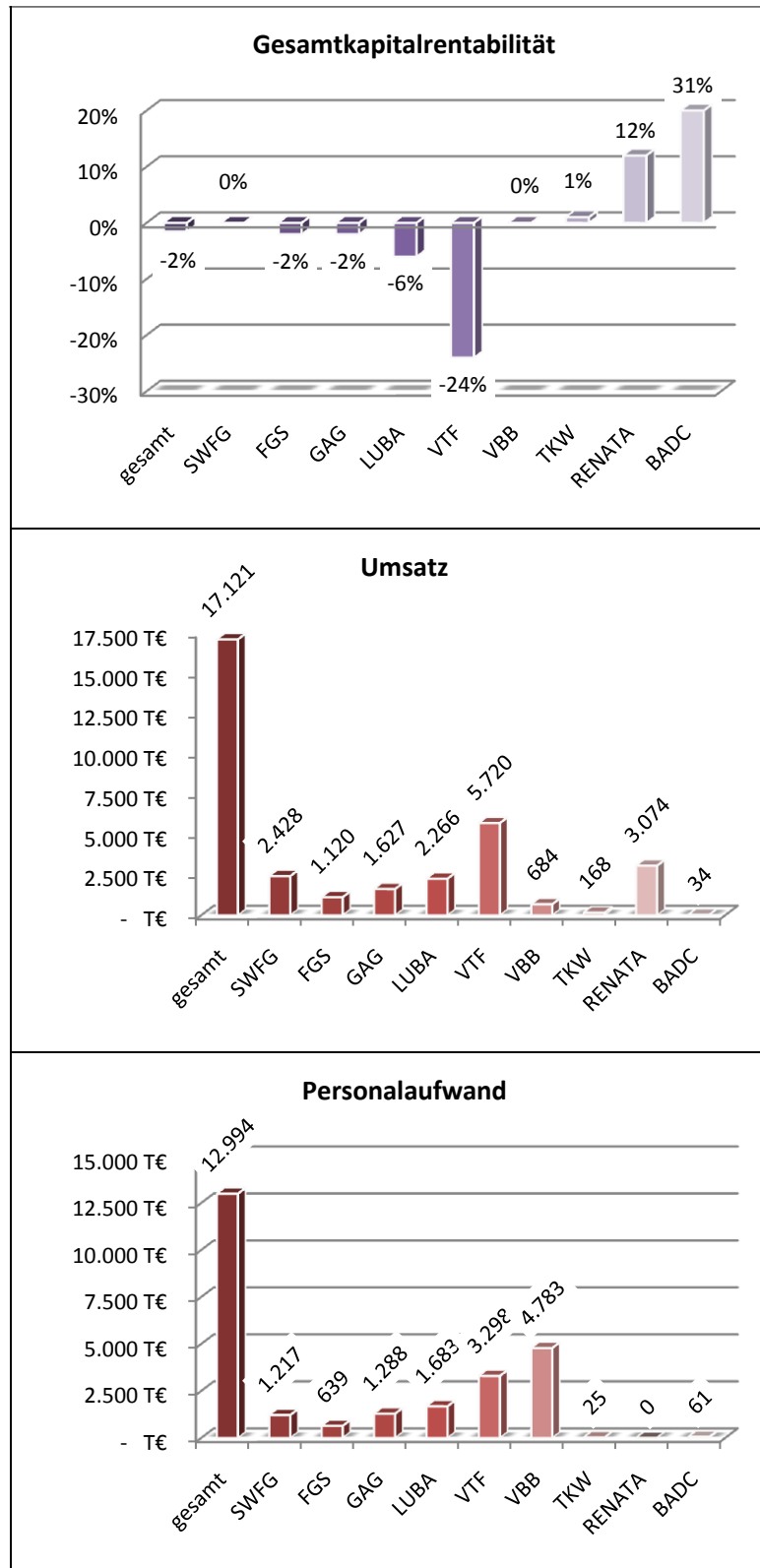


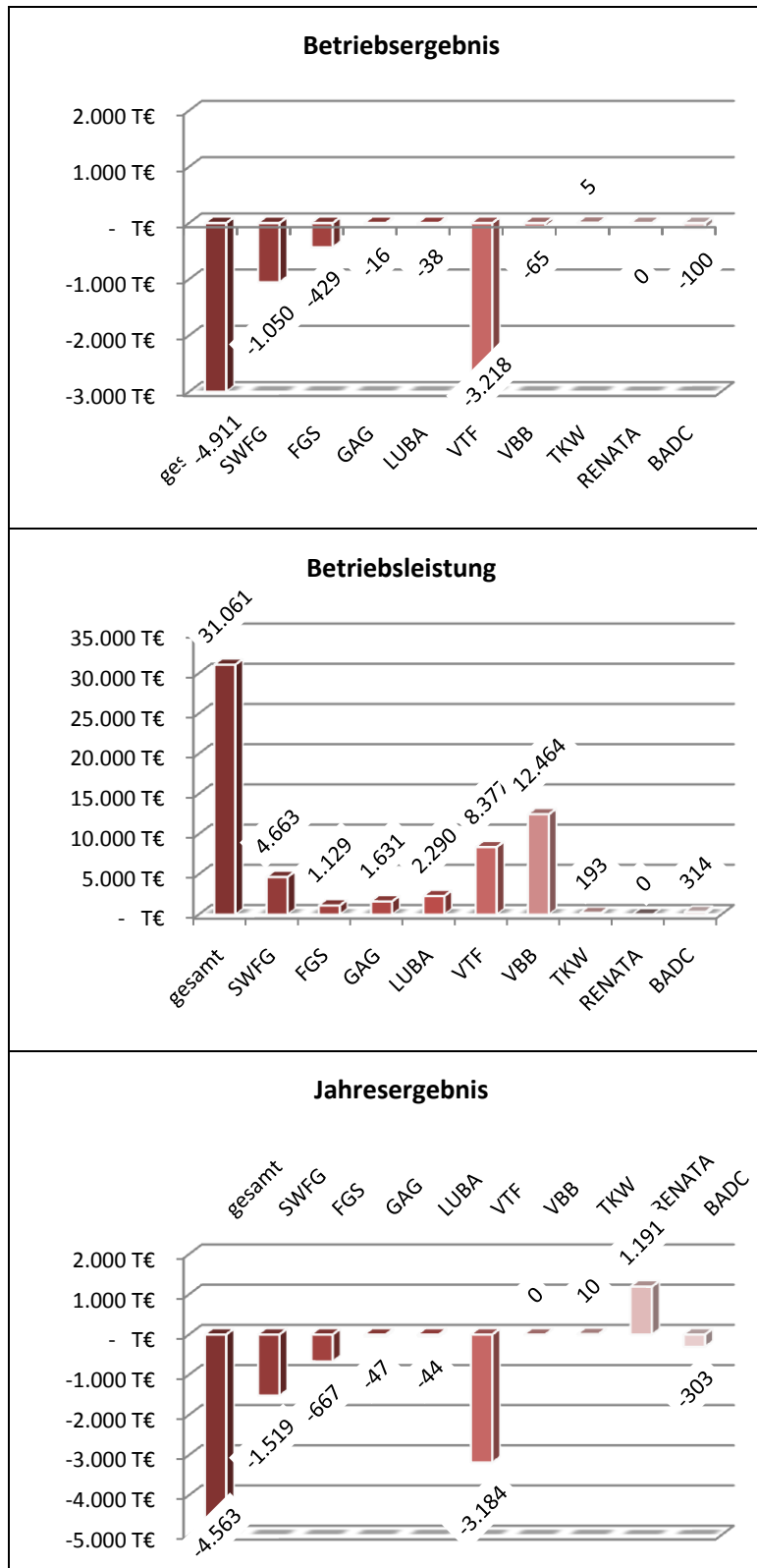
Die Unternehmen mit unmittelbarer kreislicher Beteiligung zeigen insgesamt eine etwas negativere wirtschaftliche Entwicklung auf. Die kumulierte Bilanzsumme in 2011 beläuft sich auf rd. 93,7 Mio €, 2,8 Mio. € weniger als 2010. Auf Grund der durchschnittlichen Anlagenintensität von 82 % wird deutlich, dass der Großteil des vorhandenen Vermögens langfristig gebunden ist. Demgegenüber steht bilanzielles Eigenkapital inklusive Sonderposten, sofern diese dem Eigenkapital zugerechnet wurden, von insgesamt rd. 25,9 Mio. €. Das entspricht einer durchschnittlichen Eigenkapitalquote von 23 % (Vj. 29 %). Die Abnahme des Eigenkapitals begründet sich u.a. durch den kumulierten Jahresfehlbetrag, der sich mit insgesamt 4,6 Mio. € (Vj. 3,6 Mio. €) erhöhte. Die Umsatzerlöse sanken um rd. 790 T€ auf 17.121 T€ und die Betriebsleistung insgesamt sogar um 825 T€, dem stehen jedoch ebenso gesenkte Aufwendungen u.a. Personalaufwand (-660T€), gegenüber. Insgesamt verschlechterte sich das Betriebsergebnis um 246 T€ auf -4.911T€. Des Weiteren sind die Zinsaufwendungen um 7 T€ zurückgegangen. Somit ergibt sich ein kumuliertes Jahresergebnis von -4.563 T€ (Vj. -3.594 T€). Unter Berücksichtigung dieses Jahresergebnisses sowie der reduzierten Zinsaufwendungen ergibt sich eine gesunkene Gesamtkapitalrentabilität von -2,3% (Vj. -1,5%).



Bei der Betrachtung der einzelnen Unternehmen wird deutlich, dass die SWFG mbH mit einer Bilanzsumme von 36,6 Mio. € das meiste Kapital bzw. Vermögen ausweist, gefolgt von der FGS mbH mit 20,0 Mio. €, der RENATA GmbH & Co. KG mit 15,8 Mio. € und der VTF mbH mit 12,7 Mio. €. Ebenso sind es diese Gesellschaften, die den Großteil des langfristigen bilanziellen Vermögens (Anlagevermögen) ausweisen. Insofern sind, bis auf die TKW GmbH, die VBB GmbH und die BADC, die betrachteten Unternehmen von einer hohen Anlagenintensität zwischen 64 % und 92 % gekennzeichnet. Große Unterschiede bestehen bei den Eigenkapitalquoten: die Spanne reicht von -13 % bis 98 %.

Während die Umsatzerlöse der RENATA GmbH & Co. KG und der FGS mbH stiegen, sanken sie bei den anderen Gesellschaften. Spitzenreiter bei den Umsatzerlösen ist die VTF mbH mit 5,7 Mio. € gefolgt von der RENATA GmbH mit 3,1 Mio. € und der SWFG mbH mit 2,4 Mio. €. Anders sieht es bei der Betriebsleistung aus. So beträgt diese bei der VBB GmbH rd. 12,5 Mio. €, bei der VTF mbH 8,4 Mio. € und bei der SWFG mbH 4,7 Mio. €. Trotz der hohen betrieblichen Erträge bzw. Erlöse weist die Mehrheit der Gesellschaften auf Grund der ebenfalls gestiegenen betrieblichen Aufwendungen ein negatives Betriebsergebnis aus. Gleiches gilt für die Jahresergebnisse.





2.5 Finanzbeziehungen des Landkreises Teltow-Fläming im Jahr 2011

Leistungs- und Finanzbeziehungen im Überblick												
Wirtschaftsjahr	2011				2010				2009			
Art ¹	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.
SWFG mbH ²	2.006 T€	655 T€	19.087 T€	- T€	2.154,0T€	2.950,0T€	20.470 T€	- T€	- T€	- T€	21.550 T€	- T€
FGS mbH ^{2,3}	183,0 T€	887,0 T€	2.959,3 T€	542,0 T€	420,0 T€	936,5 T€	3.211,1T€	- T€	976,1 T€	800,0T€	3.714,7 T€	- T€
GAG mbH	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
LUBA GmbH	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
VTF mbH ⁴	3.275,6T€	- T€	- T€	2.852,0T€	3.171,8T€	- T€	- T€	2.848T€	2.968,1T€	- T€	- T€	2.642,6T€
VBB GmbH ⁵	- T€	- T€	- T€	64,8 T€	- T€	- T€	- T€	64,8 T€	- T€	- T€	- T€	63,0 T€
TKW GmbH	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
RENATA GmbH & Co. KG	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
BADC GmbH ⁶	- T€	- T€	- T€	3,0 T€	- T€	- T€	- T€	3,0 T€	- T€	- T€	- T€	5,6 T€
gesamt	5.464,6T€	1.542,0T€	22.046,3T€	3.461,8T€	5.745,8T€	3.886,5T€	23.681,1T€	2.916,3T€	3.944,2T€	800,0T€	25.264,6T€	2.711,2T€

¹ Klassifizierung der Leistungs- und Finanzbeziehungen:

1. Kapitalzuführungen und - entnahmen (ohne 2).
2. Verlustausgleiche
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen
4. sonst. Finanzbeziehungen

² zu 3.:

Ausfallbürgschaften des Landkreises

Einleitung

- ³ zu 1.: davon in 2009: Stammkapitalerhöhung 32,61 €; sonst Kapitalrücklagen
- ⁴ zu 4.: davon Investitionszuschüsse: 999 T€ (2009); davon Ausgleichszahlungen für Schülerverkehr gemäß § 45a PBefG: 1.644 T€ (2009)
- ⁵ zu 4.: Gesellschafterbeiträge
- ⁶ zu 1.: Erwerb Stammkapitalanteil (entspr. 5 %); zu 4.: Betriebskostenzuschuss

3 Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Im Folgenden werden die Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming an Unternehmen des privaten Rechts gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 BbgKVerf einschließlich der mittelbaren Beteiligungen im Einzelnen dargestellt.

3.1 Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH, Jüterbog (SWFG)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Markt 15/16 (seit Juni 2013 Louis-Pasteur-Str.19,14943 Luckenwalde)
14913 Jüterbog

E-MAIL

info@swfg.de

HOMEPAGE

www.swfg.de

GRÜNDUNG

20.12.1991



Die SWFG mbH wurde auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 108 des Kreistages des damaligen Landkreises Zossen vom 09.12.1991 am 20.12.1991 gegründet. Der Beitritt des ehemaligen Landkreises Luckenwalde erfolgte auf Grundlage des Kreistagsbeschlusses Nr. 221/92 vom 02.07.1992.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 20.12.1991 notariell beurkundet und zuletzt durch den Gesellschafterbeschluss vom 15.06.2009 geändert (Geschäftskosten und Aufwendungen der Gesellschaft sowie Aufsichtsrat).

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Landkreises Teltow-Fläming und seiner Gemeinden durch die umwelt- und sozialverträgliche Förderung des Fremdenverkehrs sowie des Wirtschafts- und Gemeindelebens.

Zum Zweck der Gesellschaft gehört es insbesondere, ergänzend zu den wirtschaftsfördernden Tätigkeiten der Gesellschafter

- a) für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben im Gebiet der Gesellschaft zu werben,
- b) zu gründende und ansässige Betriebe sowie Fremdenverkehrseinrichtungen zu fördern,
- c) Hilfestellungen für Klein- und Mittelbetriebe zu geben,
- d) den Landkreis Teltow-Fläming und seine Kommunen bei der örtlichen und überörtlichen Planung zu beraten,
- e) den Aufbau wirtschaftsnaher Infrastruktur zu fördern.

(§ 2 Abs. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

3.956.050,00 €

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	97,8653 %	3.871.600,00 €
Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam:	2,0690 %	81.850,00 €
VR-Bank Fläming eG:	0,0657 %	2.600,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

Biotechnologiepark Luckenwalde GmbH (BTPL):	100 %
Service-Agentur Teltow-Fläming GmbH (SEAG):	100 %
Flaeming-Skate GmbH (FS):	100 %
NEG Nunsdorfer Entwicklungsgesellschaft mbH:	49 %
UP Transfer Gesellschaft für Wissens- und	
Technologietransfer mbH an der Universität Potsdam:	6 %
EWZ Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf/Zehrendorf mbH:	0,13 %
Kooperationsnetzwerk Biotechnologie / Life Sciences Potsdam:	0 %
(Einlage 6.372,71 €)	

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung
Gesellschafterversammlung
Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Herbert Vogler

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Peer Giesecke	(Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Ernst Dienst	(Vorstand der Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam)
Frau Dr. Carola Seiler	(Vorstand der VR-Bank Fläming eG)

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat besteht aus der/dem Vorsitzenden des Kreistages als Vorsitzende/n, dem Landrat, 4 weiteren Vertretern des Kreistages des Landkreises Teltow- Fläming, je einem Vertreter der übrigen Gesellschafter, sowie einem vom Kollegium aller Amtsdirektoren und aller hauptamtlicher Bürgermeister zu bestimmenden Vertreter der Städte und Gemeinden des Landkreises.

Herr Christoph Schulze	(Vorsitzender, Kreistagsvorsitzender des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Peer Giesecke	(Landrat des Landkreises Teltow-Fläming, SPD)
Frau Martina Borgwardt	(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, FDP Vorsitzende des Kreistagsausschusses für Wirtschaft)
Herr Detlev von der Heide	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, SPD)
Frau Maritta Böttcher	(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, Die Linke)
Herr Hermann Kühnapfel	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, CDU)
Herr Frank Gerhard	(Vertreter der hauptamtlichen Bürgermeister und des Amtsdirektors)
Herr Ernst Dienst	(Vorstand der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam)
Frau Dr. Carola Seiler	(Vorstand der VR-Bank Fläming eG)

ABSCHLUSSPRÜFER

WIKOM AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN UND LAGEBERICHT (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2011	2010	2009	2010 zu 2011	2009 zu 2010	2010 zu 2011	2009 zu 2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	79,4%	79,5%	75,7%	-0,1%	3,9%	-0,1%	5,1%
Eigenkapitalquote	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	18,6%	19,8%	20,0%	-1,2%	-0,2%	-6,1%	-1,2%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	673,0 T€	1.814 T€	5.858 T€	-1.142 T€	- 4.043 T€	-62,9%	-69,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	102,2%	101,1%	104,7%	1,1%	-3,6%	1,1%	-3,4%
Zinsaufwandsquote	46,0%	45,0%	41,6%	1,0%	3,4%	2,2%	8,2%
Zinsaufwandsquote ²	19,8%	17,2%	29,1%	2,6%	-11,9%	15,1%	-40,9%
Liquidität 3. Grades	73,8%	79,6%	49,1%	-6,2%	30,5%	-7,8%	62,1%
Cashflow	-1.157 T€	-512,4 T€	-1.282 T€	- 644,6 T€	769,8 T€	125,8%	60,0%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	327,0 T€	29,4 T€	29,2 T€	297,6 T€	0,2 T€	1012,2%	0,5%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-0,1%	0,1%	-1,5%	-0,2%	1,6%	-200,0%	108,6%
Umsatz	2.428 T€	2.468,3 T€	3.244,4 T€	- 40,3 T€	- 776,1 T€	-1,6%	-23,9%
Jahresergebnis	-1.519 T€	- 1.061 T€	-1.987 T€	- 457,9 T€	925,5 T€	43,2%	46,6%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	50,1%	57,2%	34,6%	-7,1%	22,6%	-12,4%	65,4%
Personalintensität	26,1%	21,8%	24,2%	4,3%	-2,3%	19,7%	-9,7%
Anzahl der Mitarbeiter	22	22	20	0	2	0,0%	-10,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landkreises der SWFG mbH übertragenen Aufgaben, sowohl die Pflichtaufgaben als auch die freiwilligen Aufgaben, wurden von der Gesellschaft auch im Jahre 2011 im vollen Umfang erfüllt.

Die Betreuung kleiner und mittelständiger Unternehmen als ein Kernbereich ist in bewährter Form fortgeführt worden. In der Datenbank der von der SWFG mbH betreuten Unternehmen haben sich mehr als 2400 Unternehmen eintragen lassen. In monatlichen Zusammenkünften der Steuerungsgruppe mit den Vertretern der Städte und Gemeinden, der Arbeitsagentur, des Jobcenters TF, der IHK, der ILB, der Kreishandwerkerschaft, des LK, der ZAB, des ZAL und des Netzwerkes „Zukunft“ wurden die Aktivitäten mit den SWFG Firmenbetreuern koordiniert. In diesen Zusammenkünften werden Besuche bei Firmen abgestimmt, die dann miteinander durchgeführt werden, Ausbildungsplätze, freie Stellen, Praktikums- und Schülerarbeitsplätze gemeinsam akquiriert und die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsunternehmen und Schulen koordiniert. Die in den Unternehmen aufgeworfenen Probleme werden zielgerichtet vom kompetentesten Partner aufgenommen und einer Lösung zugeführt. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt, dass die Schwerpunkte sich deutlich in Richtung Fach- und Arbeitskräftesicherung verschieben. Für die Ansiedlung von Unternehmen sind kaum noch Fördermittel entscheidend, vielmehr gewinnt die Region den Ansiedlungswettbewerb, in der entsprechende Arbeitskräfte bereitgestellt werden können. Dem trägt die SWFG mbH Rechnung, indem im Rahmen des Netzwerkes Mittelstand die Fachkräftesicherung bis hin zu Ingenieurpersonal als Schwerpunktaufgabe begriffen wurde. Mit weiteren Umstrukturierungen des Netzwerkes wurde dem im Jahr 2011 Rechnung getragen. So haben die Unternehmensnetzwerke „Fachkräftesicherung“ und „Wirtschaft-Schule“ die Arbeit aufgenommen und erbringen unter Einbeziehung weiterer Partner wesentliche Beiträge zu Problemlösungen.

Für die KMU wurden die direkten Hilfen bei der Vorbereitung von Fördermittelanträgen (GRW-Mittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – ehemals GA-Mittel) weiter verbessert, die Stellungnahmen im Auftrag des Landkreises wurden wie in den vergangenen Jahren in bewährter Qualität durchgeführt.

Der hohe Vermietungsstand im BTPL konnte auch durch qualitativ hochwertige Unternehmensbetreuung gesichert werden. Sowohl im BTPL als auch in den Gewerbegebieten in Dahlewitz kam es zu weiteren Grundstücksverkäufen an gewerbliche Unternehmen. Am Abbau der Zahlungsrückstände der Mieter im BTPL wird energisch gearbeitet.

Die Aktivitäten zur Vermarktung der MBS- Immobilien wurden im Jahr 2010 mit der Unterzeichnung des Kaufvertrages mit dem Immobilienfonds „World of Fonds“ zu einem scheinbaren Abschluss gebracht. Jedoch musste der Fonds im Jahr 2012 erklären, dass er den Kaufpreis nicht aufbringen kann. Somit ist der Verkauf gescheitert. Inzwischen ist die Verkaufsstrategie geändert worden, neben dem Paketverkauf wird die Einzelobjektvermarktung ins Auge gefasst.

Die im Jahr 2007 von der SWFG mbH in Abstimmung mit dem Landkreis und den Städten und Gemeinden übernommene Aufgabe, Möglichkeiten zu finden, den Landkreis flächendeckend mit Breitband zu versorgen, hat zu ersten Ergebnissen bei der Versorgung mittels Richtfunk im Norden des Landkreises und über das Unternehmen Telekom im Raum Jüterbog geführt. Die dazu erforderlichen finanziellen und personellen Veränderungen wurden durchgeführt. Die dazu erforderlichen finanziellen und personellen Veränderungen wurden durchgeführt. Mit weiteren Städten und Gemeinden wurden Kooperationsvereinbarungen unterschreiben, die schrittweise zur Verbesserung der Breitbandversorgung per Kabel oder Richtfunk umgesetzt werden.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Der Hauptgesellschafter Landkreis Teltow-Fläming erbringt seit Jahren erhebliche Leistungen zur Stärkung der SWFG mbH. Das geschah vorrangig durch Einlagen in Form von Immobilien in das Stammkapital, als Verlustausgleich in Form von Barmitteln und durch die Übernahme von Ausfallbürgschaften für Investitionskredite. Seit dem Jahre 2003 hat der Hauptgesellschafter die Verlustausgleiche nicht mehr in voller Höhe vorgenommen, so dass in der SWFG mbH eine angespannte Finanzlage entstanden ist. Die Situation wurde durch eine Bareinlage des Landkreises in Höhe von rund 2,6 Millionen Euro im Januar 2011 gemildert. Da die Gesellschaft auch in Zukunft nicht auf Gewinnerzielung angelegt ist – allein im BTPL werden trotz eventueller Einmaleffekte jährliche Verluste in Höhe mehrerer hunderttausend Euro zu verzeichnen sein –, sind Barzuführungen des Hauptgesellschafters zum Ausgleich der Verluste unumgänglich. Andererseits sind seitens der Gesellschaft die Initiativen zu verstärken, durch Veräußerungen (Einmaleffekte) und durch damit verbundene Umstrukturierung zur Sicherung der Liquidität des Unternehmens beizutragen.

Im Berichtsjahr hat sich die Bilanzsumme um rund 1.700 T€ vermindert (-4,4 %), auch das Anlagevermögen nahm um rd. 1.400 T€ ab (-4,6 %). Die im letzten Jahr durch Veränderungen in der Bilanzierung und Einmaleffekte –Verkäufe– erreichten positiven Werte konnten in 2011 nicht wiederholt werden. Einmaleffekte waren nicht in dem Umfang der Vorjahre zu verzeichnen. Durch die Einlage des Landkreises hat sich das Eigenkapital weiter erhöht. Der im Berichtsjahr als nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag hat sich von 1.815 T€ auf 673 T€ verringert. Durch weitere Zuführungen des Landkreises konnte die Höhe der Fremdfinanzierung auf 26.237 T€ gesenkt werden (Vj. 27.583 T€). Echte Tilgungen nahm die SWFG mbH in Höhe von 1.400 T€ vor. Die Entwicklung des Eigenkapitals ist insbesondere mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft kritisch zu beobachten. Insgesamt war die SWFG mbH 2011 in einer ähnlichen Lage wie 2010.

Der für kommunale Wirtschaftsförderungsgesellschaften relativ hohe Immobilienbestand der SWFG mbH wirkt sich auch auf die Bilanzstruktur aus. So beträgt der Anteil des Anlagevermögens 79,4 % (Vj. 79,5 %) vom Gesamtvermögen. Dem steht ein entsprechend hoher Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber. Die langfristige Bindung des Kapitals kann die Flexibilität, d.h. die Fähigkeit der Gesellschaft, sich auf verändernde Rahmenbedingungen einzustellen, einschränken. Daher soll der Anteil des Anlagevermögens sowie des entsprechenden Fremdkapitals an der Bilanzsumme in den nächsten Jahren kontinuierlich reduziert werden. Folglich besteht in Verbindung mit einer entsprechenden Verringerung der Bilanzsumme die Möglichkeit, das vorhandene Eigenkapital aufzuwerten und die Eigenkapitalquote zu steigern.

Der Anlagendeckungsgrad II liegt mit 102,2 % (Vj. 101,1 %) unter dem durchschnittlichen Zielwert von 110 bis 150 %. Grund dafür ist das Verhältnis der hohen Anlagenintensität in Verbindung mit der vergleichsweise geringeren Eigenkapital- sowie mittel- bis langfristigen Fremdkapitalausstattung. Diese Fristeninkongruenz wird auch bei Betrachtung der Liquidität 3. Grades deutlich. Insofern deckt das kurzfristige Vermögen (Umlaufvermögen) der SWFG mbH die kurzfristigen Verbindlichkeiten nur zu 73,8 % (Vj. 79,6 %). Der Zielwert liegt dagegen bei über 120 %. Insgesamt zeigen diese Positionen die angespannte Finanzsituation der Gesellschaft auf.

Die mit dem großen Immobilienbestand einhergehenden Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 29,7 Mio. € (Vj. 30,5 Mio. €) führen wiederum zu einer starken Zinsbelastung und einer vergleichsweise hohen Zinsaufwandsquote von 19,8 % (Vj. 17,2 %).

Zusätzlich zum Zinsaufwand wird das Jahresergebnis der Gesellschaft insbesondere durch die Personalaufwendungen, Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe

von insgesamt 6.028,7 T€ (Vj. 6.237,3 T€) belastet. Zugleich ist das Jahr 2011 gekennzeichnet von gesunkenen Umsatzerlösen um 40,5 T€ auf 2.427,8 T€, denen wiederum um 495,6 T€ auf 2.627,6 T€ gestiegene sonstige betriebliche Erträge gegenüberstehen. Der Jahresfehlbetrag erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 458,2 T€ auf 1.519,3 T€ (Vj. 1.061,1 T€).

Der Personalaufwand ist in 2011 gegenüber dem Vorjahr um 195 T€ auf 1.217 T€ gesunken.

Auf Grund des hohen Gesamtkapitals von 36.616 T€, welches der Gesellschaft zur Verfügung steht, ergibt sich trotz des ausgewiesenen Millionenverlustes eine verhältnismäßig niedrige Gesamtkapitalrentabilität von - 0,1 % (Vj. 0,1 %). Ohne Verlustausgleich bzw. Zuwendungen anderer Art durch den Gesellschafter wäre der jährliche Verzehr des Eigenkapitals bei anhaltend negativer Entwicklung existenzgefährdend für das Unternehmen. Insofern ist die bereits eingeleitete Konsolidierungspolitik in Verbindung mit angestrebten Einmaleffekten in den folgenden Wirtschaftsjahren von besonderer Bedeutung für die Existenzsicherung der SWFG mbH.

Die hohe Kostenbelastung wirkt sich auch auf den erwirtschafteten Cash-Flow, also dem um Abschreibungen, die Auflösung von Sonderposten, der Zu- bzw. Abnahme der Rückstellungen sowie dem außerordentlichen Ergebnis bereinigten Jahresergebnis, aus. Die Gesellschaft weist im Dreijahresrückblick jährlich einen negativen Cash-Flow – auch Cash-Loss genannt. Diese anhaltend negative Aussage über die Innenfinanzierungskraft des Unternehmens bestätigt entsprechend der geringen Liquiditätsgrade die schwierige Finanzlage der Gesellschaft.

Etwas positiver stellt sich die Entwicklung der zahlungswirksamen Veränderung des Finanzmittelbestandes, also die Summe aus Jahres-Cash-Flow sowie dem Mittelzu- bzw. -abfluss aus Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit der SWFG mbH, dar. Sie beträgt in 2011 rd. 327,0 T€ (Vj. 29,4 T€) und hat sich im Vergleich zum Jahr 2010 mit 297,6 T€ deutlich verbessert. Bedeutendster Bestandteil zur Liquiditätserhaltung ist dabei der Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit mit einer Nettokreditaufnahme von rd. 1.315 T€.

Insgesamt ist die SWFG mbH gegenüber dem Vorjahr in einer deutlich besseren Lage. Trotzdem bleibt eine der Hauptaufgaben bestehen, die vorhandenen Reserven im Immobilienbereich zu erschließen. Nach wie vor ist die Verbesserung der Liquidität der SWFG mbH eine der vordringlichsten Aufgaben. Das kann sowohl durch Geschäfte mit kontinuierlichen Einnahmen als auch durch Einmaleffekte geschehen. Zu diesem Zweck sind mehrere Maklerfirmen eingeschaltet worden, um den Immobilienbestand zu veräußern.

CHANCEN UND RISIKEN

Die SWFG mbH ist im Jahr 2012 in eine Immobiliengesellschaft mit dem besonderen Wirtschaftsförderungsteil Biotechnologiepark Luckenwalde (BTPL) umgewandelt worden. Im BTPL nimmt die SWFG mbH alle wirtschaftsfördernden Funktionen wahr (Betreuung der Unternehmen von der Ansiedlungs-/Investitionsberatung über die Fördermittelberatung bis hin zur Vermittlung von Bankverbindungen). Im BTPL muss der hohe Vermietungsstand gehalten werden. Nur so können Verluste aus der Betreibung des BTPL minimiert werden. Die noch zur Verfügung stehenden Ansiedlungsflächen sind zügig zu vermarkten. Damit wäre eine Veräußerung des Parks eher möglich.

Für das Agieren der SWFG mbH im Hinblick auf die Verbesserung der Ertragslage ist die veränderte Wirtschaftslage durch die Verschiebung der Eröffnung des Flughafens BER relevant. Die SWFG mbH arbeitet zwar auf Landesebene in allen relevanten Gruppen mit und agiert selbst im Bereich Dahlewitz (Vermarktung eigener Immobilien). Die Nachfrage für die von der SWFG mbH entwickelten Gewerbegebiete (GE) in Blankenfelde-Mahlow und OT Dahlewitz wird jedoch erst mit der Festlegung eines realistischen Eröffnungstermins für den Flughafen BER wieder anziehen.

Die MBS-Immobilien sicherten der SWFG Einnahmen, die zur Verbesserung der Gesamtsituation beitrugen. Durch die Veräußerung werden Einmaleffekte erzielt, die kurzzeitig zu drastischen Verbesserungen der Finanzsituation der Gesellschaft führen werden.

Die flächenmäßige Breitbandversorgung ist im September 2012 zum LK TF gewechselt und wird von dort aus mit gleicher Intensität weitergeführt.

Voraussetzung für die Weiterführung der Aktivitäten der SWFG mbH ist nach wie vor die Sicherung der Liquidität. Die Gegenüberstellung der kurzfristigen Mittel und des kurzfristigen Mittelbedarfs zeigt zum 31.12.2011 eine Unterdeckung in Höhe von rd. 2,6 Mio. €. Da bei Immobilienverkäufen die Verkaufserlöse frühestens nach sechs Monaten zur Verfügung stehen, die Einnahmen zuerst zur Tilgung von Krediten eingesetzt werden und nur ein Teil zur Deckung der Betriebskosten eingesetzt werden kann, ist mit nur mit Veräußerungen im großen Stil (MBS-Immobilien oder BTPL insgesamt) das Liquiditätsproblem aus der Welt zu schaffen. Zuführungen des Hauptgesellschafters sind bis dahin unumgänglich, wenn die Gesellschaft ihre Aufgaben auch weiterhin erfüllen soll. Dazu hat sich der Hauptgesellschafter aber auch bekannt. Der Kreistag hat beschlossen, jährlich bis zu 1 Mio. € für die SWFG mbH bereitzustellen. Ab dem Jahr 2013 wird diese Zuführung ausreichen, um die Liquidität der Gesellschaft ohne Schwierigkeiten zu sichern. Zur Absicherung der Liquidität der Gesellschaft wurde darüber hinaus eine Erklärung des LK TF vom 25.02.2010 gegenüber den finanzierenden Banken der SWFG mbH vorgelegt, in der der LK TF als Hauptgesellschafter der SWFG mbH versichert, dass er seinen Verpflichtungen bis zur Veräußerung des Immobilienpaketes nachkommt und für ausreichende Finanzausstattung sorgen wird. Bis zu dem Zeitpunkt größerer Immobilienverkäufe ist die Existenz der SWFG mbH voll und ganz von den Kapitalzuführungen des Landkreises abhängig. Weitere Risiken bestehen in Form von stillen Lasten im Anlagevermögen (329 T€) welche aufgrund derzeitiger Verkaufsvorgänge jedoch keinen Abwertungsbedarf zur Folge haben.

Die SWFG mbH war nie auf Gewinnerzielung angelegt. Der Landkreis hat als Hauptgesellschafter die laut Gesellschaftervertrag vorgesehenen Verlustausgleiche auf Grund der Haushaltslage seit dem Jahre 2003 nur noch sporadisch und im geringen Umfang durchgeführt, in der Regel nur noch dann, wenn Finanzmittel auf dem Kapitalmarkt nicht mehr zu beschaffen waren. Deshalb wurde in der SWFG mbH ab dem Jahre 2007 mit der Einstellung der wirtschaftlichen Aktivitäten der BTPL GmbH ein Umstrukturierungsprozess eingeleitet, der im Jahre 2010/2011 mit der Einstellung der wirtschaftlichen Aktivitäten der SEAG und der FS GmbH weitergeführt und im Jahre 2012 mit dem Übergang der Wirtschaftsförderungsbereiche (außer BTPL) in den Landkreis abgeschlossen wurde. Das führt ab sofort zu Kostenreduzierungen in der SWFG mbH.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Eine besondere Bedeutung kommt der Sicherung der Liquidität der Gesellschaft zu. Ein bedeutender Schritt ist in diesem Zusammenhang die Vermarktung der sogenannten MBS-Immobilien. Die damit generierten liquiditäts- und ertragsseitigen Einmaleffekte werden voraussichtlich zu einer kurzfristigen Verbesserung der Finanzsituation der Gesellschaft führen. Durch die intensivierten Vermarktungsaktivitäten sollen weitere Veräußerungserfolge folgen. Die Veräußerungserlöse stehen dann zur Rückführung der Verbindlichkeiten der SWFG mbH zur Verfügung. Die Gesellschaft kann ihrer originären Geschäftstätigkeit so noch besser nachkommen und gleichzeitig eigenständig zu einer weiteren Stabilisierung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen.

Im Hinblick auf die Stärkung der Position der Gesellschaft spielt auch die zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming als Hauptgesellschafter und der SWFG mbH abgeschlossene Zielvereinbarung 2011 – 2013 eine große Rolle. Damit erfolgt eine schriftliche Definition der Ziele, Handlungsfelder und

Aktivitäten der Gesellschaft entsprechend ihres im Gesellschaftsvertrag formulierten Gesellschaftszweckes. Ebenso wurden die mittelfristigen Planungsziele – unterlegt durch einen entsprechenden Wirtschaftsplan – zwischen der Gesellschaft und dem Landkreis abgestimmt. Sie bieten zukünftig die Basis des wirtschaftlichen Handelns der SWFG mbH.

In einer in 2011 gebildeten Arbeitsgruppe des Kreistages wurde die Struktur der künftigen Wirtschaftsförderung des Landkreises neu festgelegt. Dadurch kommt es zukünftig zu Kosteneinsparungen bei der SWFG mbH. Derzeit diskutiert eine Arbeitsgruppe die Zukunft der SWFG mbH als Gesellschaft.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2011	2010	2009
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	2.006,0 T€	2.154,0 T€	- T€
2. Verlustausgleiche	655 T€	2.950,0 T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen ¹	19.087 T€	20.470,0 T€	21.549,9 T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

¹ Ausfallbürgschaften des Landkreises

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Gemäß § 122 Abs. 2 BbgKVerf fördert der Landkreis insbesondere die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung seines Gebiets zum Wohle der Einwohner. Dazu bedient er sich unter anderem der SWFG mbH.

Bei der Wahrnehmung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben arbeitet die Gesellschaft mit anderen Institutionen und Verwaltungen – auch kreisübergreifend – zusammen.

6. SONSTIGES

Die SWFG mbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2011		2011	2010	Veränderung
		TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	29.068,0	30.446,0	-1.378,0
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	3,6	2,3	1,3
II.	Sachanlagen	28.978,4	30.351,3	-1.373,0
III.	Finanzanlagen	86,0	92,4	-6,4
B	Umlaufvermögen	6.815,7	5.967,7	848,0
I.	Vorräte	4.752,8	4.371,2	381,6
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.262,1	1.370,4	139,8
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	552,7	226,1	326,7
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	59,5	60,2	-0,7
D.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	673,0	1.814,7	-1.141,7
Bilanzsumme		36.616,2	38.288,6	-1.672,4
Passiva				
A.	Eigenkapital	0,0	0,0	0,0
I.	Gezeichnetes Kapital	3.956,1	3.956,1	0,0
II.	Kapitalrücklage	4.160,0	2.154,0	2.006,0
III.	Verlustvortrag	-7.269,7	-6.863,6	-405,8
IV.	Jahresfehlbetrag	-1.519,3	-1.061,1	-458,2
V.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	673,0	1.814,7	-1.141,7
B.	Sonderposten aus Investitionszuschüssen	6.809,1	7.563,2	-754,2
C.	Rückstellungen	103,0	172,7	-69,7
D.	Verbindlichkeiten	29.690,2	30.536,8	-846,7
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	13,9	15,8	-1,9
Bilanzsumme		36.616,2	38.288,6	-1.672,4
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2011				
1.	Umsatzerlöse	2.427,8	2.468,3	-40,5
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	584,0	1.865,2	-1.281,2
3.	sonstige betriebliche Erträge	2.627,6	2.132,1	495,5
4.	Personalaufwand	1.217,0	1.412,4	-195,4
5.	Abschreibungen	1.184,9	1.198,7	-13,8
6.	sonstige betriebliche Aufwendungen	3.626,1	3.515,7	110,4
7.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	103,6	50,3	53,3
8.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,0	110,5	-110,5
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.116,7	1.111,7	5,0
10.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,7	132,1	-131,4
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.402,4	-965,2	-437,2
12.	außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
13.	außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
14.	außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0
15.	sonstige Steuern	116,9	95,9	21,0
16.	Jahresfehlbetrag	-1.519,3	-1.061,1	-458,2

Die Beteiligungen der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH in Zahlen

3.1.1 Biotechnologiepark Luckenwalde GmbH (BTPL)

Gesellschafter: 100 % SWFG mbH
Geschäftsführung: Herr Herbert Vogler

Die GmbH hat ihre wirtschaftliche Tätigkeit seit 2008 eingestellt. Das Gewerbe wurde zum 31.12.2010 abgemeldet. Die bisherigen Aufgaben werden durch eine Abteilung der SWFG mbH wahrgenommen.

3.1.2 Service-Agentur Teltow-Fläming GmbH (SEAG)

Gesellschafter: 100 % SWFG
Geschäftsführung: Herr Herbert Vogler

Im Jahre 2010 hat die SEAG mbH ihre wirtschaftliche Tätigkeit eingestellt.

Die Geschäftsfelder wurden in die GAG mbH, bei der der Landkreis Hauptgesellschafter ist, übernommen und in der neu gegründeten Abteilung Büroservice weitergeführt.

3.1.3 Flaeming-Skate GmbH (FS)

Gesellschafter: 100 % SWFG mbH
Geschäftsführung: Herr Herbert Vogler

Im Zuge der Umstrukturierungen der SWFG – Firmengruppe wurde die wirtschaftliche Tätigkeit der FS GmbH in 2010 eingestellt und die Leistungsfelder in der Muttergesellschaft, der SWFG mbH, Abteilung Fläming-Skate, weitergeführt. Im Jahr 2012 ist die Abteilung Fläming-Skate zum Landkreis gewechselt. Damit wurden leistungsstarke Strukturen geschaffen, Hierarchien flacher und die im weitesten Sinne wirtschaftsfördernde Arbeit aller von der Umstrukturierung betroffenen kreislichen Gesellschaften effektiver gestaltet.

3.1.4 NEG Nunsdorfer Entwicklungsgesellschaft mbH

Gesellschafter: 49 % SWFG und 51 % Herr Dipl.-Ing. Dr. Rainer Töpel
Geschäftsführung: Herr Dipl.-Ing. Dr. Rainer Töpel und Herr Herbert Vogler

Trotz mehrfacher Anforderung lag der Jahresabschlussbericht bei Endfertigung des Beteiligungsberichtes nicht vor.

3.1.5 UP Transfer Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer mbH an der Universität Potsdam

Gesellschafter: 6 % SWFG mbH, 76 % Universität Potsdam, 6 % Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin- Brandenburg e.V., 6 % ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH und 6 % Industrie- und Handelskammer Potsdam

Geschäftsführung: Herr Prof. Dr. Muszynski (bis 30.04.2010) und Herr Dr. Andreas Bohlen

Die UP TRANSFER GmbH ist eine private gemeinnützige Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer an der Universität Potsdam. Die Gesellschaft wurde von der Universität Potsdam gemeinsam mit Partnern aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung gegründet, um auf die Bedürfnisse des Marktes flexibler zu reagieren und die Kompetenzen der grundlagen- und anwendungsorientierten Forschungsbereiche der Hochschule enger mit der Wirtschaft zu verzahnen.

Der Gesellschaftszweck umfasst die Forschung, Entwicklung, Lehre, Bildung und Weiterbildung sowie die Ermöglichung eines Wissens- und Technologietransfer ohne unnötige bürokratische Schranken.

Trotz mehrfacher Anforderung lag der Jahresabschlussbericht bei Endfertigung des Beteiligungsberichtes nicht vor.

3.1.6 EWZ Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf/ Zehrendorf mbH

Gesellschafter: 0,13 % SWFG mbH, 99,87 % Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau,
Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg mbH i. L. (LEG)

Geschäftsführung: Frau Birgit Flügge

Bilanz zum 31.12.2010	2011	2010	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	0,1	0,2	-0,1
I. Sachanlagen	0,1	0,2	-0,1
II. Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0
B. Umlaufvermögen	10.789,6	10.849,7	-60,1
I. Vorräte	10.606,8	10.733,8	-127,0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	111,7	39,2	72,5
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	71,1	76,7	-5,6
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	52.311,3	52.198,3	113,0
Bilanzsumme	63.101,0	63.048,3	52,7
Passiva			
A. Eigenkapital	0,0	0,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	4.346,0	4.346,0	0,0
II. Verlustvortrag	56.544,3	51.677,4	4.866,9
III. Jahresfehlbetrag	112,9	4.866,9	-4.750,0
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	52.311,3	52.198,3	113,0
B. Rückstellungen	3.806,3	5.690,6	-1.884,3
C. Verbindlichkeiten	59.293,1	57.355,9	1.937,2
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1,6	1,7	-0,1
Bilanzsumme	63.101,0	63.048,3	52,7

3.2 Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Besitzgesellschaft, Trebbin (FGS)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Am Flugplatz, 14959 Trebbin (OT Schönhagen)

E-MAIL

Info@edaz.de

HOMEPAGE

www.edaz.de

GRÜNDUNG

02.05.1991



Die Beteiligung des ehemaligen Landkreises Luckenwalde als Gesellschafter an der zu gründenden Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH erfolgte auf Grundlage des Beschlusses Nr. 079/91 des Kreistages vom 25.04.1991.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde am 02.05.1991 notariell beurkundet und zuletzt am 30.04.2009 notariell geändert.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 20.03.2000 wurde die Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH durch den Zusatz - Besitzgesellschaft - umfirmiert und der Gegenstand des Unternehmens wie folgt neu gefasst:

Der Gegenstand des Unternehmens ist das Vorhalten des Flugplatzes in Schönhagen als Verkehrslandeplatz für den Geschäftsreiseverkehr, den privaten Luftverkehr, die Entwicklung der Infrastruktur, die Errichtung eines Luftfahrt-Technologieparks, die Vermietung und Verpachtung von Immobilien sowie die Vertretung des Standortes nach außen (Marketing).

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

Für die Organisation des eigentlichen Luftverkehrs wurde als Tochter zum 01.05.2000 eine Betriebsgesellschaft mit 50.000,00 € Stammkapital gegründet, deren Gesellschafter zu 100 % die Besitzgesellschaft ist. Die Besitzgesellschaft hat mit der Betriebsgesellschaft einen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen.

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

2.275.300,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	99,54 %	2.264.800,00 €
Stadt Trebbin:	0,46 %	10.500,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Betriebsgesellschaft:	100 %
--	-------

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Dr.-Ing. Klaus-Jürgen Schwahn

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Peer Giesecke (Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Thomas Berger (Bürgermeister der Stadt Trebbin)

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat besteht aus dem Landrat des Landkreises Teltow-Fläming als Vorsitzendem, dem Bürgermeister der Stadt Trebbin, bis zu vier Mitgliedern der jeweils größten im Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming vertretenen Fraktionen sowie bis zu drei weiteren von der Gesellschafterversammlung berufenen Personen mit Fachkompetenz.

Herr Peer Giesecke (Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Thomas Berger (Bürgermeister der Stadt Trebbin)

Herr Andreas Kaden (Geschäftsführer der Lufthansa Bombardier Aviation Services GmbH)

Herr Andreas Deckert (Leiter Verkehr Berliner Flughäfen)

Frau Heide Igel (Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, SPD)

Herr Dr. Rudolf Haase (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, Die Linke)

Herr Danny Eichelbaum (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, CDU)

Herr Michael Baumecker (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, BV)

ABSCHLUSSPRÜFER

Dipl.-Kfm. Eckardt Beil, Potsdam

Wirtschaftsprüfer

2. ANALYSEDATEN (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

(Die Angaben beziehen sich auf den konsolidierten Jahresabschluss 2011 von Besitz- und Betriebsgesellschaft)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2011	2010	2009	2010 zu 2011	2009 zu 2010	2010 zu 2011	2009 zu 2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	90,5%	94,2%	94,9%	-3,7%	-0,6%	-3,9%	-0,7%
Eigenkapitalquote	38,6%	33,5%	30,6%	5,1%	2,9%	15,2%	9,5%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	78,9%	76,2%	76,2%	2,7%	0,0%	3,6%	0,0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	108,0%	102,1%	100,3%	5,9%	1,8%	5,8%	1,7%
Zinsaufwandsquote	16,9%	20,0%	29,0%	-3,2%	-8,9%	-15,8%	-30,9%
Zinsaufwandsquote ²	10,4%	12,2%	17,3%	-1,9%	-5,1%	-15,1%	-29,4%
Liquidität 3. Grades	429,4%	149,9%	105,7%	279,5%	44,2%	186,5%	41,8%
Cashflow	- 370,9 T€	- 445,0 T€	- 592,6 T€	74,1 T€	147,5 T€	16,7%	24,9%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	804,4 T€	539,2 T€	- 206,1 T€	265,2 T€	745,3 T€	49,2%	361,6%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-2,4%	-2,6%	-3,5%	0,2%	0,9%	7,6%	26,3%
Umsatz	1.119,9 T€	898,1 T€	816,0 T€	221,8 T€	82,1 T€	24,7%	10,1%
Jahresergebnis	- 666,9 T€	- 696,7 T€	- 928,5 T€	29,8 T€	231,8 T€	4,3%	25,0%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	57,0%	65,0%	74,8%	-7,9%	-9,8%	-12,2%	-13,1%
Personalintensität	35,2%	39,8%	44,7%	-4,6%	-5,0%	-11,6%	-11,1%
Anzahl der Mitarbeiter	17	16	16	1	0	6,3%	0,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die FGS mbH erfüllt mit der Vorhaltung des Verkehrslandeplatzes (VLP) Schönhagen, der Entwicklung des Luftfahrt-Technologieparks, der Vermietung und Verpachtung von Immobilien sowie der Vertretung des Standortes nach außen (Marketing) die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben.

Die rückläufigen Verkehrszahlen, unter denen die gesamte Branche im Jahr 2010 zu leiden hatte, haben sich im Jahr 2011 wieder positiv entwickelt. Trotz der witterungsbedingt schlechten Sommermonate stiegen die Flugbewegungen per 31.12.2011 um 10,4% von 44.657 auf 49.306.

Dabei hat sich der reine Luftsport, also Segelflug und Ultraleichtverkehr um 3.404 Flugbewegungen reduziert, so dass der Anstieg in den übrigen Bereichen höher ist, als die absolute Zahl vermuten lässt. Ein Indiz für die Entwicklung des Flugbetriebs zu höherwertigem Fluggerät sind auch die Treibstoffverkäufe. Diese sind deutlich stärker gestiegen als die Flugbewegungen.

Die Geschäftsluftfahrt scheint ihren Tiefpunkt überwunden zu haben, auch die Ausbildungszahlen an den Flugschulen gehen wieder leicht nach oben. Allerdings sind die Flugneuzulassungen immer noch auf einem bedenklich niedrigen Niveau.

Schönhagen konnte sich vor dem Hintergrund der zunehmenden Verdrängung der Allgemeinen Luftfahrt von den Flughäfen Tegel und Schönefeld, wie bereits in den Vorjahren, überdurchschnittlich entwickeln. Dies hat sich sowohl in den Flugbewegungen als auch in den Firmenneuansiedlungen und der Belegung der Einstellhallen positiv bemerkbar gemacht.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Unter Berücksichtigung der Leistungen, die der Hauptgesellschafter (Landkreis Teltow-Fläming) gegenüber der FGS mbH in Form von Einlagen, Verlustausgleichen und Ausfallbürgschaften erbringt, war die Gesellschaft 2011 wirtschaftlich stabil aufgestellt. Dabei ist zu beachten, dass Flugplätze als Mischgut aus privatwirtschaftlichen Unternehmen und öffentlicher Verkehrsinfrastruktur zu betrachten sind. Privatwirtschaftlichen Einnahmen stehen öffentliche Ausgaben zum Erhalt und der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur sowie der Sicherung der Betriebsbereitschaft gegenüber. Insbesondere die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben kann in der Regel nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden, da diese nicht rentierliche Aktivitäten bzw. Investitionen erfordert. Die in der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft begründete, fehlende Kostendeckung führte auch in 2011 zu einem negativen Jahresergebnis von -666,8 T€ (Vj. -696,7 T€). Die Eigenkapitalquote stieg um 5,1 % auf 38,6 % (Vj. 33,5 %). Die Eigenkapitalquote inklusive Sonderposten¹ beläuft sich sogar auf 78,9 % (Vj. 76,2 %, 2009: 76,2 %). Insbesondere mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft und unter Berücksichtigung der jährlichen Minderung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ist die Entwicklung der Eigenkapitalquote als äußerst positiv zu werten.

Der Buchwert des Anlagevermögens der Gesellschaft verringerte sich im Berichtszeitraum maßgebend durch die planmäßigen Abschreibungen. Im Berichtsjahr erfolgte ein leichter Rückgang der dennoch anhaltenden hohen Anlagenintensität von 90,5 % (Vj. 94,2 %). Auf Grund der verbesserten Eigenkapitalbasis wird das langfristige Vermögen der FGS mbH in 2011 trotz einer gleichzeitigen Verringerung des mittel- und langfristigen Fremdkapitals vollständig durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt (Anlagendeckungsgrad II von 107,9 %, Vj. 102,1 %). Auch die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das Umlaufvermögen hat sich weiter verbessert und liegt nun bei 429,4 % (Vj. 149,9 %). Die im Vergleich zu den Vorjahren anhaltende positive Entwicklung der Fristenrelationen und der Liquidität in 2011 zeigt, dass die Gesellschaft diesbezüglich auf dem richtigen Weg ist, um ihre bilanzielle Struktur zu stabilisieren.

¹ Sonderposten für Investitionszuschüsse – Die erhaltenen Zuschussmittel für Investitionen in das Anlagevermögen wurden als „Sonderposten aus Investitionszuschüssen“ unter dem Eigenkapital ausgewiesen. Dieser Sonderposten wird, verteilt über die Zeit der Abschreibungsdauer der geförderten Investitionsgüter, jährlich in Höhe der Abschreibungen, welche auf den geförderten Teil der Anlagegüter entfallen, ertragswirksam aufgelöst.

Begründet durch das hohe Finanzierungsvolumen für Investitionen in die Entwicklung des Flugplatzes, bspw. für den Bau von Flugzeugeinstellhallen oder die Einrichtung des Luftraums F, weist die Gesellschaft noch immer eine relativ hohe Zinsaufwandsquote aus. Zusätzlich zum Zinsaufwand wird das Jahresergebnis insbesondere durch die Personalaufwendungen, Materialaufwendungen, Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe belastet. Zugleich ist das Jahr 2011 gekennzeichnet von um 221,8 T€ auf 1.119,9 T€ gestiegenen Umsatzerlösen sowie um 127,4 T€ auf 697,3 T€ gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträge. Im Vergleich von 2010 zu 2011 wurden -trotz Erhöhung bei der Position Personalaufwand und bei den Abschreibungen- auch durch geringere sonstige betriebliche Aufwendungen der Jahresfehlbetrag im Vergleich zum Vorjahr letztlich um rd. 29,8 T€ auf -666,9 T€ (Vj. -696,7 T€) verringert.

Die hohe Kostenbelastung wirkt sich auch auf den erwirtschafteten Cash-Flow, also dem um Abschreibungen, die Auflösung von Sonderposten, der Zu- bzw. Abnahme der Rückstellungen sowie dem außerordentlichen Ergebnis bereinigten Jahresergebnis, aus. Die FGS mbH weist, wie auch in den Vorjahren, einen negativen Cash-Flow bzw. Cash-Loss aus (2011: -370,9 T€, Vj. -445,0 T€).

Diese anhaltend negative Entwicklung der Innenfinanzierungskraft des Unternehmens in Verbindung mit dem Mittelabfluss für Darlehenstilgungen und aus der laufenden Geschäftstätigkeit würde ohne die Unterstützung des Hauptgesellschafters den vorhandenen Finanzmittelbestand aufbrauchen. So kann die vergleichsweise geringe Veränderung des Finanzmittelbestandes nur durch die Kapitaleinlage des Gesellschafters erreicht werden. Möglichen Liquiditätsengpässen konnte so rechtzeitig entgegenge-wirkt werden.

Insgesamt zeigt die Analyse des Jahresabschlusses im Vergleich zu den Vorjahren eine stabile und zum Teil verbesserte Situation bezüglich Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie Liquidität der FGS mbH auf.

CHANCEN UND RISIKEN

Der Flugplatz Schönhagen genießt für die nächsten Jahre eine Bestandssicherheit, die durch verschiedene Rahmenbedingungen gewährleistet ist.

Zielvereinbarung

Gemäß einer vom 01.01.2011 bis 31.12.2013 laufenden Zielvereinbarung zwischen Flugplatzgesellschaft und Landkreis Teltow-Fläming erfolgt ein jährlicher Verlustausgleich bis zu einer Höhe von maximal 1 Million Euro. Diese Obergrenze konnte 2011 jedoch um 333.105 € unterschritten werden und wird 2012 voraussichtlich um 264.204 € unterschritten werden. Gleichzeitig wird durch einen Nachschuss in zwei Raten 2011 und 2012 das Bilanzergebnis bis zum Jahr 2012 auf null bereinigt. Die Flugplatzgesellschaft wird dadurch für die nächsten Jahre auch eine sichere Liquiditätsbasis haben.

Fördermittelbindung

Die Fördermittelbindungsfrist der GA/-Fördermittel endet am 31.12.2021. Im Rahmen der Eigenmittelfinanzierung hat der Landkreis Teltow-Fläming bis zu diesem Stichtag eine Bestandsgarantie für den Flugplatz übernommen.

Betriebspflicht

Als Planfestgestellter, öffentlich betriebener Verkehrslandeplatz unterliegt der Flugplatz Schönhagen einer Betriebspflicht nach § 45 Abs. 1 Satz 3 LuftVZO. Die Schließung eines Verkehrslandeplatzes bedarf einer Ermächtigungsgrundlage und damit eines luftverkehrsrechtlichen Änderungsgenehmigungsverfahrens nach § 6 LuftVG.

Im Hinblick auf die Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft spielt auch die zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming als Hauptgesellschafter und der FGS mbH abgeschlossene Zielvereinbarung 2011 – 2013 eine große Rolle. Damit erfolgt eine schriftliche Definition der Ziele, Handlungsfelder und Aktivitäten entsprechend des im Gesellschaftsvertrag formulierten Gesellschaftszweckes. Ebenso wurden die mittelfristigen Planungsziele – unterlegt durch einen entsprechenden Wirtschaftsplan – zwischen der Gesellschaft und dem Landkreis abgestimmt. Sie bieten zukünftig die Basis des wirtschaftlichen Handelns der FGS mbH. Trotz allem bleibt sie mit Blick auf eine nachhaltige, positive Ertrags-, Liquiditäts- und Eigenkapitalentwicklung abhängig von der Bereitschaft des Landkreises als Hauptgesellschafter, die Gesellschaft auch weiterhin zu unterstützen.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Im Jahr 2011 hat der Flugplatz Schönhagen seine führende Position unter den Verkehrslandeplätzen der neuen Bundesländer erhalten und gestärkt.

Mit der gerade verschobenen Eröffnung des neuen Großflughafens werden dort Entgelte in Kraft treten, die von großen Teilen der Allgemeinen Luftfahrt nicht mehr aufzubringen sind. Dies wird dem Flugplatz Schönhagen weiteren Verkehr zuführen und die Bedeutung als wichtige Verkehrsinfrastruktur der Region erhöhen. Einen weiteren Entwicklungsschub wird der Flugplatz durch die Betriebsgenehmigung für den Instrumentenflugbetrieb bekommen. Die Erteilung der Genehmigung steht derzeit kurz bevor, kann allerdings durch mögliche Klagen aus dem Naturschutzbereich verzögert werden. Kosten für die Hindernisbereinigung werden nach Rechtskraft der Genehmigung anfallen und sind in der Bilanz zurückgestellt.

Ansonsten wird der eingeschlagene Weg eines bedarfsgerechten, stetigen Ausbaus weiter verfolgt, um die Kosten des grundsätzlich defizitären Flugbetriebs zu einem immer größeren Teil durch Einnahmen außerhalb des Flugbetriebs aufzufangen.

Der wirtschaftliche und operative Handlungsspielraum des Flugplatzes wird durch die aktuelle Finanzlage und den im Haushalt eingestellten Zuschuss des Landkreises weiter gesichert sein. Da der Flugbetrieb nicht kostendeckend möglich ist, wird der Flugplatz auch in Zukunft auf eine Zuwendung des Hauptgesellschafters angewiesen sein.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER (§ 61 NR. 4 KOMHKV)

Wirtschaftsjahr	2011	2010	2009
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.) ²	183,0 T€	420,0 T€	976,1 T€
2. Verlustausgleiche	887,0 T€	936,5 T€	800,0 T€
3. Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen ³	2.959,3 T€	3.211,1 T€	3.462,9 T€
4. sonst. Finanzbeziehungen ⁴	542,0 T€	- T€	- T€

² Davon in 2009 Stammkapitalerhöhung, sonst Kapitalrücklagen

³ Ausfallbürgschaften des Landkreises

⁴ Ausgleich von Verlusten der Vorjahre

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

In der Luftverkehrskonzeption des Landes Brandenburg (2. Fortschreibung, April 2008) ist der VLP Schönhagen als besonders wichtiger, förderungswürdiger Standort mit den in der Kategorie Verkehrslandeplätze vor dem VLP Strausberg meisten Flugbewegungen im Land Brandenburg ausgewiesen. Für die Allgemeine Luftfahrt verfügt der Kernbereich der Metropolregion Berlin-Brandenburg mit diesem VLP über einen sehr gut ausgestatteten Flugplatz für den allgemeinen Luftverkehr. Besondere Bedeutung kommt dabei der Einrichtung des Instrumentenanflugbetriebes in Schönhagen zu, denn unter der Voraussetzung der Anfliegbarkeit unter Instrumentenflugbedingungen ist der VLP Schönhagen auf Grund seiner räumlichen Lage und verkehrlichen Anbindung sehr gut geeignet, den Flughafen Berlin-Brandenburg International zu entlasten sowie zu ergänzen.

Ebenso ist der VLP Schönhagen durch den Aufbau eines Luftfahrt-Technologieparks ein wichtiger Standort- und Wirtschaftsfaktor für die Entwicklung des Landkreises Teltow-Fläming. Er nimmt Aufgaben der Daseinsvorsorge (Verkehrsinfrastruktur) wahr.

6. SONSTIGES

Die FGS mbH in Zahlen (konsolidiert)

Bilanz zum 31.12.2011	2011	2010	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	18.168,2	18.879,4	-711,1
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,1	0,6	0,5
II. Sachanlagen	18.167,1	18.878,8	-711,6
B. Umlaufvermögen	1.885,2	1.143,7	741,4
I. Vorräte	0,0	93,5	-93,5
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	135,2	104,7	30,5
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.750,0	945,6	804,4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11,4	12,9	-1,6
Bilanzsumme	20.064,8	20.036,1	28,7
Passiva			
A. Eigenkapital	15.831,3	15.352,0	479,3
I. Gezeichnetes Kapital	2.275,3	2.275,3	0,0
II. Kapitalrücklage	16.662,6	15.516,4	1.146,2
IV. Verlustvortrag	-2.439,7	-1.743,0	-696,7
V. Jahresfehlbetrag	-666,9	-696,7	29,8
B. Rückstellungen	66,0	81,3	-15,3
C. Verbindlichkeiten	4.167,4	4.602,8	-435,3
Bilanzsumme	20.064,8	20.036,1	28,7
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2011			
1. Umsatzerlöse	1.119,9	898,1	221,8
2. sonstige betriebliche Erträge	697,3	569,9	127,4
3. Materialaufwand	125,9	21,6	104,2
4. Personalaufwand	638,8	583,6	55,2
5. Abschreibungen	776,7	756,3	20,4
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	751,3	627,6	123,6
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15,7	7,4	8,3
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	188,8	179,7	9,1
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-648,5	-693,4	44,9
10. außerordentliche Erträge	0,0	15,3	-15,3
11. außerordentliche Aufwendungen	0,0	8,1	-8,1
12. außerordentliches Ergebnis	0,0	7,2	-7,2
13. sonstige Steuern	18,4	-10,5	28,9
14. Jahresfehlbetrag	-666,9	-696,7	29,8

Die FGS mbH in Zahlen (Besitzgesellschaft):

Bilanz zum 31.12.2011	2011	2010	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	18.182,2	18.901,8	-719,6
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,1	0,6	0,5
II. Sachanlagen	18.131,1	18.851,2	-720,1
III. Finanzanlagen	50,0	50,0	0,0
B. Umlaufvermögen	1.813,5	1.084,7	728,8
I. Vorräte	0,0	93,5	-93,5
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	109,6	75,5	34,1
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.703,9	915,7	788,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	9,9	11,4	-1,5
Bilanzsumme	20.005,6	19.997,9	7,7
Passiva			
A. Eigenkapital	15.831,3	15.352,0	479,3
I. Gezeichnetes Kapital	2.275,3	2.275,3	0,0
II. Kapitalrücklage	16.662,6	15.516,4	1.146,2
IV. Verlustvortrag	-2.439,7	-1.743,0	-696,7
V. Jahresfehlbetrag	-666,9	-696,7	29,8
B. Rückstellungen	57,4	77,7	-20,3
C. Verbindlichkeiten	4.116,8	4.568,2	-451,3
Bilanzsumme	20.005,6	19.997,9	7,7
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2011			
1. Umsatzerlöse	917,5	775,8	141,8
2. sonstige betriebliche Erträge	693,1	567,5	125,6
3. Materialaufwand	126,1	20,1	106,0
4. Personalaufwand	343,3	277,7	65,5
5. Abschreibungen	770,9	750,3	20,6
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	533,8	446,0	87,8
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15,4	7,0	8,3
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	188,8	179,7	9,1
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme	312,3	370,8	-58,5
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-649,2	-694,3	45,0
11. außerordentliche Erträge	0,0	15,3	-15,3
12. außerordentliche Aufwendungen	0,0	8,1	-8,1
13. außerordentliches Ergebnis	0,0	7,2	-7,2
14. sonstige Steuern	17,7	9,7	8,0
15. Jahresergebnis	-666,9	-696,7	29,8

Die Beteiligung der Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Besitzgesellschaft in Zahlen**3.2.1 Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Betriebsgesellschaft**

Gesellschafter: 100 % FGS mbH – Besitzgesellschaft

Geschäftsführer: Herr Dr.-Ing. Klaus-Jürgen Schwahn

Bilanz zum 31.12.2011	2011	2010	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	36,1	27,6	8,5
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen	36,0	27,6	8,5
B. Umlaufvermögen	106,0	59,7	46,3
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	59,9	29,8	30,0
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	46,1	29,9	16,2
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1,5	1,6	-0,1
Bilanzsumme	143,5	88,9	54,7
Passiva			
A. Eigenkapital	50,0	50,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0
B. Rückstellungen	8,6	3,6	5,1
C. Verbindlichkeiten	84,9	35,3	49,6
Bilanzsumme	143,5	88,9	54,7
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2011			
1. Umsatzerlöse	294,4	214,4	80,1
2. sonstige betriebliche Erträge	4,2	2,8	1,4
3. Materialaufwand	-0,2	1,5	-1,8
4. Personalaufwand	295,5	305,8	-10,3
5. Abschreibungen	5,8	6,0	-0,2
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	309,5	273,7	35,8
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,4	0,4	0,0
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-311,6	-369,5	57,9
10. sonstige Steuern	0,7	0,7	0,0
11. Erträge aus Verlustübernahme	312,3	370,2	-57,9
12. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

3.3 Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf, Am Mellensee (GAG)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Bahnhofstr. 10, 15838 Am Mellensee
(OT Klausdorf)

E-MAIL

info@gag-klausdorf.de

HOMEPAGE

www.gag-klausdorf.de

GRÜNDUNG

30.07.1991



Die GAG mbH Klausdorf wurde auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 0075 des Kreistages des damaligen Landkreises Zossen vom 17.06.1991 am 30.07.1991 gegründet.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 30.07.1991 notariell beurkundet und zuletzt durch den Gesellschafterbeschluss vom 20.07.2005 geändert (Sitz der Gesellschaft, Euro-Umstellung und Stammkapitalerhöhung).

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Der Gegenstand des Unternehmens ist auf die Förderung der Fortbildung und Umschulung in allgemeinen als auch in zukunftsorientierten Berufen, einschließlich der sozialpädagogischen Begleitung, und auf die Schaffung von Arbeit gerichtet.

Die GAG mbH ist vorrangig eine „Soziale Bildungs- und Beschäftigungsinitiative“ im Sinne des Gutachtens „Qualifizierungs- und Beschäftigungsinitiative“ in der Bundesrepublik Deutschland.

Erbracht wird diese Förderung durch die

- Aufbringung der öffentlichen Mittel und Verwendung im Sinne des Gebers zur Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen durch eigene Veranstaltungen;
- Trägerschaft von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sozialer Arbeit im öffentlichen Interesse zur Beschäftigung von schwer vermittelbaren Jugendlichen und Erwachsenen in deren beruflichem Bildungsfeld, um eine Rückführung ins Arbeitsleben zu ermöglichen;
- Kooperation mit gemeinnützigen Vereinen und Körperschaften des öffentlichen Rechts etc. zur Bildung und Beschäftigung von schwer vermittelbaren Jugendlichen und Erwachsenen;
- Kooperation mit Hoch- und Fachschulen, Forschungseinrichtungen, Technologieparks und öffentlichen Einrichtungen etc. zur Bildung und Beschäftigung von Jugendlichen und Erwachsenen.

Desweiteren ist die Unterhaltung eines gesonderten wirtschaftlichen Geschäftsbereiches, in dem § 3 des Gesellschaftsvertrages (Gemeinnützigkeit) nicht gültig ist, ein weiterer Gegenstand des Unternehmens.

Das Tätigkeitsfeld dieses wirtschaftlichen Geschäftsbereiches umfasst Schulung und Beratung, Dienstleistungen im kommunalen und gewerblichen Bereich, die Vermietung von Baumaschinen und Ausrüstungen sowie die Vermietung und Verpachtung von Immobilien.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

50.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	75 %	37.500,00 €
Gemeinde Am Mellensee:	25 %	12.500,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

GSAG Glienicker Sanierungs- und Abrissgesellschaft mbH i.L.:	45 %
--	------

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Herbert Vogler

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Siegmund Trebschuh (Wirtschaftsförderungsbeauftragter des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Frank Broshog (Bürgermeister der Gemeinde Am Mellensee)

ABSCHLUSSPRÜFER

Otto Schulz GmbH Luckenwalde

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Quelle: Prüfbericht der Otto Schulz GmbH

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2011	2010	2010 zu 2011	2009 zu 2010	2010 zu 2011	2009 zu 2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)			Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	63,9%	63,1%	0,8%	-0,4%	1,3%	-0,6%
Eigenkapitalquote	7,6%	12,5%	-4,9%	-6,9%	-25,3%	-36,2%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	-T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)			Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	98,4%	124,3%	-25,9%	-9,5%	-19,4%	-8,1%
Zinsaufwandsquote	1,8%	1,8%	0,0%	0,4%	0,0%	24,7%
Liquidität 3. Grades	126,9%	164,1%	-37,2%	-71,1%	-15,8%	-51,8%
Cashflow	- 31,8 €	- 44,3 T€	12,5 T€	- 60,3 T€	78,1%	-873,6%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	3 T€	106,1 T€	- 103,1 T€	118,1 T€	-853,7%	119,6%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)			Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-1,9%	-4,1%	2,2%	-0,3%	107,4%	-17,0%
Umsatz	1.627 T€	1.740,9 T€	113,9 T€	372,9 T€	8,3%	22,4%
Jahresergebnis	- 46,5 T€	- 67,5 T€	21,0 T€	- 55,8 T€	178,1%	-600,7%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)			Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	79,1%	82,0%	2,9%	18,4%	4,6%	26,2%
Personalintensität	78,9%	82,0%	-3,1%	18,4%	-4,9%	26,6%
Anzahl der Mitarbeiter (VbE)	Ø 64 (17 fest)	Ø81(16 fest)	-21	-17	-21,5%	-22,5%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

1 unter Berücksichtigung von Eigenkapital und mittel- und langfristigem Fremdkapital

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Das Jahr 2011 war wiederum von Änderungen der Rahmenbedingungen im Bereich der Arbeitsförderung gekennzeichnet, so dass in keiner Phase von einer kontinuierlichen und stetigen Arbeitsweise gesprochen werden konnte. Das äußert sich wie in allen Jahren zuvor im erhöhten Arbeitsaufwand durch noch mehr Kleinteiligkeit, weitere formale Hürden und noch detailliertere Auswertungen für die Träger von Maßnahmen.

In der GAG mbH Klausdorf waren zum Ende des Jahres 2011 17 Personen (inklusive GF) fest angestellt. Die Steigerung um eine Stelle ergibt sich aus der Übernahme der Geschäftsfelder und der Angestellten der Service-Agentur Teltow-Fläming per November 2010. Durch die gute Zusammenarbeit mit dem Jobcenter TF beim Fallmanagement, mit dem Landkreis Teltow-Fläming im Regionalbudget und mit dem Landkreis Teltow-Fläming und den Städten und Gemeinden Am Mellensee, Jüterbog, Luckenwalde, Rangsdorf und Zossen bei den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH mit MAE) konnten im Rahmen der AGH mit MAE Langzeitarbeitslose zwischen drei und sechs Monaten in Beschäftigung gebracht werden. Das entspricht zusammen mit den fest angestellten Mitarbeitern auf das gesamte Jahr bezogen 64 VbE.

Durch die nach wie vor bestehenden Unwägbarkeiten in der Arbeitsförderung war auch die Personalplanung wie schon im Jahr 2010 außerordentlich schwierig. Da einige Maßnahmen, die mit ABM vergleichbar sind und einen hohen Anleitungsbedarf für die Maßnahmeteilnehmer haben, von der Arbeitsverwaltung für die Zukunft gestrichen worden sind, konnte die Anzahl der Fachanleiter reduziert werden.

Die seit dem Jahre 2008 vom Landkreis als Träger des Regionalbudgets an die GAG mbH Klausdorf übertragene Managementaufgabe wurde auch im Jahre 2011 erfolgreich erfüllt. Im Februar 2012 ging diese Managementaufgabe mit dem die Aufgaben erfüllenden Arbeitnehmer in den Landkreis über.

Der im Jahre 2006 aufgebaute Geschäftsbereich mit der Immobilie „Jugendtischlerei“ in Ludwigsfelde wurde nach Abschluss des Mietvertrages mit dem Landkreis weitergeführt. Bei der Umsetzung des Mietvertrages traten Differenzen mit dem Landkreis auf, die im Jahr 2013 ausgeräumt wurden.

Die GAG mbH Klausdorf hat die ihr im Gesellschaftsvertrag gestellten Aufgaben auch im Jahre 2011 voll und ganz erfüllt.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Wie der Geschäftsführer im Lagebericht zum Jahresabschluss 2011 darlegt, verschlechterte sich die Unternehmenslage gegenüber dem Vorjahr weiter. Der Jahresabschluss 2011 weist einen Fehlbetrag von rd. 46,5 T€ (Vj. 67,5 T€) auf, der aus dem Projekt „Jugendtischlerei“ und den Personalüberhängen resultiert. Das bilanzielle Eigenkapital hat sich 2011 mit 66 T€ gegenüber dem Vorjahr um ca. 40 % verringert (Vj. 111 T€).

Die Bilanzsumme ist im Jahr 2011 um 4 % leicht auf 853 T€ gesunken (Vj. 892 T€). Die Eigenkapitalquote ist im Jahr 2011 durch die Verringerung des Eigenkapitals auf 7,8 % gesunken (Vj. 12,5 %).

Bei einer derzeitigen Anlagenintensität von 63,9 % (Vj. 63,1 %) ist die fristenkongruente Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens durch mittel- und langfristig zur Verfügung stehendes Kapital gegeben – hauptsächlich jedoch durch Fremdkapital. So beträgt der Anlagendeckungsgrad II 98,4 % (Vj. 124,3 %). Auch die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das kurzfristige Vermögen (Umlaufvermögen) der GAG mbH ist mit einer Liquidität 3. Grades von 126,9 % (Vj. 164,1 %) ausreichend vorhanden. Damit verbesserten bzw. stabilisierten sich die Liquiditätsgrade I bis III im Vergleich zu 2008. Insgesamt war die Liquidität der GAG mbH im Geschäftsjahr 2011 stets gesichert. Die

Gesellschaft konnte den Kapitaldienst für die laufenden Kredite planmäßig leisten und ist auch ihren sonstigen Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachgekommen.

Trotz des hohen Fremdkapitalanteils von 87 % am Gesamtkapital weist die Gesellschaft eine Zinsaufwandsquote von lediglich 1,8 % (Vj. 1,8 %) aus. Zusätzlich zum Zinsaufwand wird das Jahresergebnis der Gesellschaft insbesondere durch die Personalaufwendungen, Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 1.677 T€ (Vj. 1.807,8 T€) belastet. Die größten Positionen bilden dabei der Personalaufwand mit 1.288 T€ (Vj. 1.426,9 T€) sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 333 T€ (Vj. 320,4 T€). Insbesondere der hohe Anteil der Personalkosten am Umsatz (Personalaufwandsquote) in Höhe von 79,1 % (Vj. 82 %) liegt dabei in der Geschäftstätigkeit der GAG mbH als Arbeitsförderungs- und Beschäftigungsunternehmen begründet. Er korrespondiert prinzipiell mit der Entwicklung der Umsatzerlöse, die sich überwiegend aus Fördermitteln für die Durchführung von Arbeitsförderungsmaßnahmen zusammensetzen. Bei Verringerung der Umsatzerlöse um 114 T€ sank trotz Senkung der o.g. wesentlichen Kostenpositionen der Jahresfehlbetrag nur auf 46,5 T€ (Vj. 67,5 T€).

Auf Grund des gesunkenen Gesamtvermögens und dem gestiegenen Jahresfehlbetrages sowie unter Beachtung der verdienten Fremdkapitalkosten hat sich die Gesamtkapitalrentabilität leicht verbessert: von 4,1 % in 2010 auf 1,9 % in 2011. Die hohe Kostenbelastung schlägt sich auch in der Finanzflussrechnung nieder. So weist die Gesellschaft einen negativen Cash-Flow aus, die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes ist mit rd. 3 T€ (Vj. 106 T€) jedoch noch positiv.

Die Analyse des Jahresabschlusses zeigt, dass sich die wirtschaftliche Situation der GAG mbH zwar relativ stabil ist, sich aber zum Teil jedoch durch das erneut negative Jahresergebnis eine verschlechterte Situation bezüglich Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gegenüber den Vorjahren ergibt.

CHANCEN UND RISIKEN

Die GAG mbH Klausdorf hat sich über Jahre hinweg am Markt bewährt. Auf Änderungen in der Arbeitsförderung hat sie durch die Anpassung des Personalbestandes und durch die Erschließung neuer Geschäftsfelder im Rahmen der im Gesellschaftsvertrag verankerten Ziele zeitnah reagiert.

Sie ist in einem weit verzweigten Netzwerk integriert, durch das sie stets aktuell über vorgesehene Änderungen in der Gesetzgebung im Bund und im Land, bei der Gesetzesausgestaltung auf Landesebene und über Vorhaben auf kommunaler Ebene informiert wird. Damit ist die GAG mbH Klausdorf in die Lage versetzt, auf neueste Entwicklungen zu reagieren und ihre beabsichtigten Maßnahmen stets den aktuellen Erfordernissen anzupassen. Im Jahr 2011 wurden aufgrund von Erfordernissen der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg Veränderungen im Gefüge der kreislichen Gesellschaften durchgeführt, die zu einer Stärkung der GAG mbH Klausdorf führen werden. Die Gesellschaft wird ihre bestehenden Geschäftsfelder quantitativ erweitern, insbesondere die von der Arbeitsverwaltung unabhängigen, und damit die Abhängigkeit von der Arbeitsmarktpolitik verringern.

Ein weiteres Standbein des Unternehmens wird die Übernahme von Maßnahmen im Rahmen des kreislichen Regionalbudgets sein. Bei den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung werden sich die Arbeitsinhalte nicht ändern. Die GAG mbH Klausdorf kann durch frühzeitige Zusammenarbeit mit den Kommunen und Vereinen das notwendige Arbeitsvolumen für die Gesellschaft sichern. Eine sichere Betätigung wird aus der Zusammenarbeit mit der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH (SWFG mbH) resultieren. Alle der SWFG mbH zuzuordnenden Immobilien bedürfen der Pflege. Der GAG mbH Klausdorf bietet sich die Chance, zum Nutzen beider Gesellschaften als Dienstleister der SWFG mbH aufzutreten. Auch der Land-

kreis muss immer stärker auf Kosteneinsparungen achten. Das eröffnet neue Chancen für die GAG mbH Klausdorf, Dienstleistungen für den Landkreis zu übernehmen.

Da die sozialen Aufgaben, insbesondere Betreuungsaufgaben, eine immer größere Rolle spielen werden, ist es sinnvoll, dass die GAG mbH Klausdorf auf diesem Gebiet eine eigene Kompetenz in Verbindung mit anderen Sozialpartnern wie DRK, Johanniter, Malteser u. ä. aufbaut und sich dadurch für die Übernahme von Aufgaben anbietet. Die guten Ansätze im Zusammenwirken mit DRK und Johannitern bestehen und müssen ausgebaut werden. Um den neuen Anforderungen gerecht werden zu können, wurde entsprechendes Fachpersonal akquiriert und eingestellt. Damit ist die GAG mbH Klausdorf gerüstet, Betreuungsaufgaben für Personen im sogenannten Fallmanagement zu übernehmen und auch andere Problemgruppen unter den Arbeitsuchenden mit einem hohen und qualifizierten Betreuungsaufwand zu betreuen.

Auch in den folgenden Jahren muss mit Veränderungen beim Gesetzgeber gerechnet werden, da kein Mensch den Stein des Weisen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefunden hat. Im Landkreis Teltow-Fläming hat die Arbeitslosigkeit im Jahr 2012 ein historisches Tief erreicht- im Monat April 2012 betrug die Arbeitslosenquote 7,7 %. Die zu vermittelnden Arbeitsuchenden weisen eine immer geringere Qualifikation vor. Die Bedingungen für eine Vermittlung dieser Personen werden deshalb immer ungünstiger, der Aufwand pro Person ist sehr viel höher als in den Jahren zuvor. Das stellt besondere Anforderung an das Vermittlungspersonal und dessen Fähigkeiten, mit allen „Verbündeten“ konstruktiv zusammenzuarbeiten. Außerdem ändern sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, z.B. durch die Globalisierung, durch die Einführung des Mindestlohnes auf breiter Front u.a., was sich nicht in jedem Falle förderlich für die zu vermittelnden Personen auswirkt.

Die mit dem Projekt Produktionsschule (ehemals Jugendtischlerei) in Ludwigsfelde verbundenen Mietverluste sind unwiederbringlich. Die mit dem Landkreis getroffene Übereinkunft für einen neuen Mietvertrag, der die Kostendeckung sichert, und der Verkauf der Maschinen an den Betreiber der Produktionsschule werden die bis 2012 noch vorhandenen Verluste dieses Objektes abwenden.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Die Hauptaufgaben der GAG mbH Klausdorf, arbeitslos bzw. arbeitssuchend gemeldete Personen in Beschäftigung auf den ersten Arbeitsmarkt zu führen, werden auch weiterhin bestehen und von der Gesellschaft zusammen mit ihren Partnern erfüllt werden. Hinzu kommt für nicht vermittelbare Personen die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten, in denen sie sich bewähren können. Für diesen Personenkreis ist es wichtig, dass der Einzelne das Gefühl bekommt gebraucht zu werden, dadurch erhöhen sich das eigene Selbstwertgefühl und die Selbstachtung. Den sich in jedem Jahr ändernden Bedingungen gerecht zu werden, erfordert eine sehr hohe Flexibilität der Mitarbeiter. Die GAG mbH wird dieser Anforderung gerecht und wird in der Folgezeit Wege beschreiten, um weitere Geschäftsfelder im sozialen Bereich zu erschließen. Davon wird die Zukunft der GAG mbH Klausdorf abhängen.

Im Rahmen des Regionalbudgets (RB) hat sich das Unternehmen auch unter den veränderten Bedingungen bewährt. Das Management des RB ist seit Februar 2012 direkt dem Landkreis zugeordnet und wird nicht mehr über den Umweg GAG mbH Klausdorf gewährleistet. Die GAG mbH Klausdorf setzt aber auch nach wie vor Maßnahmen im RB um. Mit der Einstellung einer Sozialtherapeutin hat die GAG mbH Klausdorf auf die neuen, höheren Anforderungen reagiert. Dadurch wurde es möglich, Langzeitarbeitslose, die über einen Zeitraum von einem halben Jahr und länger begleitet werden müssen, um in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, in die Betreuung zu nehmen.

In den Jahren 2011 und 2012 wurden Maßnahmen durch die Geschäftsführung ergriffen, durch die der Bestand der GAG mbH Klausdorf gesichert und der Trend des „Verbrauchs“ des Eigenkapitals

gebrochen wird. So wurden die seit Jahren gleichgebliebenen Entgelte für von der GAG mbH Klausdorf zu erbringenden Dienstleistungen realistisch angehoben. Das betrifft die Personal- und Sachleistungen ebenso wie die Bereitstellung von Technik und Geräten. Der Personalbestand wurde den Erfordernissen angepasst, die in früheren Jahren zu Anleitungszwecken vorgehaltenen Fachanleiter haben inzwischen alle das Unternehmen verlassen. Ebenso wurden die Mietverträge der GAG mbH Klausdorf dem jetzigen Personalbestand angepasst. Das betrifft die angemieteten Räume in Trebbin und Luckenwalde. Die Vermietung der Immobilie in Ludwigsfelde zur Durchführung des Projektes Produktionsschule (ehemals Jugendtischlerei) wird ab dem 01.01.2013 kostendeckend vorgenommen, das Problem der Maschinenmiete wird dadurch gelöst, dass der Betreiber der Produktionsschule die Maschinen zum Ende des Jahres 2012 kaufen wird.

Auch bei den sich ständig verändernden Bedingungen, denen Unternehmen wie die GAG mbH Klausdorf ausgesetzt sind, sieht sich die Gesellschaft in keiner schlechten Position. Künftig müssen die bestehenden Geschäftsbereiche so ausgebaut werden, dass die Gesellschaft stabilisiert wird und sie von den Wendungen in der Arbeitsförderung unabhängiger wird. Außerdem sind die Dienstleistungsbereiche für den Landkreis und die kreislichen Gesellschaften auszubauen. Auf diese Weise kann das Weiterbestehen der GAG mbH Klausdorf gesichert werden.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2011	2010	2009
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Ziel ist es, die Zahl der Arbeitslosen und Bezieher von ALGI/II im Landkreis zu senken. Um dieses zu realisieren, arbeitete die GAG mbH Klausdorf u.a. beim Fallmanagement mit der ARGE TF, im Rahmen Regionalbudget mit dem Landkreis Teltow-Fläming und bei den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH mit MAE) mit den Städten und Gemeinden Am Mellensee, Rangsdorf, Zossen und Jüterbog zusammen. Des Weiteren beschäftigte sie Personen mit Beschäftigungszuschuss (BEZ), führte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) durch und engagierte sich bei der Umsetzung der Maßnahme Kommunal-Kombi (KoKo) im Zusammenwirken mit Gemeinden, Städten und gemeinnützigen Einrichtungen.

6. SONSTIGES

Die GAG mbH Klausdorf in Zahlen:

Quelle: Prüfbericht der Otto Schulz GmbH

Bilanz zum 31.12.2011	2011	2010	Veränderung
	EUR	EUR	EUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	545.588,00	563.085,43	-17.497,43
I. Sachanlagen	545.588,00	561.085,43	-15.497,43
II. Finanzanlagen	0,00	2.000,00	-2.000,00
B. Umlaufvermögen	296.736,95	314.878,07	-18.141,12
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	69.754,68	91.318,82	-21.564,14
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	226.982,27	223.559,25	3.423,02
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10.816,00	13.728,00	-2.912,00
Bilanzsumme	853.140,95	891.691,50	-38.550,55
Passiva			
A. Eigenkapital	65.198,41	111.652,92	-46.454,51
I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00	50.000,00	0,00
II. Gewinnrücklagen	61.652,92	150.271,67	-88.618,75
III. Verlustvortrag	0,00	-21.076,93	21.076,93
IV. Jahresfehlbetrag	-46.454,51	-67.541,82	21.087,31
B. Rückstellungen	35.315,86	18.445,24	16.870,62
C. Verbindlichkeiten	686.266,57	716.644,55	-30.377,98
D. Rechnungsabgrenzungsposten	66.360,11	44.948,79	21.411,32
Bilanzsumme	853.140,95	891.691,50	-38.550,55
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2011			
1. Umsatzerlöse	1.627.145,68	1.740.912,39	-113.766,71
2. Personalaufwand	1.287.500,60	1.426.938,31	-139.437,71
3. Abschreibungen	26.639,01	26.615,38	23,63
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	332.926,24	320.443,71	12.482,53
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	244,17	356,80	-112,63
6. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	3.000,00	-3.000,00
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29.937,84	30.898,61	-960,77
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-45.782,51	-66.626,82	20.844,31
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	104,00	0,00	104,00
10. sonstige Steuern	776,00	915,00	-139,00
11. Jahresfehlbetrag	-46.454,51	-67.541,82	21.087,31

Die Beteiligungen der Gemeinnützigen Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf in Zahlen**3.3.1 GSAG Glienicker Sanierungs- und Abrißgesellschaft mbH i.L.**

Gesellschafter: 45 % GAG mbH, 45 % Fa. MüCoLEF GmbH und 10 % Herr Bornkessel

Geschäftsführung: Herr Günter Bornkessel

Die Gesellschaft ist aufgelöst. (Publikation im Bundesanzeiger vom 20.08.2009)

3.4 Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH, Luckenwalde (LUBA)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Rudolf-Breitscheid-Str. 72a, 14943 Luckenwalde

E-MAIL

luba@flaeming-net.de

HOMEPAGE

www.luba.flaeming-net.de

GRÜNDUNG

14.10.1991



Die LUBA mbH wurde auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 112/91 des Kreistages des damaligen Landkreises Luckenwalde vom 29.08.1991 am 14.10.1991 gegründet.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde am 14.10.1991 notariell beurkundet und zuletzt am 12.08.2004 notariell geändert (Euroumstellung, weitere Aktualisierungen).

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist es, Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern im Landkreis Teltow-Fläming und im speziellen der Stadt Luckenwalde und der Gemeinde Nuthetal Qualifizierung und produktive Berufs- und Arbeitsförderung sowie soziale Betreuung anzubieten und diese durchzuführen.

Die Gesellschaft hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Wiedereingliederung von Dauerzeitarbeitslosen [Langzeitarbeitslosen] sowie Verhinderung der Arbeitslosigkeit der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer
- b) Qualifizierung in neuen Tätigkeitsfeldern
- c) Entwicklung und Erprobung neuer zusätzlicher Arbeitsfelder
- d) Erschließung von Dauerarbeitsplätzen
- e) Vorrangige Integration Benachteiligter des Arbeitsmarktes, wie Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer.

(§ 2 Abs. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

217.500,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	40 %	87.000,00 €
Stadt Luckenwalde:	40 %	87.000,00 €
Gemeinde Nuthetal:	20 %	43.500,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Dipl.-Ing. (FH) Jörg Kräker

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Wilfried Henschel (Wirtschaftsförderungsbeauftragter des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Klaus-Ulrich Seifert (Stadt Luckenwalde)

Frau Monika Nestler (Gemeinde Nuthe-Urstromtal)

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 7 Mitgliedern besteht.

Jeder der Gesellschafter hat das Recht, zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Ein weiteres Mitglied wird von den Arbeitnehmern der Gesellschaft gewählt.

Herr Erik Scheidler (Vorsitzender, Stadt Luckenwalde)

Herr Klaus-Ulrich Seifert (Stadt Luckenwalde, Angestellter)

Herr Dr. Rudolf Haase (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)

Frau Evelin Kierschk (Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming)

Frau Sabine Ernicke (Gemeinde Nuthe-Urstromtal)

Frau Ingrid Peter-Niclas (Gemeinde Nuthe-Urstromtal)

Herr Ulf Ziedrich (Arbeitnehmervertretung, Technischer Leiter der LUBA GmbH)

ABSCHLUSSPRÜFER

i.R.d. Insolvenzantrages erstellte die Steuerberaterin Uta Stewien den Jahresabschluss, die Prüfung erfolgt durch den gerichtlich bestellten Sachwalter

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Quelle: Jahresabschluss der Steuerberaterin Uta Stewien

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2011	2010	2009	2010 zu 2011	2009 zu 2010	2010 zu 2011	2009 zu 2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	73,2%	79,5%	81,6%	-6,3%	-2,1%	-7,9%	-2,6%
Eigenkapitalquote	29,7%	38,5%	59,2%	-8,8%	-20,7%	-22,9%	-35,0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	54,3%	76,9%	88,9%	-22,6%	-12,0%	-29,4%	-13,5%
Zinsaufwandsquote	0,5%	0,4%	1,1%	0,1%	-0,7%	25,0%	-63,6%
Zinsaufwandsquote ²	0,5%	0,4%	0,4%	0,1%	0,0%	11,5%	4,7%
Liquidität 3. Grades	38,2%	54,1%	66,6%	-15,9%	-12,5%	-29,4%	-18,8%
Cashflow	- 52,8 T€	- 40,7 T€	-31 T€	-12,1T€	- 9,5 T€	-29,7%	-30,4%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	- 0,7 T€	-33,1 T€	-67 T€	32,4 T€	33,7 T€	97,9%	50,4%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-6,0%	-45,8%	-5,1%	39,8%	-40,7%	86,9%	-798,0%
Umsatz	2.265,9T€	2.369T€	735 T€	-103 T€	1.634T€	-4,4%	222,1%
Jahresergebnis	- 43,9 T€	- 255 T€	-43T€	211,1T€	-212 T€	82,8%	-498,6%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	76,7%	76,7%	170,3%	0,0%	-93,6%	0,1%	-55,0%
Personalintensität	76,3%	76,3%	71,1%	0,0%	5,2%	0,0%	7,3%
Anzahl der Mitarbeiter (durchschnittliche Anzahl)		166	141	25	-77	17,7%	-35,3%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Der deutschlandweite positive Trend am Arbeitsmarkt wirkt sich zwar auch in der regionalen Arbeitslosenquote, mit einer aktuellen Zahl von 9,2% im Januar 2012 (2011: 10,4%, 2010: 10,2%) aus. Dennoch ist offensichtlich, dass sich ausgehend von 2010 bis 2012 die Anzahl der ALG 2-Empfänger nicht entsprechend entwickelt hat. Ebenso bleibt der Anteil von Schwerbehinderten 2012 bei 4,4% (Vorjahr 4,5%) relativ konstant.

Der mittlerweile eintretende Fachkräftemangel, die Verfestigung der Arbeitslosigkeit und die Absicherung von daseinsfürsorgenden Aufgaben, haben damit unveränderte Bedeutung für den Gesellschafterauftrag. Die Entwicklung der LUBA GmbH zum Sozialbetrieb passt sich dieser Situation vollkommen an und ist damit Vorreiter auf Landesebene.

Im Zuge des initiierten Umstrukturierungsprozess Ende 2009 wurden erstmalig Analysen des Unternehmens nach Bereichen (Sparten) in 2010 vorgenommen. Diese Grundlagenermittlung wurde im Sanierungskonzept 2011 auf den Prüfstand gestellt und in qualitativer und quantitativer Form im Wirtschaftsplan 2012 weiterentwickelt. Im Zuge der Umgestaltung des Unternehmens zum Sozialbetrieb mit der Integrationsabteilung Küche und Grün, dem Bereich Aktiv und dem Bereich Personal mit sozialer Zeitarbeit und Personalentwicklung (incl. Arbeitsförderung), Weiterbildungs- und Beratungsservice stehen drei Ziele im Fokus:

1. Gezielte Angebote zur Fachkräftesicherung
2. Aufgaben für Kommunen dauerhaft und kostengünstig zu erledigen
3. Angebote für Benachteiligte und gegen sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit kostendeckend zur Verfügung zu stellen.

Die Einmaleffekte und Sondereinflüsse im Jahr 2010 beeinflussten das Betriebsergebnis bzw. die Liquidität außergewöhnlich negativ. Der Küchenersatzbau und die begonnene Unternehmenssanierung führten 2010 und auch 2011 zu unvorhersehbaren Effekten. In der Konzentration und Breite wurden diese Tatsachen noch nie in der 20jährigen Firmengeschichte wirksam.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Insgesamt ist dem Jahresabschluss zu entnehmen, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Liquidität der LUBA GmbH im Geschäftsjahr 2011 weiterhin angespannt ist. Nach 2009 und 2010 wird wiederholt ein negatives Jahresergebnis (-43,9 T€, Vj. -255,0 T€) ausgewiesen. Der Fehlbetrag mindert das ausgewiesene Eigenkapital auf 162,7 T€. Trotz gestiegener Bilanzsumme um 10 T€ auf 547,1 T€ sank die Eigenkapitalquote auf 27,7 % (Vj. 38,3%). Der stark rückläufige Trend der Eigenkapitalausstattung ist kritisch zu beobachten.

Bei einer stetig leicht gesunkenen Anlagenintensität von 79,5 % (Vj. 81,6 %) ist eine rückläufige Anlagendeckung durch mittel- und langfristig zur Verfügung stehendes Kapital zu beobachten. Der Anlagendeckungsgrad II beträgt noch 76,9 % (Vj. 88,9 %). Da der Wert unter 100 % liegt, ist entgegen der „Goldenen Bilanzregel“ von einer nicht vollständig fristenkongruenten Finanzierung des langfristigen Vermögens auszugehen, die auf ein mögliches Liquiditätsrisiko hinweist. Auch im Branchenvergleich liegt dieser Wert etwas unter dem Durchschnitt.

Da die LUBA GmbH im Vergleich zu anderen Beteiligungsunternehmen des Landkreises Teltow-Fläming ein geringes Volumen an mittel- bis langfristigem Fremdkapital ausweist, ist auch die Zinsbelastung mit einer Zinsaufwandsquote von 0,4 % von untergeordneter Bedeutung.

Des Weiteren ist die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das kurzfristige Vermögen der LUBA GmbH mit einer Liquidität 3. Grades von 54,1 % (Vj. 66,6 %) nicht vollständig gegeben – erst bei einem Wert von deutlich über 100 % spricht man von einer soliden Finanzposition. Seit 2007 ist eine negative Entwicklung der Liquiditätsgrade zu beobachten. Ein Grund dafür sind u.a. die z.T. erheblich verzögerten Fördermittelzahlungen. Hinzu kommt die Umstellung auf eine nachschüssige Zahlungsweise beim Schulessen mit der Einführung des elektronischen Bestellsystems seit 2010. Insofern muss die Gesellschaft Material- und Personalkosten zunächst vorfinanzieren. Die Fristenkongruenz zeigt sowohl bei Betrachtung der kurz- als auch der mittel- und langfristigen Finanzpositionen die angespannte Finanzsituation der Gesellschaft auf. Deutlich wird dies auch bei Betrachtung der Finanzflussrechnung. Wiederholt wird ein negativer Jahres-Cash-Flow ausgewiesen (-40,7 T€), der sich insbesondere aus dem negativen Jahresergebnis ergibt. Außerdem belasten Mittelabflüsse aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit sowie der operativen Geschäftstätigkeit den Finanzmittelbestand. Die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes betrug -33,1 T€ (Vj. -66,8 T€).

Seit 2008 wird die Liquidität durch die Unterstützung der Mehrheit der Gesellschafter in Form eines Gesellschafterdarlehens gesichert. Insofern leisten auch die Gesellschafter einen wichtigen finanziellen Beitrag zur Stabilisierung sowie Konsolidierung und unterstützen den Umstrukturierungsprozess der LUBA GmbH.

Die Betriebsleistung konnte gegenüber dem Vorjahr um 621,3 T€ bzw. 10,7 % auf 2.383,5 T€ gesteigert werden. Dem gegenüber steht jedoch eine um 830,6 T€ gestiegene Summe der betrieblichen Aufwendungen auf 2.625 T€. Insgesamt verschlechterte sich das Jahresergebnis auf -255,0 T€ (Vj. -42,6 T€). Unter Beachtung der zu erwirtschafteten Fremdkapitalzinsen ergibt sich daraus eine deutlich negative Gesamtkapitalrentabilität von -45,8 % (Vj. -5,1 %).

In ihrer Gesamtheit zeigt die Analyse des Jahresabschlusses eine im Vergleich zu den Vorjahren weiter verschärfte Situation der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie eine angespannte Liquiditätssituation auf.

CHANCEN UND RISIKEN

Als Kernaufgabe wird herausgestellt, dass die entstandene negative Liquiditätssituation durch betriebliche und außerbetriebliche Maßnahmen zu sichern ist und ohne einen Erfolg dieser Maßnahmen der Fortbestand der Gesellschaft bedroht ist. Die Gesellschaft arbeitet derzeit aktuell insbesondere an der Bewältigung der schwierigen Liquiditätslage und hat die verschiedenen Maßnahmen vollständig auf die Bewältigung der Liquiditätssituation ausgerichtet.

In Zusammenhang mit der Analyse der Risikofaktoren wurden im Lagebericht 2010 mittelfristig bestehende immobilienbedingte negative Einflüsse und deren zukünftige Auswirkungen auf Erfolgslage und Liquidität aufgeführt. Demnach steht dem in früheren Jahren zur Eigenkapitalerhöhung der Gesellschaft übertragenen Immobilienbestand ein inzwischen angewachsener Reparatur- und Modernisierungstau gegenüber, der mittelfristig mit zu erwartenden Kosten von bis zu 434 T€ beziffert wird. Damit ist von einem abgesunkenen Nutzungswert dieser Immobilien auszugehen. Aus den zu erwartenden zukünftigen Belastungen erwachsen, aufgrund ihrer Höhe und des liquiditätsbindenden Charakters, weitere künftige Bestandsgefährdungen für die Gesellschaft. Im Gegensatz zu früheren Planungs- und begonnenen Nutzungsvarianten (u.a. Nutzung des Alten Stadtbads für Projektarbeit

bzw. Entwicklung weiterer Nutzungskonzepte) wird aufgrund der eigenen schwierigen Liquiditätslage hierzu keine wirtschaftliche Verwertungsmöglichkeit mehr in der Gesellschaft gesehen, da die erwarteten Kosten aus diesen latenten Reparatur- und Sanierungskosten (u.a. aufgrund rechtlicher Vorgaben bzw. der Notwendigkeit der Sicherung einer generellen weiteren Nutzbarkeit) nicht durch Mittel der Gesellschaft aufgebracht werden können.

Die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen tragen dieser dauerhaften Wertminderung im Hinblick auf die Darstellung der Vermögenslage zunächst Rechnung. Sie beseitigen das Problem der Gefährdung für den dauerhaften Unternehmensfortbestand mittelfristig jedoch nicht und bleiben als latente bestandsgefährdende Tatsachen aktuell im Unternehmen bestehen.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Das erstellte Sanierungskonzept ist zentrales betriebliches Instrument und dient als Grundlage für den Wirtschaftsplan 2012 und zur mittelfristigen Finanzplanung 2015. Die Liquiditätssicherung ist die Kernaufgabe zum positiven Fortbestand der Gesellschaft. Durch Kontrolle der Liquiditätsentwicklung werden Zahlungsströme (Ein- bzw. Ausgänge) ständig erfasst und aktualisiert und geeignete betriebliche (z.B.: Ratenzahlung Lohn) und außerbetriebliche Aktivitäten (z.B.: Veränderungen Zahlungsbedingungen mit Hauptlieferanten) realisiert. Zur intensiven Begleitung dieser Situation wird eine „Task-Force“ eingerichtet, die die Umsetzung der Maßnahmen kontrolliert, neue Aktivitäten anregt und den Kontakt im Umgang mit anderen möglichen Unterstützern sichert. Im Grün Bereich wurden vertragliche Vereinbarungen für 2012 im Wertumfang von 168 T€ abgeschlossen.

Die feste Verankerung in allen relevanten Netzwerken und die Arbeit in den 4 Bereichen (Sparten), lassen sozialpolitische Inhalte und wirtschaftliches Handeln gleichermaßen als Hauptziel absichern. Mit dem sozialwirtschaftlichen Betrieb steht am Ende dieser 5 jährigen Umstrukturierung und Sanierung dauerhaft eine Gesellschaft zur Erledigung von Daseinsfürsorgemaßnahmen zur Verfügung.

Abschließend ist hervorzuheben, dass die Gesellschaft auf Grund ihres Gesellschaftszwecks und allgemeinen Tätigkeitsfelds prinzipiell auch weiterhin von politischen Entscheidungen, insbesondere der Entwicklung der Arbeits- und Sozialpolitik, sowie von gesellschafterspezifischen Entscheidungen abhängig ist.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2011	2010	2009
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Der öffentliche Zweck der LUBA GmbH besteht in der Förderung der Fortbildung und Umschulung von arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern sowie der Integration Benachteiligter des Arbeitsmarktes im Landkreis Teltow-Fläming, insbesondere in der Stadt Luckenwalde und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal.

Mit Maßnahmen zur Qualifizierung in Verbindung mit der Durchführung von sozialen Bildungs- und Beschäftigungsinitiativen sowie der produktiven Berufs- und Arbeitsförderung wird stets das Ziel verfolgt, die Arbeitslosigkeit, und insbesondere die Zahl der ALG II-Empfänger, in dieser Region zu senken.

6. SONSTIGES

Die LUBA GmbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2011	2011	2010	Verände- rung
	EUR	EUR	EUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	400.429,54	426.999,54	-26.570,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	8.627,50	12.245,50	-3.618,00
II. Sachanlagen	391.802,04	414.754,04	-22.952,00
B. Umlaufvermögen	146.698,54	107.678,87	39.019,67
I. Vorräte	7.222,18	6.344,45	877,73
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	124.185,53	85.350,14	38.835,39
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	15.290,83	15.984,28	-693,45
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	2.378,89	-2.378,89
Bilanzsumme	547.128,08	537.057,30	10.070,78
Passiva			
A. Eigenkapital	387.668,44	206.536,67	-198.715,17
I. Gezeichnetes Kapital	217.500,00	217.500,00	0,00
II. Kapitalrücklage	214.038,24	214.038,24	0,00
III. Gewinnvortrag	0,00	29.963,60	-29.963,60
IV. Jahresfehlbetrag	-43.869,80	-254.965,17	211.095,37
B. Rückstellungen	40.101,80	69.109,58	-29.007,78
C. Verbindlichkeiten	289.476,44	251.813,01	37.663,43
D. Rechnungsabgrenzungsposten	54.882,97	9.598,04	45.284,93
Bilanzsumme	547.128,08	537.057,30	10.070,78
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2011			
1. Umsatzerlöse	2.265.888,78	2.369.265,13	-103.376,35
2. sonstige betriebliche Erträge	23.700,17	14.157,56	9.542,61
3. Materialaufwand	313.147,80	293.317,05	19.830,75
4. Personalaufwand	1.683.024,74	1.818.272,90	-135.248,16
5. Abschreibungen	31.171,17	172.393,56	-141.222,39
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	289.432,31	341.032,17	-51.599,86
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	44,20	71,59	-27,39
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.192,85	9.239,23	1.953,62
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-38.335,72	-250.760,63	212.424,91
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	102,25	0,00	102,25
11. sonstige Steuern	5.636,33	4.204,54	1.431,79
12. Jahresfehlbetrag	-43.869,80	-254.965,17	211.095,37

3.5 Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH, Luckenwalde (VTF)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Forststraße 16
14943 Luckenwalde

E-MAIL

info@vtf-online.de

HOMEPAGE

www.vtf-online.de

GRÜNDUNG

26.06.1992



Die VTF mbH wurde gemeinsam durch die ehemaligen Landkreise Luckenwalde und Jüterbog am 26.06.1992 als „Personennahverkehrsgesellschaft Nuthetal mbH“ gegründet. Grundlage dafür bildeten die Beschlüsse des Kreistages des damaligen Landkreises Luckenwalde vom 23.04.1992 (Nr. 179/92) in Verbindung mit dem Beschluss vom 28.11.1991 (Nr. 129/91) sowie der Beschluss Nr. 0182 vom 22.04.1992 des Kreistages des damaligen Landkreises Jüterbog.

Auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses Nr. 2-0100/99 vom 01.03.1999 erhielt die Gesellschaft nach Fusion mit den auf dem Gebiet des Landkreises Teltow-Fläming liegenden Betriebsteilen der ehemaligen Verkehrsgesellschaft Königs Wusterhausen und Zossen mbH (VKZ) ihren heutigen Namen: „Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH“.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 26.06.1992 notariell beurkundet und zuletzt am 24.08.1999 notariell geändert. (Änderung der Firma, Euromstellung)

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist die Organisation und Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs im Bereich des Landkreises Teltow-Fläming, die Durchführung von freigestelltem Schüler- und Berufsverkehr sowie die bedarfsgerechte Entwicklung von Alternativverkehren und Sonderbedienungsfahrten im Einklang mit den im ÖPNVG (Bbg)⁵ enthaltenen Aufgaben.

(§ 3 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

40.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	100 %	40.000,00 €
---------------------------	-------	-------------

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

VTF. Luckenwalder Servicegesellschaft mbH (LUS):	100 %
--	-------

⁵ ÖPNVG (Bbg) – Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg in der Fassung vom 26. Oktober 1995, zuletzt geändert am 18. Dezember 2006.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Dipl.-Ing. (FH) Volker Fleischer

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus sieben Mitgliedern besteht. Davon entsendet der Gesellschafter fünf Mitglieder (davon vier Kreistagsabgeordnete und einen Mitarbeiter der Kreisverwaltung). Zwei weitere Mitglieder werden aus den Reihen der Arbeitnehmer der Gesellschaft gewählt.

Herr Holger Lademann	(Vorsitzender, Beigeordneter Kreisverwaltung Teltow-Fläming)
Herr Uwe Kiefer	(stellv. Vorsitzender, Arbeitnehmervertretung, Verkehrsmeister)
Frau Martina Borgwardt	(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Helmut Barthel	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Andreas Krüger	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Roland Scharp	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Harry Domke	(Arbeitnehmervertretung, Busfahrer)

ABSCHLUSSPRÜFER

ACCO GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2011	2010	2009	2010 zu 2011	2009 zu 2010	2010 zu 2011	2009 zu 2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	83,5%	80,0%	79,6%	3,5%	0,4%	4,4%	0,5%
Eigenkapitalquote	27,5%	25,9%	20,9%	1,6%	5,0%	6,2%	23,8%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	96,0%	95,2%	89,5%	0,7%	5,8%	0,8%	6,5%
Zinsaufwandsquote	2,0%	1,0%	0,8%	0,9%	0,2%	91,3%	29,9%
Zinsaufwandsquote ²	0,8%	0,5%	0,3%	0,3%	0,1%	77,2%	29,9%
Liquidität 3. Grades	77,2%	83,1%	70,5%	-5,9%	12,6%	-7,1%	17,9%
Cashflow	- 3.080,9 T€	- 2.974,0 T€	- 2.058,4 T€	- 106,9 T€	- 915,6 T€	-3,6%	-44,5%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	- 199,3 T€	- 146,0 T€	- 1.536,6 T€	- 53,4 T€	1.390,7 T€	-36,6%	90,5%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-24,2%	-18,7%	-20,8%	-5,5%	2,1%	-29,1%	10,0%
Umsatz	5.719,9 T€	6.144,6 T€	5.593,8 T€	- 424,8 T€	550,8 T€	-6,9%	9,8%
Jahresergebnis	- 3.184,3 T€	- 2.522,1 T€	- 2.780,9 T€	- 662,3 T€	258,8 T€	-26,3%	9,3%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	57,7%	52,8%	59,7%	4,9%	-7,0%	9,3%	-11,6%
Personalintensität	39,0%	37,6%	42,1%	1,4%	-4,5%	3,7%	-10,7%
Anzahl der Mitarbeiter	94	93	91	1	2	1,1%	2,2%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die VTF mbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben auf der Grundlage der vom Landesamt für Bauen und Verkehr erteilten Genehmigung für die Einrichtung und den Betrieb von Linienverkehren. Daneben gehören Schienenersatzverkehr, Gelegenheitsverkehr, Schülerverkehr und Berufsverkehr zum Angebotsportfolio. Die Gesellschaft erbringt Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr als Aufgabe der Daseinsvorsorge für den Aufgabenträger fast ausschließlich im Landkreis Teltow-Fläming.

Geschäftsgrundlage und Grundlage des unternehmerischen Handels war im Geschäftsjahr 2011 der Verkehrsvertrag zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH und der vom Landkreis Teltow-Fläming aufgestellte und durch den Kreistag beschlossene Nahverkehrsplan mit Gültigkeit für die Jahre 2009 bis 2013.

Wesentliche darin festgehaltene verkehrspolitische Zielstellungen und Leitlinien sind unter anderem:

- ein qualitativ hochwertiger ÖPNV als wichtiger verkehrlicher Standortfaktor für Wirtschaftsunternehmen im Landkreis,

- Angebot einer umweltfreundlichen Mobilität durch den Einsatz emissions- und lärmarmen Fahrzeuge als attraktive Alternative zum Individualverkehr,
- kunden- und nachfrageorientierter ÖPNV, der sowohl die Mobilitätsbedürfnisse als auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit seiner Nutzer berücksichtigt,
- die Unterstützung einer S-Bahn-Anbindung in Rangsdorf,
- eine direkte SPNV-Anbindung aus dem Bereich der Anhalter Bahn an den BER,
- eine möglichst weitreichende Barrierefreiheit im Interesse behinderter und anderer in ihrer Mobilität eingeschränkter Menschen und die öffentliche Sicherheit der Fahrgäste,
- Umwelt- und Klimaschutz durch Vorgabe verschärfter Emissionsgrenzwerte,
- Rückgewinnung von Fahrgästen außerhalb der Schülerbeförderung durch intelligente, flexible Angebote,
- Stärkung von Fahrgastrechten durch Schadensersatzleistungen bei Ausfällen und Verspätungen.

Der Verlauf des Geschäftsjahres war, wie in den Jahren zuvor auch, von der vollen Konzentration auf das Kerngeschäft geprägt. Die zuverlässige und hochwertige Erbringung der Leistungen im Öffentlichen Personennahverkehr nach § 42 PBefG hatte oberste Priorität.

Das Ziel, die im Verkehrsvertrag zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der VTF fixierten Leistungen in der vereinbarten betrieblichen Qualität und bei Einhaltung der vereinbarten finanziellen Zuschüsse zu erbringen, konnte auch im Geschäftsjahr 2011 erreicht werden.

Bei der Gestaltung des Angebotes sieht sich das Unternehmen insbesondere in einigen Gegenden des Nordens des Landkreises zunehmend mit Forderungen zum Ausbau und zur Taktverdichtung konfrontiert. Gleichwohl übertrifft das Angebot des übrigen ÖPNV in dieser Region bereits gegenwärtig die gemäß gültigem Nahverkehrsplan als Grundversorgung vorzuhaltende ÖPNV-Leistung um ein Vielfaches.

Erwähnenswert bei der Gestaltung des ÖPNV-Angebotes im Jahr 2011 sind nachfolgend aufgeführte Veränderungen:

- Aufgrund der im vergangenen Winter aufgetretenen erheblichen Schwierigkeiten der Berliner S-Bahn und dem damit in Zusammenhang stehenden Fahrplanwechsel von einem sogenannten 80 km/h- auf einen 60 km/h- Fahrplan musste die VTF kurzfristig innerhalb weniger Tage die Fahrpläne mehrerer Linien an den S-Bahn-Fahrplan anpassen um beispielsweise die Anbindung wichtiger Standorte, wie GVZ Großbeeren und Gewerbegebiet Dahlewitz sowie den Anschluss nach Berlin aufrechterhalten zu können.
- Anbindung des Einzugsbereiches Baruth an den Schulstandort Dahme mit Beginn des Schuljahres 2011/ 2012.

Das Unternehmen hat durch seine Qualitätspolitik die Grundlage für transparente und wiederholbare Prozesse von hoher Güte geschaffen. Damit ist sichergestellt, dass die seitens des Aufgabenträgers geforderten Standards erfüllt werden.

Im Ergebnis der aktuellen Kundenbefragung aus dem Jahr 2011 waren 14% der befragten Fahrgäste in ihrem Gesamturteil sehr zufrieden und 85% der befragten Fahrgäste zufrieden mit der Qualität der Leistungen des Unternehmens.

Im Rahmen der Investitionstätigkeit des Unternehmens wurden im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 4 Standardlinienbusse und 2 Midibusse für den Linienverkehr angeschafft. Die Vergabe erfolgte im Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung. Zur Durchführung des ÖPNV im Landkreis Teltow-Fläming stehen der Gesellschaft nun insgesamt 92 Kraftomnibusse (davon sieben Kleinbusse) zur Verfügung.

Kennzahlen für den ÖPNV im öffentlichen Linienverkehr					
(in 1.000)	2011		2010		+/- von 2010 zu 2011
Beförderungsfälle	3.899		3.862	37	0,9%
Personenkilometer	45.885		45.454	431	0,9%
Nutzwagenkilometer	4.599		4.488	111	3,5%

Die Anzahl der Beförderungsfälle ist bei den sonstigen Personenbeförderungen (um etwa 18.000 Fälle bzw. 1,5 %) und bei der Schülerbeförderung (um etwa 19.000 Fälle bzw. 0,7 %) gestiegen, so dass sich insgesamt ein Anstieg der Beförderungen um 37.000 Fälle (bzw. 0,9 %) ergibt. Bedingt durch den Anstieg bei den Beförderungsfällen hat sich auch die Anzahl der Personenkilometer gegenüber dem Vorjahr um 431 Tkm bzw. 0,9 % erhöht. Daneben ist auch die Anzahl der Nutzwagenkilometer um 111 Tkm bzw. 3,5 % gestiegen.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Unter Berücksichtigung der Leistungen, die der Gesellschafter Landkreis Teltow-Fläming gegenüber der VTF mbH im Rahmen des Verkehrsvertrages einbrachte, war die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2011 wirtschaftlich stabil aufgestellt. Die Zuführungen des Landkreises werden in eine zweckgebundene Rücklage eingestellt. Ihnen stehen Entnahmen zum Ausgleich der erwirtschafteten Verluste gegenüber.

Den Zugängen zum Anlagevermögen von 1.696,8 T€ stehen Abgänge von 43 T€ und Abschreibungen von 1.551,9 T€ gegenüber, so dass sich das Anlagevermögen um insgesamt 101,9 T€ erhöht hat. Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens an der Bilanzsumme beträgt nun 83,5 % (Vj. 80,0 %). Das langfristige gebundene Vermögen wird im Wesentlichen durch die Sachanlagen bestimmt. Der Anteil der liquiden Mittel an der Bilanzsumme beträgt 7,3% (Vj. 8,6 %). Innerhalb des Eigenkapitals hat sich die Kapitalrücklage um 91,3 T€ auf 3.451,4 T€ (Vj. 3.360,1 T€) erhöht. Der Zuführung von 3.275,6 T€ in die Kapitalrücklage durch den Gesellschafter stehen Entnahmen für den Verlustausgleich in Höhe von 3.184,3 T€ gegenüber. Der Anteil des Eigenkapitals ist von 25,9 % im Vorjahr auf 27,5 % gestiegen. Insbesondere mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft ist die Stabilisierung der Eigenkapitalquote – speziell nach dem Rückgang von 2007 zu 2008 um 8,5 Prozentpunkte – als positiv zu werten. Der Anlagendeckungsgrad II beträgt nun 96,0 % (Vj. 95,2 %). Eine fristenkonforme Finanzposition liegt nicht in vollem Maße vor. Die langfristigen Mittel betragen 10.955,0 T€ bzw. 86,3 % der Bilanzsumme. Die langfristigen Mittel reichen vollständig aus, um das langfristig gebundene Vermögen von 10.597,1 T€ zu finanzieren. Die kurzfristigen Mittel haben sich um 199,6 T€ auf 1.739,3 T€ verringert. Grund hierfür ist im Wesentlichen der Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 428,8 T€ bzw. 3,3 % auf 12.694,3 T€ vermindert.

Das Jahresergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr von – 2.522,1 T€ um 662,3 T€ auf – 3.184,3 T€ verschlechtert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Jahresfehlbetrag im Vorjahr insbesondere durch das neutrale Ergebnis (419,0 T€) sowie das außerordentliche Ergebnis (149,8 T€) positiv beeinflusst wurde.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten konnten insgesamt weiter abgebaut werden. Die Zinsaufwandsquote beträgt 0,8 %. Insgesamt wird das Jahresergebnis jedoch weniger durch die Zinsen, als durch die Aufwendungen für Material, Personal und Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt rd. 11.585,1 T€ (Vj. 11.322,2 T€) belastet.

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 424,8 T€ auf 5.719,9 T€ verringert. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 263,1 T€ auf 2.739,7 T€. Der Anstieg ist im Wesentlichen den gestiegenen Leistungen für das Tochterunternehmen sowie den gestiegenen Erträgen aus Werkstattleistungen und Material- und Kraftstoffverkäufen geschuldet. Der Materialaufwand stieg um 230,5 T€. Der Mehraufwand resultiert hauptsächlich aus den um gut 12 % gestiegenen Kraftstoffpreisen. Der Personalaufwand stieg um 56,0 T€, damit stieg die Personalaufwandsquote auf 57,7 % (Vj. 52,8 %). Sonstige betriebliche Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 97,5 T€ gestiegen, u.a. aufgrund der Mehraufwendungen für Fremdleistungen.

Der Kostendeckungsgrad lag in 2011 bei 73% (2010: 77 %) und ist im Vergleich zu anderen Verkehrsunternehmen, die ebenfalls Verkehrsleistungen in der Fläche erbringen, als günstig zu bewerten. Unter Betrachtung des Jahresfehlbetrages von -3.184,3 € sowie der erwirtschafteten Fremdkapitalzinsen ergibt sich eine Gesamtkapitalrentabilität von -24,2 %. Durch die Zuführung von Zuwendungen des Gesellschafters auf Grundlage des bestehenden Verkehrsvertrages ist die wirtschaftliche Stabilität der VTF mbH trotzdem gegeben.

Die hohe Kostenbelastung wirkt sich auch auf den erwirtschafteten Cash-Flow, also dem um Abschreibungen, die Auflösung von Sonderposten, der Zu- bzw. Abnahme der Rückstellungen sowie dem außerordentlichen Ergebnis bereinigten Jahresergebnis, aus. Die VTF mbH weist, wie auch in den Vorjahren, einen negativen Jahres-Cash-Flow bzw. -Cash-Loss von 3.080,9 T€ aus (Vj: -2.974,0 T€).

Die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes belief sich in 2011 auf - 199,3 T€ (Vj. - 146,0 T€) und verringerte sich damit um 53,4 T€. Die Liquidität 3. Grades sank auf 77,2 % und hat somit die 100 % - Marke erneut unterschritten (Vj. 83,1 %). Demzufolge ist neben der längerfristigen auch die kurzfristige Finanzposition nicht vollständig fristenkongruent. Gemäß den Ausführungen des Geschäftsführers war die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens dennoch während des Geschäftsjahres stets uneingeschränkt gesichert.

Insgesamt zeigt die Analyse des Jahresabschlusses im Vergleich zu den Vorjahren eine stabile, zum Teil jedoch auch verschlechterte Situation bezüglich Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie Liquidität der VTF mbH auf.

CHANCEN UND RISIKEN

Die Deutsche Wirtschaft ist weiterhin auf Wachstumskurs. Mit 3 % stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) wiederum in erheblichem Maße. Die Arbeitslosigkeit sank auf ein Rekordtief von 7,1%. Gleichzeitig stiegen die Erzeugerpreise um 5,7 %. Wachstum gibt es auch beim ÖPNV. So stiegen die Fahrgastzahlen 2011 im Bundesdurchschnitt um 0,4%, die Verkehrseinnahmen erhöhten sich um 3,5%. Diese Zahlen belegen, dass sich Wirtschaft und Verkehr gegenseitig bedingen. Ohne Konjunktur gibt es keine oder nur geringe Wachstumsraten in der ÖPNV-Branche und ohne leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur keine wachsende Wirtschaft.

ÖPNV ist schon längst nicht mehr die Alternative für diejenigen, die sich das Auto nicht leisten können. Sondern der ÖPNV steht mehr denn je im Wettbewerb zum Auto. In den Ballungsräumen hat er im modal split schon heute den PKW in aller Regel auf den zweiten Platz verwiesen. Allerdings ist

die Entwicklung in den städtischen und in den ländlichen Räumen unterschiedlich: Wachstum im städtischen, Stagnation, z.T. Rückläufigkeit im ländlichen Bereich. Hieraus ergeben sich die Herausforderungen an eine angemessene Angebotsqualität. Rufbusse, Anrufsammeltaxi u.ä. müssen weiterentwickelt werden.

Aus diesem Grund bleibt eine stabile und finanzielle Förderung des ÖPNV dringend notwendig. Nach dem Wegfall der Fahrzeugförderung sind hier die Mittel aus dem Entflechtungsgesetz dringend nötig. In Kürze soll auf Bund-Länder-Ebene darüber entschieden werden, wie mit diesen Mitteln ab dem Haushaltsjahr 2014 verfahren wird.

Bei einem VDV-weit ausgemachten Investitionsstau bei Erneuerungsinvestitionen von bereits 2,4 Mrd. €, zu dem jährlich 330 Mio. € hinzukommen, kann die Forderung bzw. das einstimmige Votum der Länderverkehrsminister, die bis einschließlich 2013 veranschlagten Mittel von 1,3 Mrd. € auf 1,9 Mrd. € pro Jahr steigen zu lassen, nur ausdrücklich unterstrichen werden. In diesem Zusammenhang steht auch das aktuelle Thema der Revision der Regionalisierungsmittel an. Eine VDV-weit durchgeführte Finanzierungsstudie hat hierzu mit ihrer Verkehrs- und Fahrgastprognose das konkrete und solide Zahlenmaterial für die Neufestsetzung der Regionalisierungsmittel ab 2014 mit einer jährlichen Dynamisierung von 2,5 % geliefert.

Ein weiterer Punkt ist die nunmehr inzwischen bereits wieder zu lange Dauer der Novellierung des PBefG nach dem Inkrafttreten der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Verkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1199/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates.

Ein inzwischen permanentes Risiko ist die Preissteigerung bei den Energiekosten. Diese stiegen im Jahr 2011 um 10,6%. Die Preise für Mineralölerzeugnisse nahmen sogar um 16,6% zu. Diese Steigerungen sind nicht mehr durch anderweitige Einsparungen kompensierbar.

Problematisch bleibt auch die Altersstruktur bei den Beschäftigten im Unternehmen. Der Schwerpunkt liegt dabei bei dem Fahrpersonal und qualifiziertem Werkstattpersonal. Das Unternehmen ist zwischenzeitlich anerkannter Ausbildungsbetrieb. Allerdings gestaltet sich die Suche nach geeigneten Auszubildenden anhaltend schwierig.

Am 31.12.2012 läuft der für das Unternehmen geltende Tarifvertrag TV-N (BRB) aus. Anhand der Tendenzen bzw. Erfahrungen in anderen Branchen muss man hier aufgrund der konjunkturellen Entwicklung mit erheblichen Forderungen der Gewerkschaft im Rahmen der Tarifverhandlungen rechnen.

Ein weiteres Risiko ist ein Ertragsrisiko welches sich möglicherweise aus Fahrgastverlusten infolge der Angebotsveränderungen bei DB-Regio zum Fahrplanwechsel am 11. Dezember 2011 ergibt. Beispielsweise wurden die Fahrpläne der Linie RE 4 und RE 5 so verändert, dass beide Züge nicht mehr halbstündlich zueinander verkehren, sondern nunmehr in kurzem Abstand aufeinander fahren. Hinzu kommen permanente Verspätungen der Züge. Beides – Fahrplanänderungen und Verspätungen – sind durch die Busunternehmen nicht kompensierbar.

Geschuldet sind diese Veränderungen u.a. der Anbindung des neuen Flughafens BER. Den Berufspendlern aus dem Landkreis Teltow-Fläming gehen damit attraktive Angebote verloren. Inwieweit das zu Abwanderungen hin zum Individualverkehr führt muss abgewartet werden.

Das Risikomanagement des Unternehmens hat sich bewährt und wurde auch im Geschäftsjahr 2011 den konkreten Anforderungen entsprechend fortgeschrieben. Es dient der früh- bzw. rechtzeitigen Erkennung von unternehmerischen Risiken oder Risiken, die nachhaltig negativen Einfluss auf die Ertragslage haben könnten.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Ziel der Erfolgsplanung des Geschäftsjahres 2012 ist es, wiederum ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erreichen. Die Unternehmensplanung erfolgt in Übereinstimmung mit dem Verkehrsvertrag zwischen dem Aufgabenträger für den ÖPNV und der VTF. Der Umfang der durch das Unternehmen zu erbringenden Verkehrsleistungen im öffentlichen Linien- und Vertragsverkehr wird, soweit vorgesehene zusätzliche Verkehre nach der Eröffnung des neuen Großflughafens BER realisiert werden, über dem Niveau des Jahres 2011 liegen.

Das Unternehmen ist mit seinen fünf uneingeschränkt arbeitsfähigen Betriebshöfen gut aufgestellt. Die Investitionstätigkeit wird im Schwerpunkt auf der Erneuerung des Fuhrparks liegen.

Ein weiterer Punkt ist die Beteiligung der VTF an der verbundweiten Fortführung des Projekts INNOS. Voraussetzung dafür wird eine entsprechende Fördermittelbereitstellung sein.

Im Hinblick auf die Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft spielt der zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming als Gesellschafter und der VTF mbH abgeschlossene Verkehrsvertrag bis 2016 eine große Rolle. Durch eine stetige Kostenkontrolle sowie der Optimierung der Prozesse und Abläufe sollen noch vorhandene Einsparpotenziale ausgenutzt und die Ertragssituation verbessert werden. Abschließend zu erwähnen ist, dass Verkehrsleistungen im ÖPNV i.d.R. nicht kostendeckend erbracht werden können. Insofern wird die Gesellschaft auch zukünftig auf öffentliche Zuschüsse angewiesen sein.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2011	2010	2009
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.)	3.275,6 T€	3.171,8 T€	2.968,1 T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen ¹	2.852,0 T€	2.848,5 T€	2.642,6 T€

¹ davon Investitionszuschüsse: 1.102,3 T€ (2011); 999 T€ (2009);
davon Ausgleichszahlungen für Schülerverkehr gemäß § 45a PBefG:
1.749,7 T€ (2011); 1.644 T€ (2009).

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Rechtsgrundlage für die Durchführung der öffentlichen Personennahverkehre (ÖPNV) ist das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg ÖPNVG (Bbg).

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im ÖPNV eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar.

Gemäß § 2 Abs. 2 ÖPNVG (Bbg) soll der ÖPNV der Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung, der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit dienen. Er soll so gestaltet werden, dass er eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt. Durch Steigerung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV soll der motorisierte Individualverkehr insbesondere in und zwischen Verdichtungsräumen zurückgeführt, zumindest aber ein weiterer Anstieg verhindert werden.

Dabei obliegt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im Schienenpersonennahverkehr sowie der landesbedeutsamen Verkehrslinien anderer Verkehrsträger des öffentlichen Personennahverkehrs gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) dem Land Brandenburg. Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im übrigen ÖPNV ist gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNVG (Bbg) freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Aufgegriffen wird dies zudem im § 2 Abs. 2 i. V. m. § 131 BbgKVerf, wonach die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise gehört. Dabei können die Aufgabenträger zur bestmöglichen Erreichung der Ziele des Gesetzes miteinander zusammenarbeiten, bspw. durch Bildung eines Verkehrs- und Tarifverbundes wie dem VBB (§ 5 ÖPNVG (Bbg)).

Insgesamt soll die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- und Regionalverkehr befriedigt werden. Hierzu ist je nach Bedarf ein Liniennetz aufzubauen.

Der Landkreis Teltow-Fläming bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der VTF mbH.

6. SONSTIGES

Die VTF mbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2011	2011	2010	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	10.597,1	10.495,2	101,9
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	23,1	13,5	9,6
II. Sachanlagen	10.420,4	10.285,2	135,2
III. Finanzanlagen	153,6	196,6	-43,0
B. Umlaufvermögen	2.077,1	2.598,6	-521,5
I. Vorräte	283,0	589,1	-306,1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	861,9	878,0	-16,1
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	932,2	1.131,5	-199,3
C. Rechnungsabgrenzungsposten	20,1	29,2	-9,2
Bilanzsumme	12.694,3	13.123,1	-428,8
Passiva			
A. Eigenkapital	3.491,4	3.400,1	91,3
I. gezeichnetes Kapital / Kapitalkonto/ Kapitalanteile	40,0	40,0	0,0
II. Kapitalrücklage	3.451,4	3.360,1	91,3
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	6.513,1	6.236,8	276,4
C. sonstige Rückstellungen	1.010,7	1.461,5	-450,8
D. Verbindlichkeiten	1.679,1	2.024,8	-345,7
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	359,6	552,7	-193,1
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	387,7	670,8	-283,1
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbund. Unternehmen	95,7	75,3	20,4
4. sonstige Verbindlichkeiten	836,1	725,9	110,1
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	12.694,3	13.123,1	-428,8
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2011			
1. Umsatzerlöse	5.719,9	6.144,6	-424,8
2. sonstige betriebliche Erträge	2.739,7	2.476,5	263,1
3. Materialaufwand	5.643,7	5.413,3	230,5
4. Personalaufwand	3.297,6	3.241,6	56,0
5. Abschreibungen	1.551,9	1.672,9	-121,1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.091,9	994,4	97,5
7. Erträge aus Gewinnübernahme verbund. Untern.	36,2	73,0	-36,9
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28,6	33,2	-4,5
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	113,0	63,4	49,5
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.173,7	-2.658,3	-515,4
11. Außerordentliche Erträge	0,0	164,9	-164,9
12. Außerordentliche Aufwendungen	0,0	15,1	-15,1
13. Außerordentliches Ergebnis	0,0	149,8	-149,8
14. sonstige Steuern	10,6	13,6	-2,9
15. Jahresfehlbetrag	-3.184,3	-2.522,1	-662,3

Die Beteiligung der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH in Zahlen**3.5.1 VTF. Luckenwalder Servicegesellschaft mbH (LUS)**

Gesellschafter: 100 % VTF mbH

Geschäftsführer: Herr Dipl.-Ing. (FH) Volker Fleischer

Bilanz zum 31.12.2011	2011	2010	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen	0,0	0,0	0,0
B. Umlaufvermögen	175,0	183,2	-8,2
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	97,8	92,5	5,4
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	77,1	90,7	-13,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten	128,8	171,7	171,7
Bilanzsumme	303,8	354,9	-51,1
Passiva			
A. Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0	0,0
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,0	0,0	0,0
B. Sonstige Rückstellungen	26,2	14,5	11,7
C. Verbindlichkeiten	252,6	315,3	-62,8
Bilanzsumme	303,8	354,9	-51,1
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2011			
1. Umsatzerlöse	1.143,3	1.135,8	7,4
2. sonstige betriebliche Erträge	6,2	1,5	4,7
3. Materialaufwand	608,1	568,1	40,0
4. Personalaufwand	442,4	427,4	15,0
5. Abschreibungen	0,0	0,0	0,0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	54,3	59,1	-4,8
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8,5	9,8	-1,3
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	36,2	73,0	-36,9
9. Aufwendungen aus Gewinnabführungsvertrag	36,2	73,0	-36,9
10. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

3.6 VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Hardenbergplatz 2, 10623 Berlin

E-MAIL

info@VBBonline.de

HOMEPAGE

www.VBBonline.de

GRÜNDUNG

08.12.1994



Die VBB GmbH wurde mit Abschluss des notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrages am 08.12.1994 gegründet. Zunächst bestand sie nur befristet bis zum 31.12.1996 als „Gesellschaft zur Vorbereitung des Verkehrsverbundes Region Berlin mit beschränkter Haftung“. Nach Abschluss des Grundvertrages zur Bildung eines Verkehrsverbundes für Berlin-Brandenburg zwischen den Gebietskörperschaften als Aufgabenträger am 30.12.1996 und der Änderung des Gesellschaftsvertrages besteht die Gesellschaft auf unbestimmte Zeit.

Der Kreistag des ehemaligen Landkreises Zossen beschloss am 27.09.1993, sich an der Vorbereitungsgesellschaft zu beteiligen (Beschluss Nr. 0214).

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 08.12.1994 notariell beurkundet und zuletzt am 01.12.2005 notariell geändert. (Neuzuordnung von Geschäftsanteilen)

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarung der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993. Dies soll insbesondere durch eine Vereinheitlichung bzw. Anpassung des Angebotes an ÖPNV-Leistungen und des Tarifsystems in den beiden Ländern erreicht werden. Des Weiteren wird eine homogene Einbeziehung des regionalen Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) angestrebt.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

324.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Land Berlin:	33,33%	108.000 €
Land Brandenburg:	33,33%	108.000 €
Stadt Brandenburg an der Havel:	1,85%	6.000 €
Stadt Frankfurt (Oder):	1,85%	6.000 €
Stadt Cottbus:	1,85%	6.000 €
Landeshauptstadt Potsdam:	1,85%	6.000 €

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Landkreis Barnim:	1,85%	6.000 €
Landkreis Dahme-Spreewald:	1,85%	6.000 €
Landkreis Elbe-Elster:	1,85%	6.000 €
Landkreis Havelland:	1,85%	6.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberhavel:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberspreewald-Lausitz:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oder-Spree:	1,85%	6.000 €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin:	1,85%	6.000 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark:	1,85%	6.000 €
Landkreis Prignitz:	1,85%	6.000 €
Landkreis Spree-Neiße:	1,85%	6.000 €
Landkreis Teltow-Fläming:	1,85%	6.000 €
Landkreis Uckermark:	1,85%	6.000 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Hans-Werner Franz

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat besteht höchstens aus 26 Mitgliedern, von denen die Länder Berlin und Brandenburg je vier Mitglieder und die übrigen Gesellschafter je ein Mitglied entsenden. (Betrachtungszeitraum: 2011/ Anfang 2012):

Herr Peer Giesecke	(Vorsitzender bis 15. März 2012, zweiter stellv. Vorsitzender ab 15. März 2012; Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Rainer Bretschneider	(Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft; Vorsitzender des Aufsichtsrates seit dem 15.03.2012)
Frau Maria Krautzberger	(1. stellv. Vorsitzende bis 1.12.2011, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin)
Herr Joachim Künzel	(Senatsrat in der Senatskanzlei des Landes Berlin)
Herr Günter Schulz	(Senatsrat in der Senatsverwaltung für Finanzen Berlin)
Herr Dr. Friedemann Kunst	(Senatsdirigent, Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin)
Herr Hans-Werner Michael	(Ministerialdirigent, Referatsleiter im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg)
Herr Burkhard Exner	(Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam)
Herr Steffen Scheller	(Bürgermeister der Stadt Brandenburg/Havel)
Herr Frank Szymanski	(Oberbürgermeister der Stadt Cottbus)
Herr Carsten Bockhardt	(Erster Beigeordneter des Landkreises Barnim)
Herr Stephan Loge	(Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald)
Herr Dr. Burkhard Schröder	(Landrat des Landkreises Havelland)
Herr Gernot Schmidt	(Landrat des Landkreises Märkisch-Oderland)
Herr Karl-Heinz Schröter	(Landrat des Landkreises Oberhavel)
Herr Manfred Zalenga	(Landrat des Landkreises Oder-Spree)
Herr Christian Stein	(Erster Beigeordneter des Landkreises Potsdam-Mittelmark)

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Herr Holger Lossin	(Dezernent des Landkreises Prignitz bis 31.12.2011)
Herr Markus Derling	(Beigeordneter der Stadt Frankfurt (Oder))
Herr Rudolf Keseberg	(Ministerialdirigent im Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg)
Frau Grit Klug	(Beigeordnete des Landkreises Oderspreewald-Lausitz)
Herr Ralf Reinhardt	(Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin)
Frau Dr. Heike Richter	(Referatsleiterin im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz)
Herr Dietmar Schulze	(Landrat des Landkreises Uckermark; bis März 2011)
Herr Eberhard Stroisch	(Landkreises Elbe-Elster; bis 29.02.2012)
Herr Carsten Billing	(Dezernent des Landkreises Spree-Neiße)
Herr Bernd Brandenburg	(Beigeordneter des Landkreises Uckermark ab 11.03.2011)
Herr Christian Gaebler	(Staatssekretär der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin, erster stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates seit 15.03.2012)
Herr Christian Jaschinski	(Landrat des Landkreises Elbe-Elster ab 01.03.2012)
Frau Edelgard Schimko	(Geschäftsbereichsleiterin im Landkreis Prignitz, ab 01.01.2012)

ABSCHLUSSPRÜFER

WIKOM AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2011	2010	2009	2010 zu 2011	2009 zu 2010	2010 zu 2011	2009 zu 2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	7,2%	7,1%	8,1%	0,1%	-1,0%	1,6%	-12,7%
Eigenkapitalquote	6,0%	6,2%	7,1%	-0,1%	-0,9%	-2,3%	-12,3%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	181,5%	184,8%	184,7%	-3,3%	0,1%	-1,8%	0,1%
Zinsaufwandsquote ²	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	105,5%	105,7%	107,3%	-0,2%	-1,6%	-0,2%	-1,5%
Cashflow	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Zahlungswirksame Verände- rung d. Finanzmittelbestandes	- 14 T€	268 T€	949 T€	- 282 T€	- 681 T€	-105,2%	-71,8%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität ²	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Umsatz	683,5 T€	1.119,8 T€	985,0 T€	- 436 T€	135 T€	-39,0%	13,7%
Jahresergebnis ²	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	699,7%	451,3%	435,1%	248,4%	16,2%	55,0%	3,7%
Personalintensität	38,4%	42,6%	42,5%	-4,3%	0,1%	-10,0%	0,3%
Anzahl der Mitarbeiter	68	70	65	-2	5	-2,9%	7,7%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

² die VBB GmbH weist keinen Gewinn und keine Fremdkapitalzinsen aus

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die VBB GmbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben zur Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs. Ziel ist es, eine Vereinheitlichung bzw. Anpassung des Angebotes an ÖPNV-Leistungen und des Tarifsystems in den beiden Ländern Berlin und Brandenburg zu erreichen. Dies schließt ebenso den regionalen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ein.

Dazu koordiniert die Gesellschaft insgesamt 40 öffentliche und private Verkehrsunternehmen, darunter die DB Regio AG Deutsche Bahn Gruppe, S-Bahn Berlin GmbH, A. Reich GmbH Jüterbog, BVG Berliner Verkehrsbetriebe AöR., Herz-Reisen GmbH (Zossen), VTF Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (Luckenwalde) sowie weitere regionale Verkehrsunternehmen der Region.

Mit einer Fläche von über 30 Tkm², den rund 1.000 Linien, die ca. 13.200 Bahnhöfe bzw. Haltestellen anfahren, sowie dem rund 2.380 km langen Schienennetz im Nahverkehr ist der VBB angabegemäß der flächengrößte Verkehrsverbund Deutschlands sowie einer der größten in Europa. Bei rund 3,5 Mio. Fahrgästen täglich sind eine erhebliche Steuerungsleistung, abgestimmte Fahrpläne sowie umfassende Fahrgastinformationen erforderlich. Neben einer attraktiven Mobilität leistet die Gesellschaft dabei einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft in der Region.

Das Jahr 2011 der VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH war von intensiver, erfolgreicher Sacharbeit in einem unruhigen Marktumfeld geprägt. Wichtigste Herausforderung waren einmal mehr die Krise bei der S-Bahn Berlin GmbH, der neue Fahrplan mit besonderer Berücksichtigung sowohl der Grunewald-Sperrung als auch der Anbindung des Flughafens Berlin Brandenburg Willy-Brandt und verschiedene Ausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr.

Strukturell hat sich die GmbH den Arbeitsschwerpunkten entsprechend angepasst. Im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement wurde die bisherige Dreier-Struktur um eine Abteilung themengerecht weiterentwickelt. Der Bereich gliedert sich fortan in die Abteilungen „Vertragscontrolling“, „Vergabe“, „Angebot und Infrastruktur“ sowie „S-Bahn und Qualität“.

Klassische Verbundaufgaben

Die Tarifierung zum 1. Januar 2011 wurde erfolgreich umgesetzt. Nach umfangreichen Abstimmungen konnte auch die Tarifierung der Semestertickets einvernehmlich abgeschlossen werden. Die Einnahmen im VBB-Tarif stiegen mit Verzögerung an, jedoch mit regionalen Unterschieden. Das Tarifangebot „10-Euro-Ticket Berlin-Stettin“ und die zugehörige Marketingkampagne haben zu einer Erhöhung der Fahrgastzahlen geführt.

Der VBB-Aufsichtsrat hat per Umlaufbeschluss ein ermäßigtes Schülerticket für den Tarifteilbereich Berlin AB beschlossen. Es gilt seit August.

Das Schülerferienticket 2011 wurde 14.909 Mal verkauft, was einer Steigerung von 5,6 % (+ 8,9 % bei den Einnahmen) gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die Fahrgastzahlen stiegen 2011 insgesamt auf ein Rekordhoch. Auch die Zahl der Pendler zwischen Berlin und Brandenburg stieg weiter- in beide Richtungen. Die Region wächst weiter zusammen.

Gemeinsam mit einem Gutachter erstellte die VBB GmbH eine Machbarkeitsstudie für ein verbundweites Schülerticket. Angesichts der extrem differenzierten Gegebenheiten in Berlin, den Landkreisen und den kreisfreien Städten Brandenburgs gibt es den Wunsch nach einer einheitlichen Lösung für die Fahrgäste von morgen: je früher die jungen Leute an das ÖPNV-System herangeführt werden, desto eher kann der Trend verstärkt werden, dass diese zunehmend auf einen Führerschein bzw. die Autonutzung verzichten. Die Arbeiten werden im Folgejahr konkretisiert.

Mit den Ländern wurde abgestimmt, den Bordpreis im Regionalverkehr künftig nicht mehr zu erheben und aus dem VBB-Tarif zu streichen.

In der Einnahmenaufteilung konnte das Jahr 2008 abgeschlossen werden. Die Abrechnung für das Jahr 2009 wurde noch 2011 von Beirat der Verkehrsunternehmen beschlossen; der Zahlungsausgleich fand Anfang 2012 statt. Die Wegeplausibilisierung für die Verkehrserhebung 2010 ist weitgehend abgeschlossen. Die VBB-GmbH bereitet zusammen mit den Verkehrsunternehmen die Leistungsbeschreibung für die Verkehrserhebung 2013 (Gutachter VBB) vor.

Das Berichtswesen nach EU-Verordnung 1370/2007 für 2010 wurde in die Qualitätsbilanz 2010 integriert und Ende Juli 2011 vom VBB veröffentlicht.

Die Summe der downloads der Fahrgastinfo-Anwendungen („Apps“) für internetfähige Mobiltelefone liegt Ende 2011 bei rund 150.000. Die Tourist-Information Berlin-Brandenburg am Flughafen Schönefeld konnte nochmals zunehmende Akzeptanz gewinnen.

Parallel zum Fahrplanwechsel wurde durch die VBB GmbH ein verkehrliches Anbindungs- und Kommunikationskonzept für den Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) erstellt. Die Flughafenanbindung entspricht internationalen Maßstäben und stellt ein gutes verkehrliches Angebot sicher.

Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement

Die Situation bei der S-Bahn Berlin GmbH ist unverändert kritisch, die niedrige Kundenzufriedenheit zieht fortwährend Vertragsstrafen nach sich. Die vertraglich vereinbarte Anzahl der Viertelzüge konnte zu keinem Zeitpunkt angeboten werden, Anfang des Jahres wurde statt ein 80 km/h ein 60 km/h-Fahrplan angeboten, es gab neue Fahrzeugprobleme mit der Baureihe 480 sowie einen krankheitsbedingten Personalmangel und daraus resultierenden Zugausfällen. Im Auftrag der Länder wurden alle Vorbereitungen für eine zügige Ausschreibung eines Teilnetzes durch die VBB GmbH getroffen.

Die SPNV-Unternehmen, die Leistungen nach dem Ausschreibungsverfahren gewonnen haben, erhalten sogenannte Bruttoanreizverträge, bei denen das Einnahmerisiko und damit das Interesse an der Sicherung der Einnahmen bei den Ländern liegen. Das Controlling und die Abrechnung erfolgen bei der VBB GmbH.

Der Fahrplanwechsel im Dezember 2011 ist gekennzeichnet von erheblichen Verbesserungen für den Verbundverkehr (z.B. einer Erhöhung der Regionalverkehrszugkilometer und Angebotsverbesserungen). Die Verhandlungen bei der wettbewerblichen Vergabe des Netzes Nord-Süd sind abgeschlossen, ebenso die Vorbereitungen für das Vergabeverfahren für das Netz Ostbrandenburg. Im Auftrag des Landes Brandenburg unterstützt die VBB GmbH dieses beim SPNV- Infrastrukturmanagement. Dabei werden die Interessen des Landes und der Fahrgäste mit den Rationalisierungsüberlegungen der DB Netz AG verknüpft.

Das für den Verbundverkehr wichtige Thema grenzüberschreitende Verkehre von und nach Polen wird von der VBB GmbH mit Handlungsempfehlungen und Zukunftsvisionen für alle Strecken begleitet.

Im Regionalverkehr wurden Kundenzufriedenheitsbefragungen zur Qualität der Verkehrsleistung und der Bahnhöfe durchgeführt und ausgewertet.

Forschungsprojekte

Das Forschungsprojekt INNOS-HGS wurde in wesentlichen Punkten am 30.Juni 2011 abgeschlossen. Eine Verlängerung des Projektes bis zum 31.März 2012 betrifft den Teilbereich „Regionale Vermittlungsstelle“. Die Karte für den elektronischen Fahrschein soll laut Beschluss des Aufsichtsrates der VBB GmbH „VBB-fahrCard“ heißen.

Im Teilprojekt INNOS-Start-VBB-1 erhalten die Verkehrsunternehmen in den Tarifbereichen Berlin ABC, Potsdam ABC, Brandenburg a.d.H. ABC und Frankfurt (Oder) AB Kontroll- und Vertriebstechnik zur Ausgabe und Prüfung von elektronischen Tickets. Erste VBB-fahrCards wurden ab dem 1.September 2011 an Stammkunden ausgegeben. Nach Streichung der Bundesmittel für die zweite Förderbekanntmachung zum eTicket Deutschland wurde das Teilprojekt INNOS-Start-VBB 2 in zwei Teile aufgespalten. Das Teilprojekt INNOS-Start –VBB 2a wird die Ausstattung des restlichen Verbundgebietes mit Ausgabe- und Kontrolltechnik beinhalten sowie die Konzeption und Implementierung eines Produktverantwortlichkeitensystems. Die Finanzierung wird durch die beiden Länder sichergestellt. Das Teilprojekt INNOS-Start-VBB-2b, dessen Start für 2014 vorgesehen ist, wird die weitere Vervollständigung des Systems umfassen. Diese soll im Wesentlichen den Kundenkomfort erhöhen. Hier

wird auch eine Beteiligung der kommunalen Gesellschafter bzw. der Verkehrsunternehmen angestrebt.

Das Projekt Caprice wurde erfolgreich abgeschlossen.

Geschäftsbetrieb der VBB GmbH

Der Aufsichtsrat legte mit seinem Beschluss in der Dezembersitzung die Grundlagen für die Verlängerung des Mietvertrages in den Räumlichkeiten am Berliner Hardenbergplatz 2.

Mit dem Beschluss des Aufsichtsrates zum Wirtschaftsplan 2012 wurde die Grundlage für die Entfristung von 8 Mitarbeitern geschaffen.

Die VBB GmbH wurde im Rahmen der ISO 9001:2008 im April 2011 erneut erfolgreich zertifiziert. Das Zertifikat gilt bis zum 14. November 2013.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Ziel der VBB GmbH ist neben der Koordinierung der Interessen der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Kommunen Brandenburgs im Bereich ÖPNV, die Weiterentwicklung und Gestaltung eines leistungsstarken Nahverkehrssystems in der Region. Auch im Jahr 2011 bildete der Wirtschaftsplan dabei die Basis der wirtschaftlichen Betätigung. Um eine ausreichende Finanzierung der Gesellschaft sicherzustellen, leisten die Gesellschafter entsprechende Gesellschafterbeiträge gemäß des in § 16 des Gesellschaftsvertrages erwähnten Konsortialvertrages. Demnach ergibt sich der jährliche Finanzierungsbedarf aus dem vom Aufsichtsrat festzustellenden Wirtschafts- und Finanzplan. Die Gesellschafterbeiträge sind zu je 40 % durch die Länder Berlin und Brandenburg zu tragen. Die übrigen 20 % teilen sich auf alle weiteren kommunalen Gesellschafter zu gleichen Teilen auf. Für satzungsgemäße Aufgaben, die nur einzelne Gesellschafter betreffen, wurde das Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement eingerichtet und der darauf entfallende Finanzierungsbedarf gesondert im Wirtschaftsplan ausgewiesen.

Das wirtschaftliche Ergebnis der Gesellschaft im Jahr 2011 wurde insbesondere durch die leicht verbesserte Ertragssituation gekennzeichnet. Gemäß Gewinn- und Verlustrechnung resultiert der Anstieg der Erlöse bzw. Erträge von rd. 11.853 T€ auf 12.464 T€ (+1.767,9 T€) im Wesentlichen aus den höheren Gesellschafterbeiträgen sowie Zuwendungen in Höhe von 8.234 T€ (Vj. 8.060 T€) und sonstigen betrieblichen Erträgen von 3.272 T€ (Vj. 2.443 T€). Der Anstieg ist hauptsächlich durch die Ausweitung der aufgabenträgerbezogenen Projekte begründet. Gleichzeitig gingen die Umsatzerlöse um 436 T€ zurück auf 684 T€. Die betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich mit 12.529 T€ (Vj. 11.862 T€) um 667 T€, davon insbesondere die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 1.231 T€. Insgesamt verschlechterte sich das Betriebsergebnis um 56 T€ auf -65 T€ (Vj. -9 T€). Unter Einbeziehung des Finanzergebnisses (66 T€) und nach Abzug von Steuern (1 T€) ergibt sich ein Jahresergebnis von 0 €. Wie auch in den Vorjahren weist die VBB GmbH somit keinen Gewinn oder Verlust aus.

Das Aktivvermögen der Gesellschaft erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr leicht um 125,4 T€ auf 5.357,8 T€ wobei hierzu im Wesentlichen der Anstieg der Vorräte (+271,7 T€) beigetragen hat. Die Passivseite zeigt vor allem einen Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten um 713 T€ und der erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen (+ 268 T€). Gegenläufig wirkt sich der Rückgang der kurzfristigen Rückstellungen, der Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern sowie der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen aus.

Das Eigenkapital beträgt weiterhin 324 T€. Auf Grund der um 125,4 T€ auf 5.357,8 T€ (Vj. 5.232,4 T€) gestiegenen Bilanzsumme verringerte sich die Eigenkapitalquote jedoch erneut auf 6,0 % (Vj. 6,2 %).

Die Anlagenintensität erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von 7,1 % auf 7,2 % leicht- eine im Vergleich zu anderen Beteiligungsgesellschaften des Landkreises relativ geringe langfristige Kapital-

bindung. Der Anlagendeckungsgrad von 181,5 % sagt zudem aus, dass das vorhandene Anlagenvermögen vollständig durch langfristiges Kapital gedeckt wird. Gleichzeitig beläuft sich die Liquidität 3. Grades auf 106 %, sodass man von einer soliden Vermögens- und Kapitalstruktur ausgehen kann.

Vor allem die kontinuierlich gezahlten Gesellschafterbeiträge haben dazu beigetragen, dass die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft in 2011 stets gesichert war. Die Gesellschaft verzeichnet einen negativen Cashflow in Höhe von 14 T€ aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Ursächlich dafür ist im Wesentlichen der Rückgang der Rückstellungen um 254 T€. Dieser und der negative Cashflow aus der laufenden Investitionstätigkeit konnten durch den positiven Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit nicht vollständig kompensiert werden, was zu einem Rückgang des Finanzmittelfonds um 14 T€ auf 3.465 T€ führt.

CHANCEN UND RISIKEN

Der ÖPNV-Mobilitätsmarkt entwickelt sich seit Jahren sehr dynamisch. Auch in der Hauptstadtregion liegt der Wandel im Spannungsfeld zwischen Daseinsvorsorge, Kostendruck und Qualitätsanspruch. Die Chancen der VBB GmbH steigen, wenn es ihr weiter gelingt, sich mit guter Qualität gegenüber den Gesellschaftern in der öffentlichen Debatte als der ÖPNV-Dienstleister der Hauptstadtregion zu etablieren.

Für die Gesellschaft bedeutet dies, das Vertrauen in ihre Arbeit zu stärken, bisherige Entwicklungen erfolgreich weiterzuführen und neue Aufgaben mutig anzugehen.

Enorm wichtig ist ein einheitliches Auftreten des Verbundes als Summe seiner Verkehrsunternehmen, da anderenfalls Irritationen bei den (potenziellen) Kunden auftreten. Solche Irritationen schwächen das Produkt ÖPNV in seiner Gesamterscheinung. Im Einvernehmen mit den Gesellschaftern ließe sich das Potenzial für eine Stärkung des einheitlichen Verbundaufttritts stärken. Durch den Umstieg auf elektronische Fahrscheine und die dahinterliegende Soft- und Hardware werden die Verkehrsunternehmen untereinander und die Verkehrsunternehmen mit dem Verbund enger verknüpft.

Für das Selbstverständnis der Verbundgesellschaft ist die Erkenntnis elementar, dass aus Sicht der Kunden der Fahrpreis nicht die alles entscheidende Größe ist. Qualität und Verlässlichkeit stehen für sie im Zentrum. Dieser Aspekt umfasst vor allem Fahrplandichte, Pünktlichkeit, Service, Sauberkeit, Sicherheit und Umweltverträglichkeit – hier konnte die Gesellschaft durch ihre Arbeit auf bemerkenswerte Verbesserungen im Nahverkehr hinwirken.

Strategisch bedeutsames Thema sind die Schienenverkehre nach Polen.

Die SPNV-Unternehmen, die Leistungen nach Ausschreibungsverfahren gewonnen haben, erhalten sogenannte Bruttoverträge. Das Einnahmenrisiko liegt mit diesen Bruttoverträgen bei den Ländern. Somit ist es Aufgabe der Länder und damit der VBB GmbH, im Zusammenspiel mit den SPNV-Unternehmen, die Einnahmen zu sichern und zu erhöhen.

Die VBB GmbH begleitet und gestaltet weiterhin den Wettbewerb: Die Bedeutung der wettbewerblichen Vergabe von SPNV-Leistungen wird auch in den nächsten Jahren hoch sein. Bis zum Jahr 2014 sollen alle Linien des Regionalverkehrs wettbewerblich vergeben sein; zu diesem Jahr stehen auch wieder die Neuvergaben der ersten im Wettbewerb vergebenen Linien bzw. Teilnetze an. Für die VBB GmbH bedeutet dies ein festes Aufgabenspektrum von der Vergabe bis zum Controlling dieser Ausschreibungsleistungen.

Risiken resultieren vor allem aus der Gesetzgebung und den Maßnahmen des Bundes: Die Revision der Regionalisierungsmittel durch den Bund könnte schmerzhaft Folgen für die VBB GmbH haben. Alle Akteure müssen im Entscheidungsprozess und danach entsprechende Vorbereitungen treffen.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Themenschwerpunkte ab dem kommenden Jahr werden vor allem sein:

- Fahrgastinformation: moderne und marktgerechte Systeme und individualisierte Informationen für jedermann, von zu Hause oder unterwegs, in Echtzeit, verknüpft mit allen Verkehrsunternehmen und wichtigen Institutionen.
- Neue Wege im Tarif und Vertrieb: Einführung des elektronischen Ticketings und erste Schritte für einen elektronischen Tarif.
- Intensivierung der regionalen Verkehrsplanung in Abstimmung mit den Aufgabenträgern.
- Entwicklung der Zukunftsmärkte zwischen Berlin-Brandenburg und Westpolen in jeder Hinsicht (Tarif, Information, Infrastruktur, Qualität).
- VBB GmbH als der erste Ansprechpartner für Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger für neue Konzepte, Strategien und Umsetzung zu ÖPNV-Fragen.
- Antworten auf die immer stärker auftretenden Fragen zu Umweltschutz, Energieeinsparungen und Nachhaltigkeit.
- Weiterentwicklung von Sicherheitskonzepten, die verkehrsmittel- sowie aufgabenträgerübergreifend sind.
- ÖV-Netz-Entwicklung im Verkehrsverbund.

Großer Handlungsbedarf besteht aus Sicht der VBB GmbH bei folgenden Punkten:

1. Entscheidung bei der Berliner S-Bahn: Nach Jahren einer katastrophalen Entwicklung steht die VBB GmbH bereit, die Teilausschreibungen bei der Berliner S-Bahn und das entsprechende Vertragsmanagement durchzuführen.
2. Fortentwicklung eines einheitlichen Verbundauftritts bei der Fahrgastinformation und bei den Nutzeroberflächen.
3. Zukunft des Center Nahverkehr Berlin
4. Qualitätsverbesserung der Stationen: Diese liegen jedoch in der Verantwortung des Bundes, so dass die Gesellschafter der VBB GmbH nicht unmittelbar agieren können. Die VBB GmbH wird dennoch weiterhin versuchen, durch kontinuierliche Qualitätsmessung und öffentlichen Druck die DB- Infrastrukturgesellschaften und die Bundesregierung unter Handlungsdruck zu setzen und Lösungswege aufzuzeigen.
5. Zentraler Aspekt im gesamten Berlin-Brandenburg Nahverkehr ist die angebotene Qualität. Die Angebotsqualität (Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Service) des Gesamtsystems weist weiterhin sehr großen Handlungsbedarf auf und ist die entscheidende Stellschraube, weitere Fahrgäste zu gewinnen.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2011	2010	2009
1. Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen ¹	64,8 T€	64,8 T€	63,0 T€

¹ Gesellschafterbeiträge / Zuschüsse

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) stellt die Sicherstellung und Ausgestaltung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. § 2 Abs. 1 ÖPNVG (B)⁶ ergänzt dies um den Personenregionalverkehr.

Gemäß § 2 Abs. 2 ÖPNVG (Bbg) soll der ÖPNV der Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung, der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit dienen. Er soll so gestaltet werden, dass er eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt. Durch Steigerung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV soll der motorisierte Individualverkehr, insbesondere in und zwischen Verdichtungsräumen zurückgeführt, zumindest aber ein weiterer Anstieg verhindert werden. In § 2 Abs. 2 ÖPNVG (B) wird zudem die verkehrliche Verknüpfung insbesondere von Wohngebieten und Arbeitsstätten, kulturellen, sozialen und Gesundheitseinrichtungen, Einkaufs- und Sportzentren sowie Erholungsgebieten gefordert.

Im Land Brandenburg obliegt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im Schienenpersonennahverkehr sowie der landesbedeutsamen Verkehrslinien anderer Verkehrsträger des öffentlichen Personennahverkehrs gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) dem Land. Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im übrigen ÖPNV ist gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNVG (Bbg) freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Aufgegriffen wird dies zudem im § 2 Abs. 2 i. V. m. § 131 BbgKVerf, wonach die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise gehört.

Gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG (B) ist die Planung und Ausgestaltung des ÖPNV Aufgabe Berlins.

Zudem soll Berlin gemäß § 4 Abs. 1 ÖPNVG (B) dem Auftrag des Einigungsvertrages folgend mit dem Land Brandenburg sowie Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg, soweit sie Aufgabenträger sind, zur Sicherung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs einen Verkehrsverbund bilden – den VBB. Ähnlich wird dies im § 5 Abs. 4 ÖPNVG (Bbg) gefordert, wonach die

⁶ ÖPNVG (B) – Gesetz über die Aufgaben und die Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Land Berlin, in der Fassung vom 27. Juni 1995, zuletzt geändert am 19. Juni 2006.

Aufgabenträger zur bestmöglichen Erreichung der Ziele des Gesetzes miteinander zusammenarbeiten können, bspw. durch Bildung eines Verkehrs- und Tarifverbundes (§ 5 ÖPNVG (Bbg)).

Insgesamt soll die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- und Regionalverkehr mit Verkehrsmitteln im Linienverkehr befriedigt werden.

6. SONSTIGES

Die VBB GmbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2011	2011	2010	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	385,1	370,0	15,0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	21,0	3,8	17,2
II. Sachanlagen	364,1	366,2	-2,1
B. Umlaufvermögen	4.913,9	4.806,4	107,5
I. Vorräte	836,5	564,8	271,7
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	612,2	762,6	-150,3
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.465,2	3.479,0	-13,8
C. Rechnungsabgrenzungsposten	58,9	56,0	2,9
Bilanzsumme	5.357,8	5.232,4	125,4
Passiva			
A. Eigenkapital	324,0	324,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	324,0	324,0	0,0
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulage	25,1	22,4	2,7
C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens	349,8	337,5	12,3
D. Rückstellungen	1.282,8	1.536,5	-253,7
E. Verbindlichkeiten	3.376,1	3.001,1	375,0
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	934,1	666,3	267,8
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	123,6	391,5	-268,0
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.246,3	1.595,5	-349,2
4. Sonstige Verbindlichkeiten	1.072,1	347,8	724,3
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	10,8	-10,8
Bilanzsumme	5.357,8	5.232,4	645,4
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2011			
1. Umsatzerlöse	683,5	1.119,8	-436,3
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	274,1	229,9	44,2
3. Erträge aus Gesellschafterbeiträgen, Zuwendungen	8.234,2	8.060,4	173,9
4. Sonstige betriebliche Erträge	3.271,6	2.442,8	828,8
5. Materialaufwand	531,3	770,8	-239,5
6. Personalaufwand	4.782,9	5.053,7	-270,8
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen (AV)	143,6	196,8	-53,2
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.070,6	5.840,2	1.230,3
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	82,7	34,0	48,7
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17,0	31,1	-14,2
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,8	-5,7	6,5
12. außerordentliche Erträge	0,0	6,5	-6,5
13. außerordentliches Ergebnis	0,0	6,5	-6,5
14. Sonstige Steuern	0,8	0,8	0,1
15. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

3.7 Teltower Kreiswerke GmbH, Berlin (TKW)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Hannoversche Straße 17, 10115 Berlin / seit 01.02.2011: Wallstraße 35, 10179 Berlin

GRÜNDUNG

29.05.1929

(Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebes: 01.01.1973)

Die Teltower Kreiswerke GmbH wurde am 29.05.1929 durch den damaligen Kreis Teltow gegründet, dessen Rechtsnachfolge der Landkreis Teltow-Fläming teilweise angetreten hat.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 29.05.1929 abgeschlossen. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 10.07.2008 ist das Stammkapital auf Euro umgestellt und auf 200.000 € erhöht worden. Durch Beschlüsse der Gesellschafterversammlungen vom 11.02. und 10.07.2008 ist der Gesellschaftsvertrag vollständig neu gefasst worden (siehe Gegenstand des Unternehmens). Die Änderungen wurden am 09.03.2009 in das Handelsregister beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Nummer HRB 7789 B eingetragen.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, soweit dieser für gesellschaftseigene und kommunale Zwecke erforderlich ist, sowie die Verwaltung, die Vermietung, die Verpachtung, die Instandsetzung, die Instandhaltung und die Erweiterung von gesellschaftseigenen und sonstigen Grundstücken und Immobilien aus dem ehemaligen Teltowvermögen.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

200.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Dahme-Spreewald:	40,7 %	81.400,00 €
Landkreis Teltow-Fläming:	39,5 %	79.000,00 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark:	19,8 %	39.600,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Axel Gruhle sowie ab 01.11.2011 Frau Annette Hansel

ABSCHLUSSPRÜFER

Der Jahresabschluss wurde im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der TKW GmbH und der WSC Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft mbH Cottbus durch die WSC Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft mbH Cottbus erstellt. Da die Gesellschaft zum Ab-

schlussstichtag die Größenmerkmale einer kleinen GmbH gemäß § 267 Abs. 1 HGB aufweist, besteht gemäß § 316 Abs. 1 HGB keine Pflicht zur Abschlussprüfung. Auf Grund der nicht vorhandenen Prüfungspflicht erfolgt die Prüfung der Jahresabschlüsse rotierend durch die Rechnungsprüfungsämter (RPA) der Gesellschafter.

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

(Quelle: Prüfberichte)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2011	2010	2009	2010 zu 2011	2009 zu 2010	2010 zu 2011	2009 zu 2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	43,8%	43,8%	46,4%	0,0%	-2,6%	0,0%	-5,3%
Eigenkapitalquote	98%	97,2%	97,4%	0,8%	-0,2%	0,8%	-0,2%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 T€	- T€	-T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	230,1%	221,7%	209,9%	6,4%	11,8%	3,0%	6,0%
Zinsaufwandsquote	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	2311%	1992,7%	2059,5%	1665,4%	-66,8%	80,9%	-4,7%
Cashflow	11 T€	49 T€	49 T€	17 T€	- T€	35,3%	0,0%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	- 6,7 T€	45 T€	66 T€	- 20 T€	-20 T€	-30,8%	-47,2%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	1,1%	4,9%	5,8%	3,8%	-0,9%	65,7%	-13,4%
Umsatz	168,2T€	169,7 T€	167,1 T€	- 1,5 T€	2,6 T€	-0,9%	1,6%
Jahresergebnis	9,9 T€	43,3 T€	48,1 T€	- 33,4 T€	- 4,7 T€	-69,5%	-8,8%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	14,7%	14,6%	14,9%	0,1%	-0,3%	0,7%	-2,0%
Personalintensität	12,8%	12,7%	12,9%	0,1%	-0,2%	0,8%	-1,5%
Anzahl der Mitarbeiter	1	1	1	0	0	0,0%	0,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital, da in allen drei Jahren kein langfristiges Fremdkapital ausgewiesen wurde

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die TKW GmbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben zur Verwaltung des eigenen Vermögens sowie die gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag der Gesellschaft übertragene Verwaltung von Immobilien, die im Eigentum der Landkreise Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald, Potsdam-Mittelmark, der Stadt Potsdam und der Gemeinde Dallgow-Döberitz stehen.

Im Geschäftsjahr wurde mit den ersten Baumaßnahmen zur Werterhaltung und Instandsetzung des Wohnhauses in der Sachtlebenstraße begonnen. Mit der Erneuerung der Treppenhausinstallation, einschließlich Hauptverteilung zu den einzelnen Mieteinheiten, der Treppenhausbeleuchtung sowie der Klingelanlage wurde angefangen. Die Kellerlichtgrabensanierung entsprechend der vorliegenden Denkmalrechtlichen Genehmigung wurde im ersten Bauabschnitt realisiert.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die Analyse des Jahresabschlusses zeigt, dass sich die wirtschaftliche Situation der TKW GmbH stabil entwickelt.

Die betrieblichen Erlöse bzw. Erträge liegen mit 193,0 T€ leicht unter dem Vorjahresniveau von 194,8 T€. Diese setzen sich insbesondere aus den Erlösen aus Verwaltertätigkeit (54 %) und den Mieteinnahmen (26 %) zusammen. Die betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 48 T€ auf 187,9 T€ gestiegen. Dabei resultiert der Anstieg aus dem um 47 T€ erhöhten Materialaufwand auf 91,1 T€. Bei gleichbleibenden Personalaufwendungen und einer leicht gesunkenen Betriebsleistung verschlechterte sich die Personalintensität leicht. Im Ergebnis reduzierte sich der Jahresüberschuss um 33,4 T€ auf 9,9 T€ (Vj. 43,3 T€). Damit ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine niedrigere Gesamtkapitalrentabilität von 1,1 % (Vj. 4,9 %).

Der erzielte Jahresüberschuss bzw. der im Geschäftsjahr generierte Cash-Flow wirken sich auch positiv auf die Liquidität der TKW GmbH aus. Während das Anlagevermögen nahezu konstant blieb, stieg der Finanzmittelbestand um rund 4,3 T€ an.

Die Eigenkapitalquote stieg um 0,8% auf 98 %. Das langfristige Vermögen ist demnach durch langfristiges Kapital (hier das Eigenkapital) ausreichend gedeckt. Bei dem übrigen Kapital handelt es sich um kurzfristiges Fremdkapital, wie Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit unter einem Jahr oder Rückstellungen, das auf Grund des vergleichsweise hohen Anteils des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme (56 %) mehr als abgedeckt werden kann. Die Werte für den Anlagendeckungsgrad II sowie die Liquidität 3. Grades lassen insofern auf eine solide Finanzposition zurückschließen. Die Liquidität der Gesellschaft ist gesichert.

CHANCEN UND RISIKEN

Gemäß den Ausführungen des Geschäftsführers bestehen für die Entwicklung der Gesellschaft keine wesentlichen Risiken. Erst wenn die verwalteten Immobilien vollständig verkauft sind, können sich nach seiner Einschätzung Risiken für den Bestand der Gesellschaft ergeben, sofern keine neuen Aufgabenfelder akquiriert werden.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Die zukünftige Entwicklung der TKW GmbH wird voraussichtlich an das gute Ergebnis der Vorjahre anknüpfen. Sie wird die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben auch weiterhin wahrnehmen.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2011	2010	2009
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Mit der Übertragung der Anteile gemäß § 27 Rechtsträger-Abwicklungsgesetz nach 1990 vom ehemaligen Kreis Teltow auf die Landkreise sind die Gesellschafter der TKW GmbH die Landkreise Dahme-Spreewald mit 40,7 %, Teltow-Fläming mit 39,5 % und Potsdam-Mittelmark mit 19,8 %. Die Tätigkeit der Gesellschaft umfasst die Verwaltung des eigenen Vermögens sowie die gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag der Gesellschaft übertragene Verwaltung von Grundstücken, die im Eigentum der Rechtsnachfolger des ehemaligen Kreises Teltow, d.h. der Landkreise Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald und Potsdam-Mittelmark, stehen.

6. SONSTIGES

Die TKW GmbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2011	2011	2010	Veränderung
	EUR	EUR	EUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	383.932,50	384.734,50	-802,00
I. Sachanlagen	177.932,50	178.734,50	-802,00
II. Finanzanlagen	206.000,00	206.000,00	0,00
B. Umlaufvermögen	497.319,27	490.857,10	6.462,17
I. Vorräte	9.411,12	7.196,00	2.215,12
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.294,25	5.366,08	10.928,17
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	471.613,90	478.295,02	-6.681,12
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.061,07	2.011,66	49,41
Bilanzsumme	883.312,84	877.603,26	5.709,58
Passiva			
A. Eigenkapital	862.902,07	852.970,48	9.931,59
I. gezeichnetes Kapital / Kapitalkonto/ Kapitalanteile	200.000,00	200.000,00	0,00
II. Kapitalrücklage	34.460,96	34.460,96	0,00
III. Gewinnvortrag	618.509,52	575.181,17	43.328,35
IV. Jahresüberschuss	9.931,59	43.328,35	-33.396,76
B. Rückstellungen	9.261,26	12.902,58	-3.641,32
C. Verbindlichkeiten	10.565,61	11.146,30	-580,69
D. Rechnungsabgrenzungsposten	583,90	583,90	0,00
Bilanzsumme	883.312,84	877.603,26	5.709,58
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2011			
1. Umsatzerlöse	168.242,24	169.715,23	-1.472,99
2. sonstige betriebliche Erträge	24.769,06	25.128,72	-359,66
3. Materialaufwand	91.118,37	44.002,66	47.115,71
4. Personalaufwand	24.769,06	24.746,28	22,78
5. Abschreibungen	957,82	927,00	30,82
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	71.060,98	71.114,45	-53,47
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.627,69	935,62	1.692,07
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,20	0,00	0,00
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.732,56	54.989,18	-47.256,62
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	2.132,62	11.660,83	-9.528,21
12. sonstige Steuern	66,41	0,00	66,41
13. Jahresergebnis	9.931,59	43.328,35	-33.396,76

3.8 RENATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kreishaus Teltow-Fläming KG, Stuttgart

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Meitnerstraße 10, 70563 Stuttgart

GRÜNDUNG

19.03.1998

Die Gesellschaft wurde am 19.03.1998 gegründet. Grundlage für die Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming als Kommanditist an dieser Gesellschaft ist der Kreistagsbeschluss Nr. 0052/98 vom 23.03.1998 i.V.m. dem Kreistagsbeschluss Nr. 178 vom 08.05.1995 zum Bau des Kreishauses für den Landkreis Teltow-Fläming in Luckenwalde und des Beschlusses Nr. 378 vom 05.05.1997 über die privatwirtschaftliche Finanzierung des Kreishausesneubaus.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der Gesellschaftsvertrag wurde am 19.03.1998 notariell beurkundet.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Errichtung und die Vermietung von Grundstücken, Baulichkeiten und Anlagen aller Art, soweit sie einem öffentlichen Zweck dienen, im Landkreis Teltow-Fläming sowie die Durchführung aller für die Erzielung dieser Zwecke erforderlichen Geschäfte und Maßnahmen. Genehmigungspflichtige Tätigkeiten gemäß § 34c GewO⁷ werden nicht ausgeübt.

(§ 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
(GmbH & Co. KG)

GESELLSCHAFTSKAPITAL

15.267.175,57 €

Kapitalanteil des Kommanditisten: 10.225,84 €

Kapitalanteil des atypisch stillen Gesellschafters: 15.256.949,73 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Komplementär (persönlich haftender Gesellschafter):

RENATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Stuttgart:

Stimmenanteil: 85 Stimmen (keine Einlage)

Kommanditist (Teilhafter):

Landkreis Teltow-Fläming:

Stimmenanteil: 15 Stimmen Kommanditeinlage: 10.225,84 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

⁷ GewO – Gewerbeordnung
in der Fassung vom 22. Februar 1999, zuletzt geändert am 29. Juli 2009.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

GESCHÄFTSFÜHRER

Zur Geschäftsführung ist der persönlich haftende Gesellschafter berechtigt und verpflichtet.

Herr Eberhard Graf (ehem. Vorstandsmitglied der Commerz Real AG) (bis 31.03.2011)

Herr Thomas Haag (stellvertretender Leiter der Geschäftsstelle Stuttgart der Commerz Real)
(ab 01.04.2011)

Herr Dr. Manfred Gubelt (Jurist)

ABSCHLUSSPRÜFER

PricewaterhouseCoopers

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2011	2010	2009	2010 zu 2011	2009 zu 2010	2010 zu 2011	2009 zu 2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	91,7%	90,6%	93,8%	1,1%	-3,2%	1,3%	-3,4%
Eigenkapitalquote	5,39%	2,17%	0,05%	3,2%	2,1%	148,0%	4603,9%
Eigenkapitalquote (unter Berücksicht. von ³)	2,1%	-0,8%	-2,8%	3,0%	2,0%	360,6%	71,3%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ²	- 514,3 T€	- 515,1 T€	- 515,8 T€	0,8 T€	0,7 T€	0,2%	0,1%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	94,3%	98,1%	98,6%	-3,8%	-0,5%	-3,8%	-0,5%
Zinsaufwandsquote	22,9%	25,7%	27,2%	-2,9%	-1,5%	-11,2%	-5,5%
Liquidität 3. Grades	37,0%	57,4%	42,6%	-20,4%	14,8%	-35,6%	34,7%
Cashflow	2.313,6 T€	2.131,5 T€	2.182,6 T€	182,1 T€	- 51,1 T€	8,5%	-2,3%
Zahlungswirksame Verände- rung d. Finanzmittelbestandes	- 314,6 T€	532,1 T€	321,1 T€	- 846,7 T€	211,0 T€	-159,1%	65,7%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	12,0%	10,3%	10,7%	1,7%	-0,4%	16,6%	-3,6%
Umsatz	3.074,1 T€	2.957,2 T€	3.082,6 T€	116,9 T€	- 125,4 T€	4,0%	-4,1%
Jahresergebnis	1.191,3 T€	1.011,1 T€	1.063,0 T€	180,1 T€	- 51,9 T€	17,8%	-4,9%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Personalintensität	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0	0	0	0,0%	0,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

² nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Der Erwerb eines Erbbaurechts in Luckenwalde vom Landkreis Teltow-Fläming sowie die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes (Kreishaus) inklusive Parkhaus und dessen Vermietung im Rahmen eines Immobilien-Leasing-Vertrages an den Landkreis Teltow-Fläming bilden die wirtschaftliche Grundlage der RENATA GmbH & Co. KG als sogenannte Leasingobjektgesellschaft.

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die Geschäfte werden von der Commerz Real AG entgeltlich im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages getätigt.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Bei einer Anlagenintensität von rd. 92 % weist die Gesellschaft geschäftsbedingt überwiegend langfristiges Vermögen aus, das Vermietvermögen. Dieses ist gemäß den Angaben des Wirtschaftsprüfers fristenkongruent refinanziert.

Das Eigenkapital der Gesellschaft stieg 2011 um rd. 476,5 T€ auf 850,8 T€. Der „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteil des Kommanditisten“ beträgt rd. 514 T€ (Vj. 515 T€). Der Bilanzverlust von 7.942 T€ resultiert dabei insbesondere aus Sonderabschreibungen auf das Vermietvermögen (nach Fördergebietgesetz) in 1999. Nach den Planungsrechnungen der Gesellschaft wird der Verlustvortrag zusammen mit den Ausschüttungen durch nachfolgende Jahresüberschüsse einschließlich eines möglichen Ergebnisses aus dem Verkauf der Immobilie ausgeglichen.

In 2011 konnte die RENATA GmbH & Co. KG erneut einen Jahresüberschuss ausweisen. Die Gesellschaft verzeichnet aufgrund gestiegener Umsatzerlöse und weiter gesunkenen Zinsaufwendungen für das Jahr 2011 einen leicht gestiegenen Jahresergebnis von 1.191 T€, das den Verlustvortrag weiter verringert. Unter Einbezug der Fremdkapitalzinsen ergibt sich somit eine Gesamtkapitalrentabilität von 12,0 % (Vj. 10,3 %).

Durch das gute Jahresergebnis und die verdienten Abschreibungen wurde erneut ein Jahres-Cash-Flow von über 2 Mio. € erzielt. Nach Abzug von sonstigen zahlungswirksamen Vorgängen, wie Tilgungsleistungen, verringerte sich der Finanzmittelbestand der Gesellschaft um 314,6 T€ auf 785,4 T€. Dies beeinflusst auch die Liquidität negativ, sodass nun 37,0 % (Vj. 57,4 %) des kurzfristigen Fremdkapitals durch das Umlaufvermögen abgedeckt werden. In der Regel sollte dieser Wert jedoch deutlich über 100 % liegen, um eine fristenkongruente Finanzierung sicherzustellen bzw. finanziell stabil aufgestellt zu sein.

In ihrer Gesamtheit zeigt die Analyse des Jahresabschlusses eine stabile und zum Teil positive Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der Liquiditätssituation auf.

CHANCEN UND RISIKEN

Das Kreishaus ist für 22 Jahre, beginnend am 21.09.1999, an den Landkreis Teltow-Fläming vermietet. Nach 15 bzw. 20 Jahren kann der Landkreis das Objekt zum vertraglich vereinbarten Restwert erwerben. Andernfalls erfolgt eine freie Vermarktung. Für die Gesellschaft bestehen demnach sowohl Risiken als auch Chancen aus dem Restwert des Leasingengagements.

Auf Grund der langfristigen Vermietung des Kreishauses inklusive Parkhaus an den Landkreis Teltow-Fläming und die daraus resultierende Stabilität der Ertragssituation in Verbindung mit dem geplanten Veräußerungserlös aus dem Vermietungsobjekt ergeben sich für die Gesellschaft derzeit keine existenzgefährdenden Risiken.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Die RENATA GmbH & Co. KG wird auch weiterhin die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben wahrnehmen und den Leasingvertrag kontinuierlich erfüllen.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2011	2010	2009
1. Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Das Kreishaus (inklusive Parkhaus) des Landkreises Teltow-Fläming als Sitz der Kreisverwaltung wurde auf der Grundlage eines langfristigen Leasingvertrages errichtet. Es ist seit dem 21.09.1999 für 22 Jahre an den Landkreis vermietet. Die RENATA GmbH & Co. KG wurde vor allem zum Zweck der ordnungsgemäßen Abwicklung dieses Vertrages bis zum möglichen Übergang in das Eigentum des Landkreises – spätestens im Jahr 2021 – gegründet.

6. SONSTIGES

Die RENATA GmbH & Co. KG in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2011	2011	2010	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	14.479,0	15.599,4	-1.120,4
I. Vermietvermögen			
Grundstücksgleiche Rechte und Bauten	14.479,0	15.599,4	-1.120,4
B. Umlaufvermögen	785,4	1.100,0	-314,6
I. Guthaben bei Kreditinstituten	785,4	1.100,0	-314,6
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4,3	4,2	0,1
D. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten	514,3	515,1	-0,8
Bilanzsumme	15.783,0	17.218,7	-1.435,7
Passiva			
A. Eigenkapital	850,8	374,3	476,5
I. Kapitalanteil des Kommanditisten	10,2	10,2	0,0
II. Kapitalanteil des atypisch stillen Gesellschafters	15.256,9	15.256,9	0,0
III. Entnahmen/Ausschüttungen des atypisch stillen Gesellschafters	-6.988,3	-6.274,4	-713,9
IV. Bilanzverlust	-7.942,4	-9.133,6	1.191,3
(davon Kommanditist € 524.534,00; Vorjahr € 525.367,88)			
(davon atypisch stiller Gesellschafter € 7.417.822,03; Vorjahr € 8.608.253,05)			
V. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten	514,3	515,1	-0,8
B. Rückstellungen	4,0	2,0	2,0
C. Verbindlichkeiten	14.928,2	16.842,5	-1.914,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.928,2	16.842,5	-1.914,2
Bilanzsumme	15.783,0	17.218,7	-1.435,7
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2011			
1. Umsatzerlöse	3.074,1	2.957,2	116,9
2. sonstige betriebliche Erträge	0,0	0,1	-0,1
3. Abschreibungen	1.120,4	1.120,4	0,0
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	32,7	33,4	-0,8
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5,7	1,4	4,4
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	702,7	760,9	-58,2
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.224,1	1.044,0	180,1
8. sonstige Steuern	32,9	32,9	0,0
9. Jahresergebnis	1.191,3	1.011,1	180,1

3.9 BADC Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Schwalbenweg 8, 12529 Schönefeld (seit 01.04.2012: Freiheitsstr. 124/126, 15745 Wildau)

E-MAIL

info@badc-gmbh.de

HOMEPAGE

www.badc-gmbh.de

GRÜNDUNG

26.02.2001



Die BADC GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 26.02.2001 gegründet. Grundlage für die Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming als Gesellschafter der BADC GmbH bildete der Beschluss Nr. 3-1205/08-III des Kreistages vom 18.02.2008.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde am 26.02.2001 notariell beurkundet und zuletzt am 20.06.2008 notariell geändert.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist die

Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Flughafenumfeld von Berlin-Brandenburg International (BBI) in Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin und Brandenburg, den Landkreisen, Kommunen und Privatpersonen, die

Durchführung eines Dialogforums im Flughafenumfeld BBI sowie Unterhaltung und Betrieb einer Kommunikationsplattform, die

Sicherstellung eines Interessenausgleiches zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften des Flughafenumfeldes (gemäß Definition LEP FS⁸) untereinander einerseits sowie zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften und der Betreiberin des Flughafens Berlin-Schönefeld und deren Gesellschaftern andererseits sowie die

Koordinierung und Umsetzung ökologischer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld erforderlich werden.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft alle Aufgaben wahrnehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienlich sind.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

50.000,00 €

⁸ LEP FS – Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung, in der Fassung vom 30. Mai 2006, in Kraft getreten am 16. Juni 2006.

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Gemeinde Schönefeld:	26 %	13.000,00 €
Gemeinde Wildau:	15 %	7.500,00 €
Stadt Königs Wusterhausen:	15 %	7.500,00 €
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow:	6 %	3.000,00 €
Gemeinde Großbeeren:	6 %	3.000,00 €
Stadt Ludwigsfelde:	6 %	3.000,00 €
Gemeinde Rangsdorf:	6 %	3.000,00 €
Landkreis Dahme-Spreewald:	5 %	2.500,00 €
Landkreis Teltow-Fläming:	5 %	2.500,00 €
Stadt Eichwalde:	3 %	1.500,00 €
Gemeinde Schulzendorf:	3 %	1.500,00 €
Gemeinde Zeuthen:	3 %	1.500,00 €
Stadt Mittenwalde:	1 %	500,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Rechtsanwalt Roy Riedel vom 01.01.2011 bis 31.08.2011

Herr Gerhard Janssen, Dipl.Oek. vom 01.09.2011 bis 31.12.2011

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus höchstens acht Mitgliedern besteht. Berlin, das Land Brandenburg, die Gemeinde Schönefeld, die Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming haben das Recht, jeweils einen Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden. Die Kommunen Eichwalde, Mittenwalde, Königs Wusterhausen, Schulzendorf, Wildau und Zeuthen haben gemeinsam das Recht, einen Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden. Die Kommunen Blankenfelde-Mahlow, Großbeeren, Ludwigsfelde und Rangsdorf haben gemeinsam das Recht, zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Herr Peer Giesecke	(Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Carl Ahlgrimm	(Bürgermeister der Gemeinde Großbeeren)
Herr Dr. Udo Haase	(Bürgermeister der Gemeinde Schönefeld)
Herr Ortwin Baier	(Bürgermeister der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow)
Herr Stephan Loge	(Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald)
Herr Dr. Uwe Malich	(Bürgermeister der Gemeinde Wildau)

ABSCHLUSSPRÜFER

Münzer und Storbeck Treuhand- und Revisions GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

QUELLE: PRÜFBERICHTE

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2011	2010	2009	2010 zu 2011	2009 zu 2010	2010 zu 2011	2009 zu 2010
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	3,4%	1,4%	3,5%	2,0%	-2,1%	142,9%	-60,0%
Eigenkapitalquote	-12,6%	-27,8%	0,8%	15,2%	-28,6%	54,7%	-3575,0%
Eigenkapitalquote (unter Berücksichtigung des negativen Eigenkapitals)	-12,6%	-27,8%	0,8%	15,2%	-28,6%	54,7%	-3575,0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	348,0 T€	-45,1 T€	- T€	303,1 T€	45,1 T€	672,1%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	-369,3%	-1939 %	22,5%	2308,2%	-1961,4%	119,0%	-8717,3%
Zinsaufwandsquote	2,5%	0,3%	0,3%	2,2%	0,0%	814,2%	5,3%
Zinsaufwandsquote ²	0,2%	0,0%	0,1%	0,2%	-0,1%	0,0%	-100,0%
Liquidität 3. Grades	64,0%	70,6%	97,0%	-6,6%	-26,4%	-9,3%	-27,2%
Cashflow	-256,0 T€	- 42,9 T€	6,8 T€	- 213,1 T€	- 49,7 T€	-496,7%	-730,9%
Zahlungswirksame Veränderung d.Finanzmittelbestandes	-222,0 T€	- 10,1 T€	17,0 T€	- 211,9 T€	- 27,1 T€	-2098,0%	-159,4%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-31,3%	-28,1%	2,1%	-3,2%	-30,2%	-11,4%	-1438,1%
Umsatz	34,0 T€	43,2 T€	62,2 T€	- 9,2 T€	- 19,0 T€	-21,3%	30,6%
Jahresergebnis	- 303 T€	- 45,7 T€	1,4 T€	- 257,3 T€	- 47,1 T€	-563,0%	-3364,3%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	180,6%	214,0%	146,5%	-33,4%	67,5%	-15,6%	46,1%
Personalintensität	17,2%	42,1%	49,1%	-24,9%	-7,0%	-59,1%	-14,3%
Anzahl der Mitarbeiter	2	2	2	0	0	0,0%	0,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Trotz guter Konjunktur und der erwarteten Eröffnung des neuen Flughafens BER war die Bautätigkeit im Umfeld des Airports im Jahr 2011 weiterhin zurückhaltend. Die in Angriff genommenen größeren Vorhaben führten nur bedingt zu Beauftragungen der BADC GmbH.

Ein im Jahr 2010 mit der Entsiegelung der Flächen der Muna Töpchin beauftragtes Unternehmen meldete zum 01.12.2011 Insolvenz an. Dabei musste festgestellt werden, dass der Auftrag in Höhe von 201 T€ ohne Sicherung überzahlt wurde. Die Wertberichtigung des Überzahlungsbetrages sowie die Tatsache, dass die Gesellschaft in den Vorjahren keine oder nicht auskömmliche Projektsteuerungskosten für die Abarbeitung des überwiegenden Anteils ihrer Aufträge verhandelt hat, führten im Wesentlichen zu einer sehr angespannten Lage der Gesellschaft.

Aufgrund der aktuellen Ertragslage befindet sich die Gesellschaft in Sanierungsbemühungen, die voraussichtlich bis 2014 andauern werden.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die Gesellschaft finanzierte sich überwiegend durch Gesellschaftereinzahlungen, sogenannte Betriebskostenzuschüsse, die die Gesellschafter entsprechend ihres Anteils am Stammkapital leisteten.

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 9 T€ auf 34,0 T€ gesunken. Die Bestände an unfertigen Erzeugnissen, unfertigen Leistungen betragen 279,7 T€. Sonstige betriebliche Erträge wurden in Höhe von 44,3 T€ erzielt, was wesentlich darauf zurückzuführen ist, dass der ursprünglich als Darlehen geplante Gesellschafterzuschuss 2011 von fast allen Gesellschaftern erst nach dem Bilanzstichtag umgewandelt worden ist. Die Materialaufwendungen stiegen um rd. 202 T€ auf 307,4 T€. Im Ergebnis verschlechterte sich das Jahresergebnis in 2011 auf -303,0 T€ (Vj. -45,7 T€). Damit liegt in 2011 ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag von 348,1 T€ vor. Die Eigenkapitalquote betrug -12,6% (Vj. – 27,8 %).

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt – 31,3 % (Vj. – 28,1 %). Dieser Rückgang lässt sich neben dem gesunkenen Jahresergebnis auf die sehr stark gestiegene Bilanzsumme zurückführen – von 162 T€ in 2010 auf 969,8 T€ in 2011. Bei den Aktiva haben vor allem die gestiegenen unfertigen Leistungen, der Kassenbestand sowie der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag zum Anstieg der Bilanzsumme beigetragen. Bei den Passiva sind die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen angestiegen.

Obwohl bei einer Anlagenintensität von 3,4 % verhältnismäßig wenig langfristig gebundene Vermögensgegenstände vorhanden sind, können diese nicht durch mittel- bis langfristiges Kapital gedeckt werden. Gründe dafür liegen in dem durch Verlustvorräte stark dezimierten Eigenkapital. Zudem weist die Gesellschaft kein langfristiges Fremdkapital aus. Da das Eigenkapital in 2011 wiederum negativ war, lag der Anlagendeckungsgrad im negativen Bereich.

Die Liquidität 3. Grades sank auf 64 % (Vj. 70,6%). Demnach können die kurzfristigen Verbindlichkeiten nicht durch das Umlaufvermögen abgedeckt werden, sodass die kurzfristige Finanzposition nicht fristenkongruent aufgestellt ist. Im Vergleich zum Vorjahr lässt sich ein negativer Trend beobachten. Der generierte Jahres-Cash-Flow beträgt in 2011 -256 T€ (Vj. -42,9 T€). Die gesamte zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands beläuft sich auf -222 T€ (Vj. -10,1 T€).

Die Entwicklung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage ist projektbezogen. Dadurch können sich im Zeitablauf erhebliche Schwankungen ergeben. Gesellschafterzuschüsse können die Mindestbetriebskosten sichern. Daneben werden Projekte zur finanziellen Entwicklung der BADC konzentriert und systematisch in Angriff genommen.

CHANCEN UND RISIKEN

Da bislang die Mehrzahl der Projekte auf Kommunen des Landkreises Dahme-Spreewald bezogen war, sind insbesondere Versuche unternommen worden, den Landkreis Teltow-Fläming sowie dessen Kommunen im Norden für eine Beauftragung der BADC GmbH zu gewinnen. Für akquirierte Projekte wird ein Honorar für die BADC GmbH Projektsteuerung gem. Festlegung der Gesellschafterversammlung vom 27.02.2012 in Höhe zwischen 5 und 10 % der Baukosten veranschlagt.

Das Projekt „Muna Töpchin“ kann voraussichtlich im Geschäftsjahr 2012 fertig gestellt werden.

Die BADC GmbH ist im „Dialogforum Airport Berlin-Brandenburg“ mit der Erstellung eines Flächenpools für das Flughafenumfeld beauftragt worden. Hier sollen in einem dynamischen Fortschreibungsprozess sämtliche für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Verfügung stehenden Flächen mit wesentlichen Merkmalen erfasst werden. Der Flächenpool ist ein weiterer wichtiger Baustein für eine integrierte und abgestimmte Vorgehensweise im Flughafenumfeld und vereinfacht und professionalisiert die Leistungen der BADC GmbH für Investoren im Flughafenumfeld.

Nachdem das bestehende Geschäftsfeld „Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen“ weitestgehend neu strukturiert worden ist, ist seitens der Gesellschafter zu überlegen, ob nicht im Sinne einer inhaltlichen und wirtschaftlichen Stabilisierung der Gesellschaft weitere Geschäftsfelder im Rahmen der Durchführung von Maßnahmen der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Umfeld des BER angestrebt werden. So böte sich die Trägerschaft der BADC GmbH für das Projekt „Fair Leben“ zum Thema „Lärm im Flughafenumfeld“ der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow aufgrund der Mitbetroffenheit der anderen Gesellschafter an.

Am 14.12.2011 hat die Gemeindevertretung Schönefeld beschlossen, aus der BADC GmbH auszutreten und keine weiteren Zuschüsse mehr zu leisten. Die Thematik des Verbleibs der Anteile der Gemeinde Schönefeld (26 %) (Erwerb durch Mitgesellschafter) soll auf der Gesellschafterversammlung am 13.07.2012 erörtert werden.

Wesentliche Risiken liegen in der Entwicklung des Großflughafens BBI und der nötigen Gewinnung von Projekten zur Erzielung von auskömmlichen Umsatzerlösen. Sollte die Entwicklung von BBI nicht voranschreiten, würden sich der BADC die benötigten Chancen zur Projektentwicklung nicht bieten. Bestandsgefährdend für die BADC GmbH wäre es zudem, wenn die Gesellschafter ihre Unterstützung nicht mindestens bis 2014 beibehalten.

Die Liquidität der Gesellschaft wird weiterhin sehr angespannt sein. Nur wenn die Sanierungsmaßnahmen unter laufender Aktualisierung der Fortführungsprognose durch die Geschäftsführung greifen, lässt sich die Gesellschaft erfolgreich entwickeln.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Die voraussichtliche Entwicklung für die Jahre 2012 und 2013 ist als positiv zu bezeichnen, sofern die Sanierungsmaßnahmen greifen und die Gesellschafter weiterhin die Grundfinanzierung (60 T€) zur Verfügung stellen. Das beweisen die aktuellen Vertragsabschlüsse. Zugleich konnte bei einer Ausschreibung für die Restarbeiten für das Projekt Muna Töpchin ein günstiges Angebot gefunden werden. Somit lassen sich die bisherigen Verlusterwartungen deutlich reduzieren.

Die BADC wird weiterhin die Entwicklung im Flughafenumfeld des BBI begleiten und forcieren.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2011	2010	2009
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.) ¹	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen ²	3,0 T€	3,0 T€	5,6 T€

1 Erwerb Stammkapitalanteil (entspr. 5 %)

2 Betriebskostenzuschuss

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft begründet sich u.a. in der Durchführung der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Umfeld des Flughafens Berlin-Brandenburg International (BBI), der Sicherstellung des Interessenausgleichs zwischen den Umfeldkommunen des Flughafens sowie zwischen den Kommunen und dem Flughafenbetreiber, der Koordinierung und Umsetzung der im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld notwendigen ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie der Durchführung eines Dialogforums im Flughafenumfeld des BBI.

6. SONSTIGES

Die BADC GmbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2011	2011	2010	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	1,1	2,3	-1,2
I. Sachanlagen	1,1	2,3	-1,2
B. Umlaufvermögen	620,5	114,5	506,0
I. Vorräte	368,6	88,9	279,7
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10,3	6,0	4,3
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	241,6	19,5	222,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,2	0,0
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	348,1	45,1	303,0
Bilanzsumme	969,8	162,0	807,8
Passiva			
A. Eigenkapital	0,0	0,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0
II. Bilanzverlust	398,1	95,1	303,0
III. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	348,1	45,1	303,0
B. Rückstellungen	52,9	6,9	46,0
C. Verbindlichkeiten	907,7	155,1	752,6
Bilanzsumme	969,8	162,0	807,8
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2011			
1. Umsatzerlöse	34,0	43,2	-9,2
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	279,7	88,9	190,8
3. sonstige betriebliche Erträge	44,3	87,3	-43,0
4. Materialaufwand	307,4	104,7	202,7
5. Personalaufwand	61,4	92,4	-31,0
6. Abschreibungen	202,4	1,6	200,8
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	88,2	67,2	21,0
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,2	0,0	0,2
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,9	0,1	0,8
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0
11. Sonstige Steuern	0,9	-0,9	0,0
12. Jahresergebnis	-303,0	-45,7	-257,3

4 Anhang

4.1 Kennzahldefinition – Analysedaten gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV

Im Folgenden wird ein Überblick über die gemäß Rundschreiben des Ministeriums des Innern vom 22.12.2009 i.V.m. § 61 Nr. 2 KomHKV im Beteiligungsbericht zu analysierenden Kennzahlen sowie deren Definitionen gegeben:

ANALYSE DER VERMÖGENS- UND KAPITALSTRUKTUR DES UNTERNEHMENS

Anlagenintensität

Die Anlagenintensität beschreibt den Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen. Sie ist somit eine Kennzahl zur Analyse der Vermögensstruktur des Unternehmens. Ist ein Unternehmen anlagenintensiv, so ist das im Anlagevermögen investierte Kapital längerfristig gebunden. Kapitalfreisetzung erfolgt in der Regel durch die verdienten Abschreibungen. Eine sehr hohe Anlagenintensität kann dazu führen, dass das Unternehmen nicht flexibel genug auf sich verändernde Marktbedingungen reagieren kann. Zu beachten ist, dass Zielwerte für ein gutes Verhältnis von Anlage- zum Gesamtvermögen sehr branchenabhängig sind.

Berechnung:
$$\frac{\text{Anlagevermögen (€)}}{\text{Bilanzsumme (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: stark branchenabhängig

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote beschreibt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Sie ist somit eine Kennzahl zur Analyse der Kapitalstruktur des Unternehmens. Das Eigenkapital steht dem Unternehmen langfristig zur Verfügung. Es bezieht den Anteil der Eigentümer am Gesellschaftsvermögen. Den Gläubigern gegenüber dient es als Haftungsmasse für die Verbindlichkeiten, bspw. im Falle einer Insolvenz. Die Höhe der Eigenkapitalausstattung ist ein Indiz für die Innenfinanzierungskraft sowie die Risikotragfähigkeit eines Unternehmens. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto höher ist auch die Stabilität des Unternehmens. Gleichzeitig sinkt mit steigender Eigenkapitalausstattung die Abhängigkeit von den Fremdkapitalgebern.

Berechnung:
$$\frac{\text{Eigenkapital (€)}}{\text{Bilanzsumme (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: > 15 %, stark branchenabhängig
(Je höher die Anlagenintensität ist, umso höher sollte auch die Eigenkapitalquote sein.)

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passivposten über die Aktivposten der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der

Aktivseite der Differenzbetrag unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen. Dadurch wird verhindert, dass auf der Aktivseite ein negatives Eigenkapital ausgewiesen werden muss. Der Ausweis eines solchen Fehlbetrages lässt jedoch keine Rückschlüsse darüber zu, ob das Unternehmen tatsächlich überschuldet ist. Der Tatbestand der materiellen Überschuldung würde die Geschäftsführung zwingen, einen Konkurs- oder Vergleichsantrag zu stellen (§ 15a i.V.m. § 19 InsO⁹).

Berechnung: aus der Bilanz Einheit: EUR (€)
Zielwert: 0,00 €

ANALYSE DER FINANZIERUNG UND LIQUIDITÄT DES UNTERNEHMENS

Anlagendeckungsgrad II

Mit dem Anlagendeckungsgrad II erfolgt eine Gegenüberstellung von Anlagevermögen und langfristigem Kapital. Sie zeigt an, zu welcher Quote das Anlagevermögen langfristig finanziert ist. Diese Kennzahl zur Analyse der Finanzierung eines Unternehmens kann, neben den Anlagendeckungsgraden I (Anlagevermögen gegenüber Eigenkapital) und III (Anlagevermögen und Vorräte gegenüber langfristigem Kapital), ein Anhaltspunkt für eine fristgerechte Finanzierung sein.

Auf Grund der vorhandenen Datenbasis ist *im Rahmen dieses Berichts* ersatzweise für das langfristige in der Regel das mittel- und langfristige Fremdkapital als Basis der Analyse herangezogen worden. D.h., sofern das Unternehmen einen signifikant hohen Anteil an mittelfristigem Fremdkapital aufweist, ist der ermittelte und ausgewiesene Anlagendeckungsgrad höher, als nach der hier angegebenen Berechnungsformel.

Berechnung:
$$\frac{\text{Eigenkapital (€)} + \text{langfristiges Fremdkapital (€)}}{\text{Anlagevermögen (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)
Zielwert: 110 % - 150 %

Zinsaufwandsquote

Die Zinsaufwandsquote trägt indirekt zur Beurteilung der Finanzierungssituation eines Unternehmens bei. Diese Kennzahl gibt die Zinsaufwendungen eines Unternehmens in Relation zu seinen erzielten Umsatzerlösen an. Eine hohe Zinsaufwandsquote weist auf eine hohe Liquiditätsbindung hin, die meist langfristiger Natur ist und insbesondere bei einer Verschlechterung der Erlössituation problematisch wird.¹⁰

Berechnung:
$$\frac{\text{Zinsaufwand (€)}}{\text{Umsatz (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)
Zielwert: < 10 %, jedoch stark abhängig von der Bilanzstruktur
(u.a. Höhe und Struktur des Anlagevermögens)

⁹ InsO – Insolvenzordnung

in der Fassung vom 5. Oktober 1994, zuletzt geändert am 9. Dezember 2010.

¹⁰ Sofern die betrachtete Gesellschaft einen Großteil ihrer Erlöse unter „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ ausweist, wird zu Vergleichszwecken eine weitere Kennzahl angegeben, bei der anstelle der Umsatzerlöse die Summe aus Gesamtleistung und sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung) angesetzt wird.

Liquidität 3. Grades

Liquidität ist die Fähigkeit des Unternehmens, sämtlichen Zahlungsverpflichtungen zu den jeweiligen Fälligkeitsterminen uneingeschränkt nachzukommen und bezeichnet in diesem Sinne auch die Verfügbarkeit über genügend Zahlungsmittel.

Liquiditätskennzahlen geben Auskunft darüber, inwieweit auf der Aktivseite kurzfristiges Vermögen vorhanden ist, aus dem heraus ausreichende Mittel freigesetzt werden können, um die passivierten kurzfristigen Verbindlichkeiten, d.h. solche, die innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung gelangen, zu begleichen. Unter Einbeziehung von jeweils weiteren Anteilen des Umlaufvermögens mit zunehmender Kapitalbindungsdauer gelangt man von der Liquidität 1. Grades über die Liquidität 2. Grades zur Liquidität 3. Grades.

Die Liquidität 3. Grades ist die Gegenüberstellung des gesamten Umlaufvermögens und der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Sie gibt Auskunft über die Solidität der kurz- bis mittelfristigen Finanzposition eines Unternehmens.

Berechnung:	$\frac{\text{Umlaufvermögen (€)}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital (€)}}$	Einheit:	Prozent (%)
Zielwert:	> 120 %		

Cash-Flow

Der Cash-Flow gibt den Zahlungsmittelüberschuss an, den das Unternehmen im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit in der zu betrachtenden Periode erwirtschaftet hat. Im Rahmen der Kapitalflussrechnung bildet die Summe aus Cash-Flow sowie Mittelzu- / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes.

Die Kennzahl ist ein Ausdruck der Finanzkraft des Unternehmens (Selbst- bzw. Innenfinanzierungskraft) und zeigt den erwirtschafteten Liquiditätszufluss bzw. -abfluss auf. Er lässt damit die Kreditwürdigkeit und Rückzahlungsfähigkeit (Kapitaldienstfähigkeit) eines Unternehmens erkennen.

Für Zwecke der Information der verschiedenen Adressaten über den im Berichtszeitraum erwirtschafteten Erfolg des Unternehmens soll gemäß den Angaben des Ministeriums des Innern die vereinfachte Ermittlung des Cash-Flows genügen. Auf Grund dieser pauschalisierten Berechnungsmethode kann es, wie bereits erläutert, gegenüber anderen Darstellungen zu Abweichungen kommen.

Berechnung:	Jahresergebnis (€)	Einheit:	EUR (€)
	+ Abschreibung (€)		
	+/- Zu-/Abnahme der langfristigen Rückstellung (€)		
	+ außerordentliche Aufwendungen (€)		
	- <u>außerordentliche Erträge (€)</u>		
	<u>≡ Cash-Flow (€)</u>		
Zielwert:	> 0,00 €		

ANALYSE DER RENTABILITÄT UND DES GESCHÄFTSERFOLGS DES UNTERNEHMENS

Gesamtkapitalrentabilität

Um den Erfolg der Arbeit eines Unternehmens festzustellen, wird die Rentabilität als Relation von Gewinn zu Kapital berechnet. Mit Hilfe von Rentabilitätskennzahlen wird ermittelt, ob der erreichte Geschäftserfolg zum eingesetzten Kapital in einem angemessenen Verhältnis steht. Mit dieser Betrachtung kann ein Vergleich des Kapitaleinsatzes im Unternehmen selbst mit anderen Kapitalanlagemöglichkeiten erfolgen.

Bei der Gesamtkapitalrentabilität wird dem erwirtschafteten Jahresergebnis und den Fremdkapitalzinsen das eingesetzte Gesamtkapital gegenübergestellt. Diese Rentabilitätskennzahl gibt demnach die Verzinsung des im Unternehmen arbeitenden Kapitals an. Sie ermöglicht die Beurteilung über einen effizienten Kapitaleinsatz.

Berechnung:
$$\frac{\text{Jahresergebnis (€)} + \text{Fremdkapitalzinsen (€)}}{\text{Bilanzsumme (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: > als der Zins für das eingesetzte Fremdkapital (sog. Leverage-Effekt¹¹ beachten)

Zur Dokumentation des im Berichtszeitraum erwirtschafteten Geschäftserfolgs dienen der Umsatz sowie das Jahresergebnis.

Umsatz

Der Umsatz bezeichnet klassisch den Gegenwert, der einem Unternehmen in Form von Geld oder Forderungen durch den Verkauf von Waren, Dienstleistungen sowie aus Vermietung oder Verpachtung zufließt. Er entsteht aus der wertmäßigen Erfassung der betrieblichen und nichtbetrieblichen Tätigkeit eines Unternehmens.

Berechnung: aus der Gewinn- und Verlustrechnung Einheit: EUR (€)

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis (Jahresgewinn bzw. -verlust) ergibt sich innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung nach der Saldierung aller Aufwendungen und Erträge eines Geschäftsjahres. Durch Verrechnung des Jahresergebnisses mit den verschiedenen Bilanzpositionen des Eigenkapitals wird sodann das Bilanzergebnis ermittelt.

Berechnung: aus der Gewinn- und Verlustrechnung Einheit: Prozent (%)

Zielwert: > 0,00 €,
I.d.R ist die Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalrentabilität anzustreben.

¹¹ Leverage-Effekt – Als Leverage wird die Hebelwirkung der Finanzierungskosten des Fremdkapitals (bspw. Zinsen) auf die Eigenkapitalrentabilität verstanden. So kann durch Einsatz von (mehr) Fremdkapital die Eigenkapitalverzinsung einer Investition gesteigert werden. Dies trifft dann zu, wenn der jeweilige Investor Fremdkapital zu günstigeren Konditionen aufnehmen kann, als die Investition an Gesamtkapitalrentabilität erzielt.

ANALYSE DES PERSONALBESTANDS DES UNTERNEHMENSPersonalaufwandsquote

Aufwandseitig ist insbesondere der Personalaufwand von besonderer Bedeutung für den Erfolg des Unternehmens. Die Personalaufwandsquote zeigt das Verhältnis von Personalaufwendungen zum Umsatz.¹²

Berechnung:	$\frac{\text{Personalaufwand (€)}}{\text{Umsatz (€)}}$	Einheit:	Prozent (%)
Zielwert:	Die Personalaufwandsquote allein hat kaum Aussagekraft, sondern ist im Vergleich zu anderen Kennzahlen zu betrachten (bspw. Vergleich zum Vorjahr oder zu Unternehmen aus der Region bzw. ähnlichen Branchen).		

Personalintensität

Die Personalintensität zeigt, ähnlich zur Personalaufwandsquote, das Verhältnis von Personalaufwendungen zur Betriebsleistung. Insofern werden neben den Umsatzerlösen auch die sonstigen betrieblichen Erträge, Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen berücksichtigt.

Berechnung:	$\frac{\text{Personalaufwand (€)}}{\text{Betriebsleistung (€)}}$	Einheit:	Prozent (%)
Zielwert:	Die Personalintensität allein hat kaum Aussagekraft, sondern ist im Vergleich zu anderen Kennzahlen zu betrachten (bspw. Vergleich zum Vorjahr oder zu Unternehmen aus der Region bzw. ähnlichen Branchen).		

Anzahl der Mitarbeiter

Mit der „Anzahl der Mitarbeiter“ wird die durchschnittliche Zahl des in der Rechnungsperiode im Unternehmen beschäftigten Personals angegeben.

Berechnung:	im Berichtsjahr durchschnittlich beschäftigtes Personal (Vollbeschäftigteneinheit VbE)		
Zielwert:	Die Anzahl der Mitarbeiter allein ist kaum aussagefähig und daher im Vergleich zu anderen Zahlen zu betrachten (bspw. Vergleich zum Vorjahr oder zu Unternehmen aus der Region bzw. ähnlichen Branchen).		

¹² Sofern die betrachtete Gesellschaft einen Großteil ihrer Erlöse unter „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ ausweist, wird zu Vergleichszwecken eine weitere Kennzahl, die Personalintensität, angegeben, bei der anstelle der Umsatzerlöse die Summe aus Gesamtleistung und sonstigen betrieblichen Erträgen angesetzt wird.

BEGRIFFSDEFINITIONEN

Bilanz

Aktiva/Aktivposten	Aktiva sind Bestandteile der Bilanz eines Wirtschaftssubjekts. Sie werden üblicherweise auf der linken Seite einer Bilanz aufgezeigt. Die Summe der Aktiva bildet das Gesamtvermögen eines Unternehmens. Seine Zusammensetzung spiegelt die Verwendung des eingesetzten Kapitals wieder. Die Aktivposten unterteilen sich in der Regel in Anlagevermögen, Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das Gegenstück bilden die Passiva bzw. Passivposten. (Vgl. § 266 Abs. 2 HGB)
Anlagevermögen	Zum Anlagevermögen gehören Gegenstände, die dem dauerhaften Geschäftsbetrieb dienen (bspw. Grundstücke und Gebäude, Maschinen oder immaterielle Vermögensgegenstände, wie Lizenzen). Es beinhaltet somit die mittel- bis langfristig gebundenen Mittel (länger als ein Jahr) eines Unternehmens. (Vgl. § 247 Abs. 2 und § 266 Abs. 2 lit. A HGB)
Umlaufvermögen	Zum Umlaufvermögen gehören kurzfristig gebundene Vermögensgegenstände (bis zu einem Jahr) eines Unternehmens, darunter Forderungen, Wertpapiere und Bargeldbestände. (Vgl. § 266 Abs. 2 lit. B HGB)
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP)	Als sogenannte aktive RAP sind auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Bilanzstichtag auszuweisen, sofern diese Aufwand für eine andere Periode darstellen. So zum Beispiel bei im Voraus bezahlten Mieten (Mieter). (Vgl. § 250 Abs. 1 und § 266 Abs. 2 lit. C HGB)
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Fehlbetrag unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens). (Vgl. § 268 Abs. 3 HGB)

Passiva/Passivposten	Passiva sind Bestandteile der Bilanz eines Wirtschaftssubjekts. Sie werden üblicherweise auf der rechten Seite einer Bilanz aufgezeigt. Die Summe der Passiva bildet das Gesamtkapital eines Unternehmens. Seine Zusammensetzung spiegelt die Mittelherkunft wieder. Die Passivposten unterteilen sich in der Regel in Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und die passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das Gegenstück bilden die Aktiva bzw. Aktivposten. (Vgl. § 266 Abs. 3 HGB)
Eigenkapital	Eigenkapital ist jenes Kapital auf der Passivseite, das nach Abzug des Fremdkapitals übrig bleibt. Zum Eigenkapital zählen jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden. Das Eigenkapital steht dem Unternehmen langfristig zur Verfügung. Es beziffert den Anteil der Eigentümer am Gesellschaftsvermögen. Den Gläubigern gegenüber dient es als Haftungsmasse für die Verbindlichkeiten, bspw. im Falle einer Insolvenz. Es setzt sich aus dem gezeichneten Kapital, der Kapitalrücklage, den Gewinnrücklagen, dem Gewinn- bzw. Verlustvortrag sowie dem Jahresergebnis zusammen. (Vgl. § 272 Abs. 1 bis 4 HGB (ohne anteilige Sonderposten) und § 266 Abs. 3 lit. A HGB)
Gezeichnetes Kapital	Das gezeichnete Kapital ist das Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Kapitalgesellschaft gegenüber den Gläubigern beschränkt ist. Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung entspricht das gezeichnete Kapital dem Stammkapital. (Vgl. § 266 Abs. 3 lit. A und § 272 Abs. 1 HGB)
Bilanzergebnis	Das Bilanzergebnis ist Bestandteil des Eigenkapitals einer Kapitalgesellschaft. Es beziffert die Summe aus Jahresergebnis sowie Gewinn- bzw. Verlustvorträgen aus dem Vorjahr. (Vgl. § 268 Abs. 1 und § 266 Abs. 3 lit. A HGB)

Sonderposten	Ein Sonderposten für Investitionszuschüsse (SoPo) dient der periodengerechten Abgrenzung erhaltener Subventionen bzw. Zuschüssen zur Finanzierung von Anlagevermögen. Dieser ist erfolgsneutral zu passivieren sowie gesondert in der Bilanz auszuweisen und entsprechend dem Verlauf der Abschreibungen auf den bezuschussten Vermögensgegenstand ergebniswirksam aufzulösen. Solch ein Sonderposten weist sowohl Fremd- als auch Eigenkapitaleigenschaften auf und kann dementsprechend als Eigenkapital oder auch als Fremdkapital ausgewiesen werden.
--------------	---

(Vgl. § 265 Abs. 5 HGB)

Rückstellungen	Rückstellungen sind in der Bilanz ausgewiesene drohende Verluste sowie Verbindlichkeiten, die hinsichtlich ihres Bestehens oder der Höhe ungewiss sind. Ebenso sind sie im Falle von unterlassenen Aufwendungen für Instandhaltung erfolgswirksam zu bilden. Bestandteile sind unter anderem Pensions- und Steuerrückstellungen.
----------------	--

(Vgl. § 266 Abs. 3 lit. B HGB)

Fremdkapital	Das Fremdkapital eines Unternehmens wird auf der Passivseite aufgeführt. Es stellt einen Teil der Mittel dar, mit denen das Unternehmensvermögen (Aktiva) finanziert wurde. Passivposten werden in Abgrenzung zum Eigenkapital als Fremdkapital eingestuft, wenn die Kapitalüberlassung nach allgemeinen schuldrechtlichen Regeln kündbar und befristet ist, einen Vergütungsanspruch des Kapitalgebers begründet und der Kapitalgeber nicht an dem Unternehmen beteiligt ist und dementsprechend nicht haftet. Es kann sowohl rechtlich entstanden, als auch wirtschaftlich verursacht worden sein.
--------------	--

Zum Fremdkapital zählen demnach Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Gemäß § 266 Abs. 3 HGB besteht für Kapitalgesellschaften eine detaillierte Aufgliederungspflicht.

(Vgl. § 266 Abs. 3 lit. B bis E HGB)

Kurzfristiges Fremdkapital	Zum kurzfristiges Fremdkapital zählen Positionen des Fremdkapitals, die dem Unternehmen bis zu einem Jahr zur Verfügung stehen (Restlaufzeit < 1 Jahr). Dazu zählen im Sinne des Rundschreibens vereinfacht alle Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr, die Steuerrückstellungen, die sonstigen Rückstellungen sowie die passiven Rechnungsabgrenzungsposten. (Vgl. § 266 Abs. 3 HGB i.V.m. § 268 Abs. 5 HGB)
Mittelfristiges Fremdkapital	Zum mittelfristigen Fremdkapital zählen Positionen des Fremdkapitals, die dem Unternehmen länger als ein Jahr und bis zu fünf Jahren zur Verfügung stehen (Restlaufzeit 1 - 5 Jahre). Zum Teil wird in der Literatur Fremdkapital mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr auch dem langfristigen Fremdkapital zugeordnet.
Langfristiges Fremdkapital	Zum langfristigen Fremdkapital zählen Positionen des Fremdkapitals, die dem Unternehmen länger als fünf Jahre zur Verfügung stehen (Restlaufzeit > 5 Jahre). Zum Teil wird in der Literatur Fremdkapital mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr auch dem langfristigen Fremdkapital zugeordnet.
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP)	Als passive RAP sind auf der Passivseite Einnahmen vor dem Bilanzstichtag auszuweisen, soweit diese Ertrag für eine andere Periode darstellen. So zum Beispiel bei im Voraus erhaltene Mieten (Vermieter). (Vgl. § 250 Abs. 2 und § 266 Abs. 3 lit. D HGB)
Bilanzsumme	Die Bilanzsumme ergibt sich aus der Summe der Aktiva (Gesamtvermögen) bzw. Passiva (Gesamtkapital). Die Summe der Aktiva muss stets den gleichen Wert wie die Summe der Passiva ergeben. Die Bilanzsumme hat bspw. Auswirkungen auf den rechtlichen Status eines Unternehmens. Das Handelsgesetzbuch teilt Kapitalgesellschaften gemäß § 267 nach Bilanzsumme, Höhe der Umsatzerlöse und Zahl der Arbeitnehmer in Größenklassen ein. Die Einstufung in eine Größenklasse wirkt sich vor allem darauf aus, wie detailliert ein Unternehmen den Jahresabschluss aufstellen und welche Dokumente es veröffentlichen muss (Publizitätspflicht). (vgl. § 266 Abs. 2 bzw. 3 HGB und § 267 HGB)

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Umsatz Der Umsatz bezeichnet klassisch den Gegenwert, der einem Unternehmen in Form von Geld oder Forderungen durch den Verkauf von Waren, Dienstleistungen sowie aus Vermietung oder Verpachtung zufließt. Er entsteht aus der wertmäßigen Erfassung der betrieblichen und nichtbetrieblichen Tätigkeit eines Unternehmens.

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB und § 277 Abs. 1 HGB)

Gesamtleistung Bei der Gesamtleistung handelt es sich um eine in der GuV ausweisbare Zwischensumme. Sie ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl, die sich aus den ausgewiesenen Umsatzerlösen einer Periode, dem Saldo von Bestandsveränderungen und den aktivierten Eigenleistungen ergibt.

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 HGB und § 277 Abs. 1 und 2 HGB)

Sonstige betriebliche Erträge bzw. Aufwendungen Sonstige betriebliche Erträge bzw. Aufwendungen sind alle regelmäßig auftretende Erträge bzw. Aufwendungen, für die in der Gliederung der GuV keine gesonderte Ertrags- bzw. Aufwandsposition vorgesehen ist. Dabei handelt es sich bspw. um Gewinne bzw. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens sowie aus der Auflösung von Rückstellungen oder Sonderposten.

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 4 HGB)

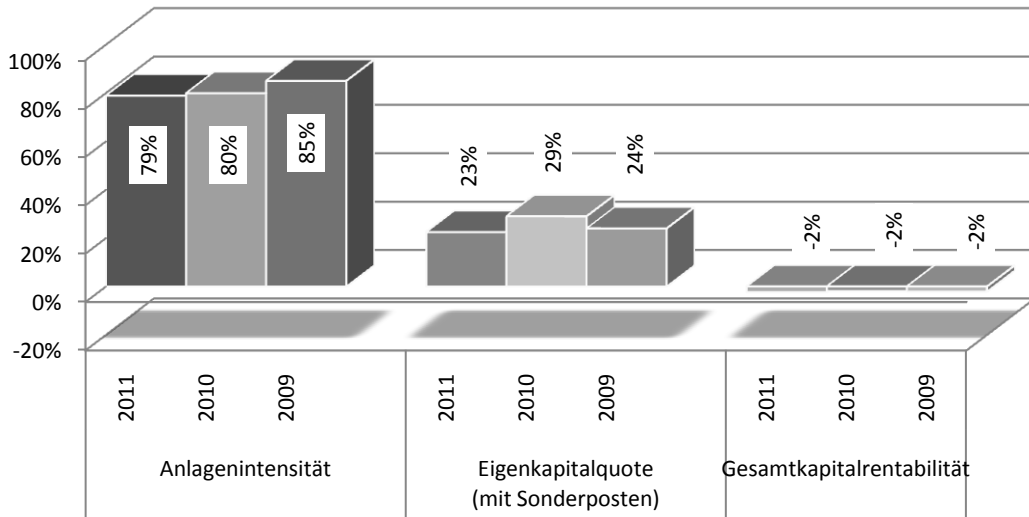
Personalaufwand Zum gesamten Personalaufwand zählen neben dem direkten Arbeitsentgelt auch alle indirekt verursachten Personalaufwendungen (Personalnebenkosten). In der handelsrechtlichen Abgrenzung wird der Personalaufwand in Löhne und Gehälter, soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung sowie für Unterstützung aufgegliedert. Zu den Löhnen und Gehältern gehören auch die Lohnsteuer und die Arbeitnehmeranteile an der Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung).

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB)

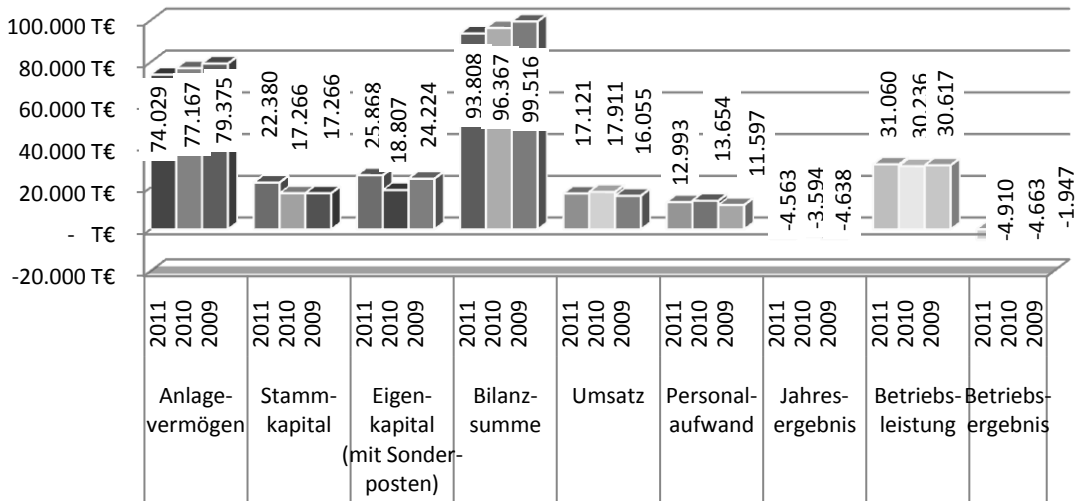
Abschreibungen	Mit der Abschreibung erfasst man im betrieblichen Rechnungswesen planmäßige oder außerplanmäßige Wertminderungen von Vermögensgegenständen. Die Abschreibung korrespondiert dabei mit dem Wertverlust von Unternehmensvermögen innerhalb einer Periode. Dabei kann der Wertverlust durch allgemeine Gründe (Alterung und Verschleiß) oder durch spezielle Gründe (Unfallschaden oder Preisverfall) veranlasst sein. Die Abschreibung wird aus betriebswirtschaftlicher Sicht sowie unter Beachtung handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Besonderheiten ermittelt und als Aufwand in der GuV berücksichtigt. Das Gegenteil der Abschreibung ist die Zuschreibung, die als Wertaufholung in Frage kommt, wenn in Vorjahren zu hohe Abschreibungen vorgenommen wurden. (Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 7 HGB)
Zinsaufwand/Zinsen und ähnliche Aufwendungen	Der Zinsaufwand beziffert das Entgelt für die Überlassung von (Fremd-) Kapital und in der GuV als betrieblicher Aufwand ausgewiesen wird. (Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB)
Außerordentliches Ergebnis	Das außerordentliche Ergebnis fasst unternehmensfremde Erfolgsbestandteile zusammen. Hierunter sind ungewöhnliche und seltene Vorfälle zu verstehen, die nicht mit der eigentlichen Geschäftstätigkeit zusammenhängen und mit deren Wiederholung nicht zu rechnen ist. (Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 15 bis 17 HGB und § 277 Abs. 4 HGB)
Jahresergebnis	Das Jahresergebnis (Jahresgewinn bzw. -verlust) ergibt sich innerhalb der GuV nach der Saldierung aller Aufwendungen und Erträge eines Geschäftsjahres. Durch Verrechnung des Jahresergebnisses mit den Gewinn- bzw. Verlustvorträgen aus den vorangegangenen Jahren wird sodann das Bilanzergebnis ermittelt, das zu einer Mehrung bzw. Minderung des Eigenkapitals beiträgt. (Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 20 und § 266 Abs. 3 lit. A Nr. V HGB)
Betriebsleistung	Die Betriebsleistung umfasst in diesem Rahmen die Summe aus Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen, vermehrt bzw. vermindert um Bestandsveränderungen sowie aktivierte Eigenleistungen.
Betriebsaufwand	Der Betriebsaufwand umfasst in diesem Zusammenhang die Summe der ordentlichen Aufwendungen, darunter Material-, Personal- und sonstige betrieblichen Aufwendungen sowie Abschreibungen.

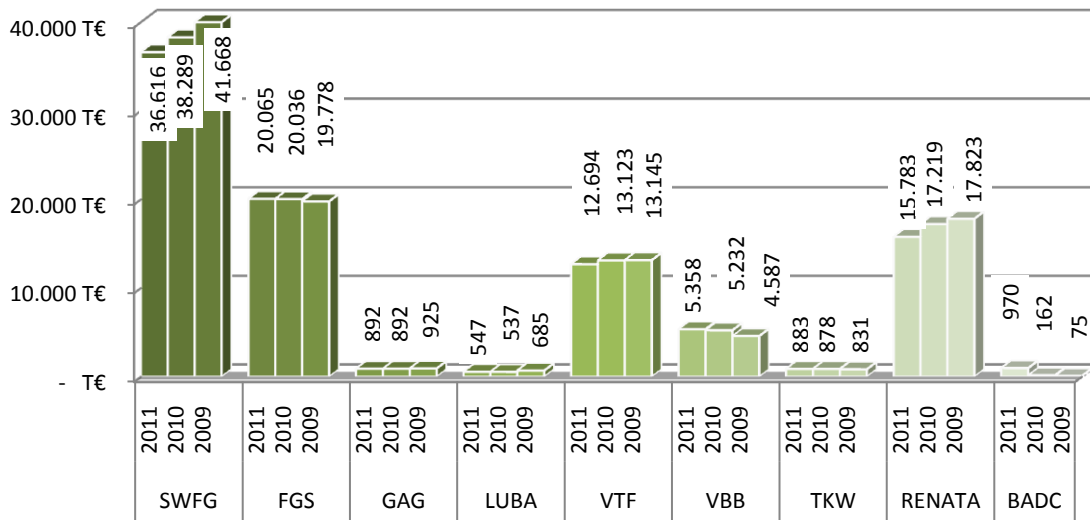
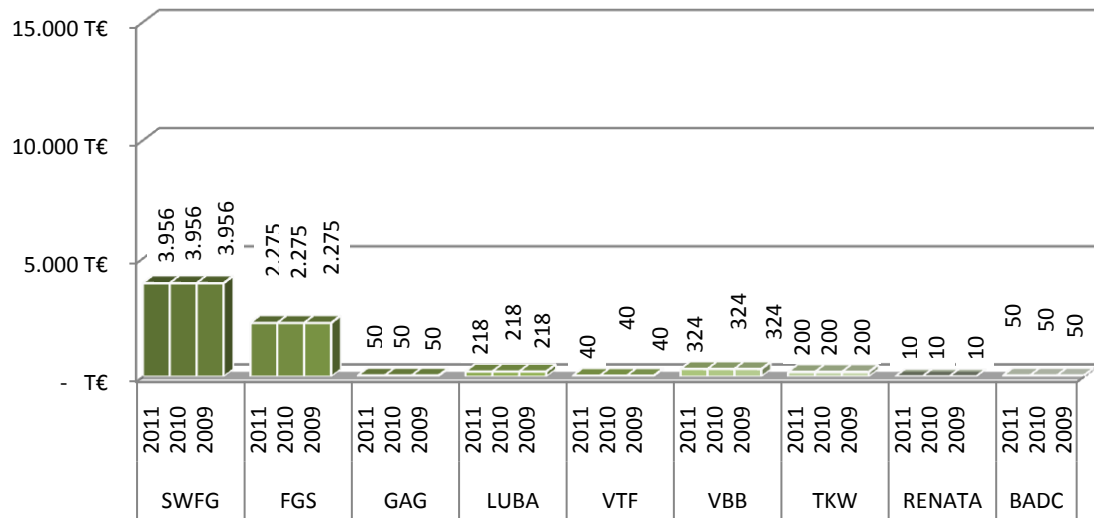
4.2 Ausgewählte Kennzahlen zu den Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

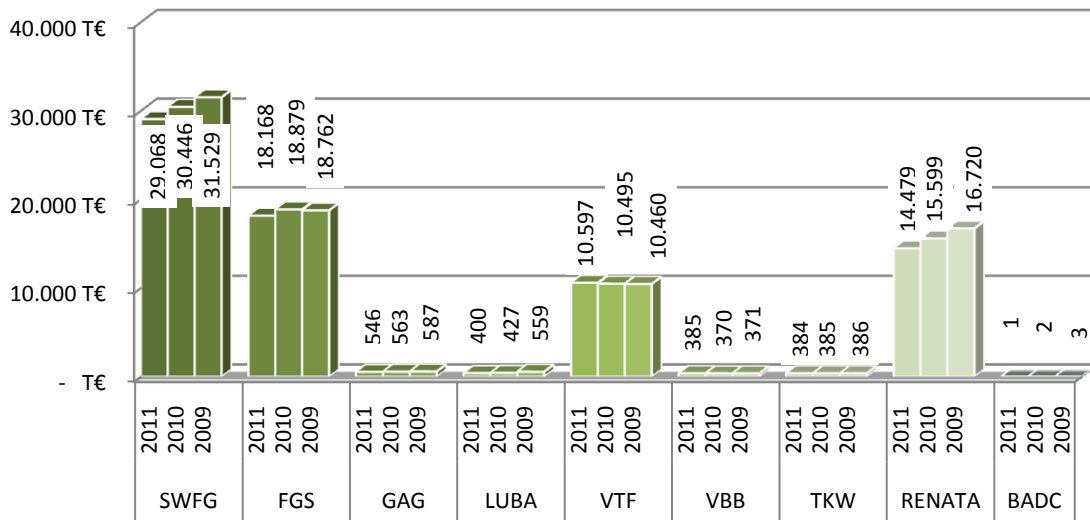
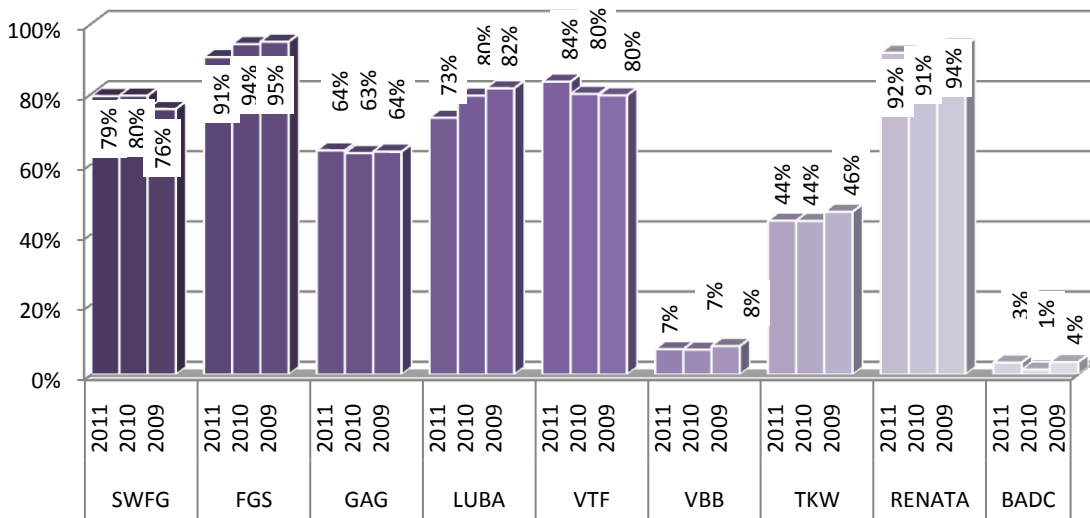
Ausgewählte Kennzahlen aller Beteiligungen I



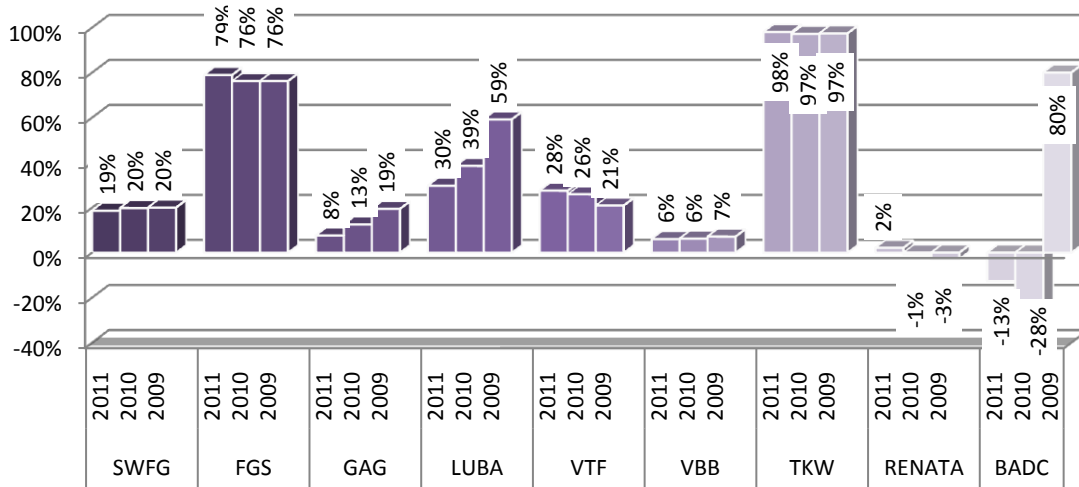
Ausgewählte Kennzahlen aller Beteiligungen II



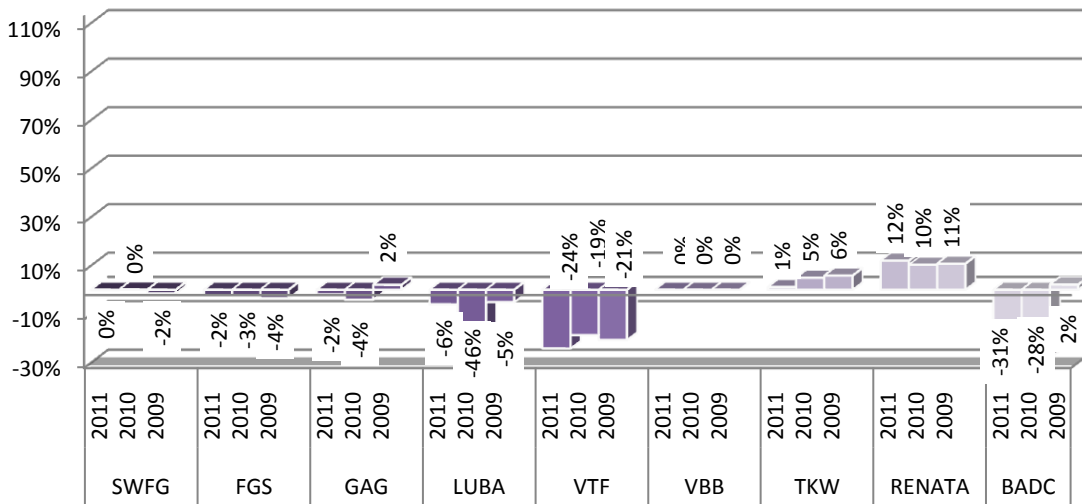
Bilanzsumme**Stammkapital**

Anlagevermögen**Anlagenintensität**

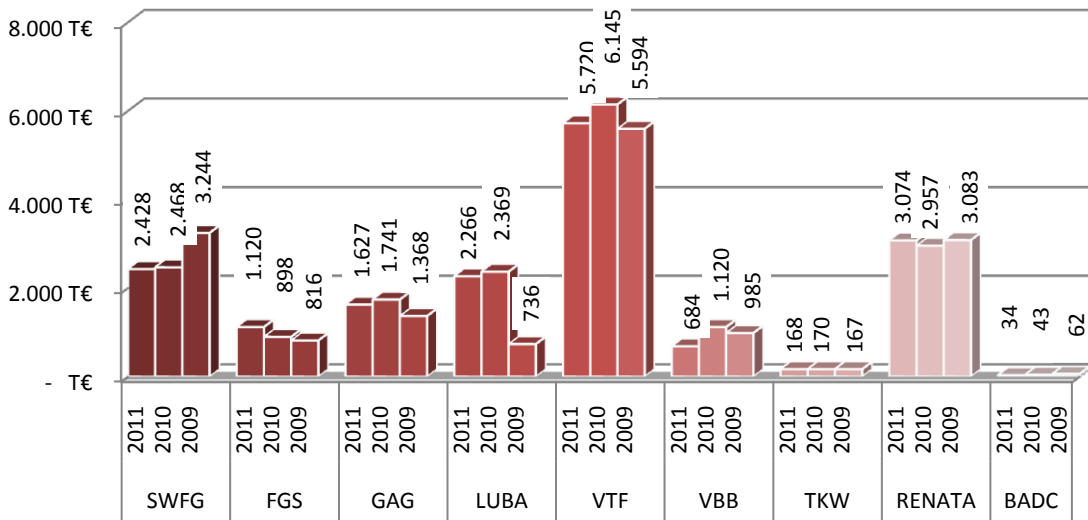
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)



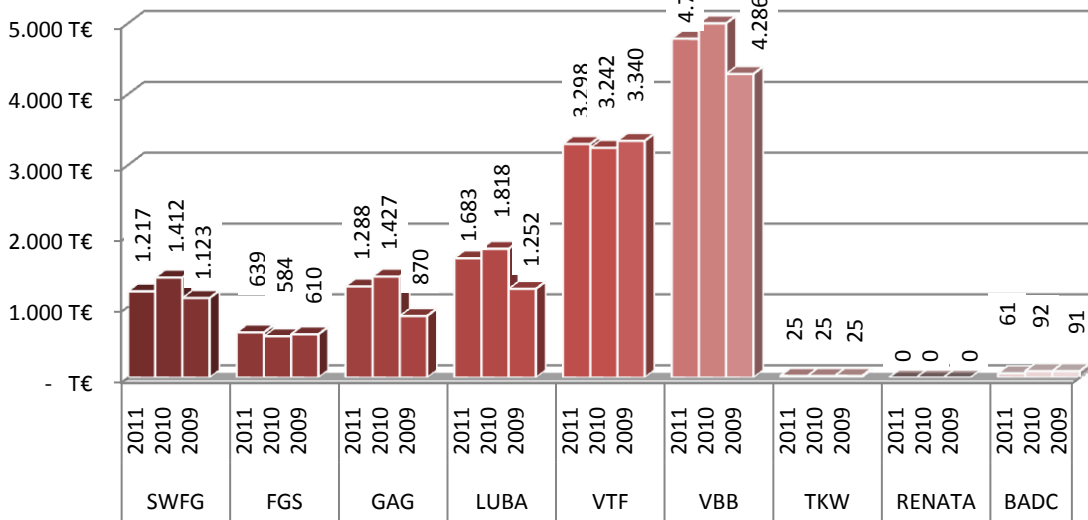
Gesamtkapitalrentabilität

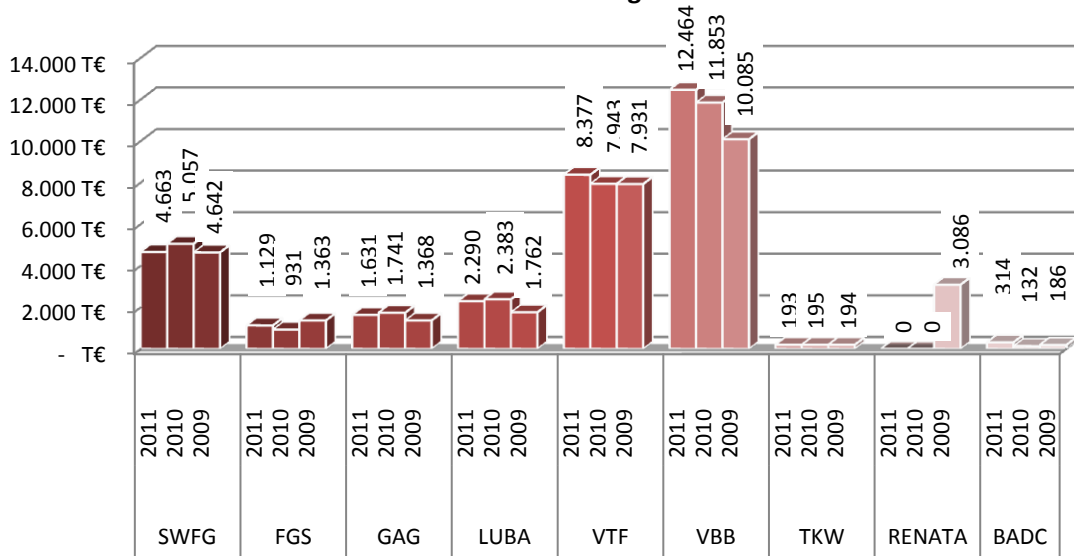


Umsatz



Personalaufwand



Betriebsleistung**Betriebsergebnis**